

Abg. Karrer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich weiß, das Sie überrascht sein werden, daß ich als Funktionär, der aus dem Betrieb kommt, mir erlaube, in diesem Kreis von so vielen Landwirten zu diesem Problem einige Gedanken zu sagen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ein Betriebsrat muß alles können!“) Aber sehen Sie, mein Kollege Eichinger hat gesagt, ein Betriebsrat kann alles. Es stimmt auch. Er muß auch alles können. Diese Überlegungen haben mich dazu bewogen, hier gerade zum Problem Landwirtschaft zu sprechen, und hier meine ich in erster Linie die Nebenerwerbslandwirte, deshalb, weil ich als Betriebsrat jahraus, jahrein mit diesen Leuten im Betrieb zusammenarbeite und weil ich in meiner Funktion diese Leute innerhalb und natürlich auch außerhalb des Betriebes zu betreuen habe. Der Beruf eines Nebenerwerbslandwirtes ist nicht neu, er geht Jahrzehnte zurück. Das wissen Sie. Das wissen vielleicht die Kollegen aus dieser Branche besser als ich. Ich muß sagen, daß der Wert dieser Berufsgruppe in den letzten Jahren etwas mehr in den Vordergrund getreten ist. Aufgrund der Umstrukturierung war das Einkommen aus der Landwirtschaft zu wenig und konnte die Familie nicht das Auslangen finden. Sie waren daher gezwungen, in die Betriebe zu gehen, um hier einen Nebenerwerb anzustreben, der ihnen die wirtschaftliche Basis gibt. Diese haben sie gefunden. Wir wissen, daß sie schon zum Teil als Facharbeiter tätig sind, daß sie sich in der Stahl- und Hüttenindustrie Fachkenntnisse angeeignet haben, daß sie nicht mehr wegzudenken sind. Wir wissen auch, daß auf der anderen Seite ihre Liebe zur Landwirtschaft nicht wegzudenken ist. Durch Unzulänglichkeiten gelangten sie in diese Zwittersituation. Sie möchten gerne die soziale Sicherheit in den Betrieben, die bei uns in Österreich durch die soziale Gesetzgebung gegeben ist. Die soziale Sicherheit ist für die ganze Familie so wertvoll, daß sie nicht darauf verzichten können. Der Kampf um diese soziale Sicherheit war in den vergangenen Jahren auch hier im Haus ein Diskussionsgegenstand. Der stille Ausweg, den die Nebenerwerbslandwirte gefunden haben, war der, daß sie in die Industrie gegangen sind und daß sie versucht haben, ihrer Familie eine bessere Lebensmöglichkeit zu schaffen.

So darf ich sagen, daß die Entwicklung in die Richtung gegangen ist, daß auch die ländliche Bevölkerung im Verlauf der Jahrzehnte nicht auf die industrielle Gesellschaft, auf die Entwicklung in dieser Sparte verzichtet hat und daß sie auf eine bessere Lebensqualität ein Recht hat. Diese Erscheinungen führten in der Vergangenheit vermehrt dazu, daß der Nebenerwerbslandwirt eine immer größere Bedeutung bekommen hat und daß er nicht nur ernährungspolitisch, sondern auch in seiner Funktionsfähigkeit und in der Besiedlungsdichte, in der Raumgestaltung usw. eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Wenn man die Statistik betrachtet, dann wird man sehen, daß in Österreich ein sehr großer Prozentsatz, und zwar etwa 40 Prozent, Nebenerwerbslandwirte sind. Und zwar deshalb, weil sie einerseits im Betrieb die rechtliche Fundierung

in der Betriebsratseinrichtung und der Gewerkschaft verankert haben und durch die Arbeiterkammer vertreten sind und andererseits, weil sie auf Grund ihrer Liebe zur Landwirtschaft zum Teil auch in ihrer Berufsorganisation organisiert sind. Hier beginnt ein Dilemma, denn sie sind zerrissen, wenn ich das so sagen darf. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sie werden zerrissen!“) Sie werden nicht zerrissen, sondern die wirtschaftliche Struktur und die Lebenserfahrungen, Kollege Fuchs, führen sie dazu, daß sie geordnete, sichere Verhältnisse im Betrieb suchen. Ich will nicht sagen, daß sie in der Landwirtschaft keine geordneten Verhältnisse vorfinden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Aber keine Sicherheit!“) Aber niemals in diesem Ausmaß Sicherheit und persönliche Freiheit wie im Betrieb. Ich glaube, hier werden Sie mir beipflichten. Das hat dazu geführt, daß ein Großteil dieser Bevölkerungsschichte, es sind in ganz Österreich 500.000, einen Nebenerwerb angestrebt hat.

Es ist interessant, daß es gerade hier in Österreich ungefähr 141.177 Nebenerwerbsbetriebe gibt. Das sind nicht ganz 40 Prozent. Die Aufgliederung, ich könnte das hier nach Bundesländern tun, gibt ein interessantes Bild. Ich darf feststellen, daß die Steiermark an 2. Stelle liegt. Es ist das in der Steiermark eine Personenzahl von nicht ganz 50.000 (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Herr Kollege Karrer, sind sie eigentlich dafür oder dagegen?“ — Abg. Gratsch: „Dafür!“) Kollege Fuchs, wenn Sie die Geduld haben, bis zum Schluß zuzuhören, werden Sie daraufkommen, daß ich dafür bin, weil ich der Meinung bin, daß auch dieser Personenkreis, fast 500.000 Menschen in Österreich, ein Anrecht auf ein gesichertes Leben hat. (Allgemeiner Beifall.) Unter diesen rund 141.000 Nebenerwerbsbetrieben gibt es wieder 46.000 sogenannte Bergbauernnebenerwerbsbetriebe. Hier könnte man die Statistik weiter bezüglich ihrer Produktion ausspinnen. Das Hauptaugenmerk liegt in der Viehwirtschaft, denn sonst wären sie ja nicht aus Liebe und Tradition in diesem Beruf geblieben. In Österreich gibt es 135.418 reine Bergbauernbetriebe und davon wieder 46.000, also rund 34 Prozent, Nebenerwerbsbauernbetriebe mit einem Personenkreis von etwa 185.000 Personen und das bringt, verglichen in den statistischen Zahlen, die Steiermark an die dritte Stelle. Wenn man nun das Augenmerk von der Gesamtzahl weg auf die Steiermark lenkt, dann haben wir in der Steiermark 72.708 Betriebe, davon aber 26.852 Nebenerwerbsbetriebe und davon wieder über 10.000 sogenannte Rentnernebenerwerbsbetriebe und 15.000 reine Nebenerwerbsbetriebe mit einer Personenzahl von etwa 170.000. Interessant ist da noch die Altersstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe, da sie ungefähr von Leuten betrieben werden zwischen dem 35. und 55. Lebensjahr. Man sieht daraus, daß sie im Durchschnitt relativ jung sind. Dies zeigt aber, daß die übrigen Familienmitglieder doch, wenn sie einen gesicherten Erwerb haben wollen, von zu Hause weg müssen, daß sie einen Beruf erlernen müssen, der sie unabhängig macht, wodurch sie leider Gottes vom Elternhaus wegkommen und zum Teil aufgrund der Ausbildung, des Besuches einer höheren Schule vollkommen die Bindung zur Landwirtschaft verlieren.

Wenn Sie nun, meine Damen und Herren, die Überlegungen der letzten Jahre, auch jene der Bauernorganisationen der politischen Parteien, verfolgen, dann werden Sie verstehen, daß gerade der Nebenerwerbsbauer in den letzten Jahren, wie ich gesagt habe, deshalb eine besondere Bedeutung bekommt, weil er einsteils dem Leben nach, seinem Einkommen nach, seiner gesicherten Existenz nach, mehr der Industriewirtschaft zugehörig ist und traditionsgebunden vielleicht durch ererbte Güter, durch Anheiratungen usw. oder aber auch durch Liebe zu diesem Beruf doch der Landwirtschaft treu geblieben ist. Das ist aber nur ein Teil oder meistens nur ein Teil in der Familie.

Noch ein zweites ist in diese Überlegungen einzu beziehen, nämlich die Sicherheit, wenn sie älter werden und in Pension gehen. Der Mann im Betrieb ist ja ein Vollzahler der Sozialversicherungsbeiträge und natürlich kommt er auch in den vollen Genuß seiner Alterspension. Die Frau, die daneben die Landwirtschaft betreibt, bekommt, wenn sie als Betriebsführerin gilt, auch ihren sozialen Teil. Wenn Sie das überlegen, dann glaube ich, meine Damen und Herren, werden Sie verstehen, daß dieses Modell schon erstrebenswert ist, bei allen Vor- und Nachteilen, die man eben je nach dem Gesichtspunkt sehen kann. Und so glaube ich doch sagen zu müssen, daß die Landwirtschaft ernährungspolitisch von so großer Bedeutung ist, daß sie erhalten werden muß. Aber, meine Damen und Herren, wenn es dazu führen sollte, daß der Nebenerwerb des Mannes verwendet werden muß, um den landwirtschaftlichen Betrieb finanziell aufrecht zu erhalten, dann sage ich hier ganz offen, ist dies falsch. Hier müßte trotz der großen Anforderungen, die an einen solchen Betrieb gestellt werden, auch die öffentliche Hand mit Förderungen einspringen und wenn notwendig sogar mit Förderung darüber hinaus, damit nicht diese Situation eintreten kann, daß der Mann arbeiten geht, damit die Landwirtschaft gerade erhalten werden kann. Dies ist meines Erachtens nach grundsätzlich falsch und hier darf ich wohl sagen, daß eben im Rahmen der Möglichkeiten gefördert werden muß. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Herr Kollege, das ist genau das, was wir seit langem sagen. Sie behaupten genau das Gegenteil von dem, was die Bundesregierung als ihre jüngste Errungenschaft hinstellt!“ — Abg. Zinkanell: „Er behauptet genau das Richtige!“) Herr Kollege Fuchs, ich traue Ihnen schon zu, daß Sie diesen Gesinnungswandel mitmachen, das glaube ich schon, aber ich darf doch sagen, daß auch der Nebenerwerbslandwirt ein Recht hat, wenn notwendig, verstärkt gefördert zu werden und hier meine ich eben, Herr Landesrat, als zuständiger Referent, daß es auch möglich sein müßte (Abgeordneter Dipl.-Ing. Fuchs: „Aber die Bundesregierung ist völlig anderer Meinung! Es hapert an der innerparteilichen Information!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.), daß Sie, wenn notwendig, verstärkt und außerhalb des Rahmens hier fördernd eingreifen. Schauen Sie, nur ein einziges Beispiel aus meiner näheren Umgebung, aus meiner Gemeinde. Es besteht dort eine Weggenossenschaft, die schon jahrelang bemüht ist, ihre Aufschließungswege und auch die zu ihren Höfen staubfrei zu

machen. Das gelingt ihnen furchtbar schwer, weil eben die finanziellen Mittel nicht vorhanden sind. Auch bei den Vollerwerbsbauern nicht, weil sie alle Bergbauern sind, weil das Geld nicht vorhanden ist. Hier glaube ich, Herr Landesrat, müßte es möglich sein, aus diesem großen Topf, der Förderungssumme von etwa 243 Millionen Schilling, jährlich einen Zuschuß zu geben.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß es richtig war, daß ich einmal von meiner Warte aus als Betriebsrat und als Mitarbeiter, als Vertreter vieler dieser Menschen gesprochen habe. In unserem Bezirk sind es über 600 solcher Betriebe und wenn Sie die Personenzahl multiplizieren, dann werden Sie erkennen, daß wir nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch privat mit den Leuten im engsten Kontakt sind. Es ist eine alte Binsenwahrheit, die besagt: „Wenn es dem Arbeiter gut geht, dann geht es auch dem Bauern gut.“ Dieses Ziel wollen wir erreichen und glauben, daß dieses Ziel nur dadurch zustande kommen kann, wenn wir gemeinsam arbeiten, wenn wir eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft in den Industrien mit diesen Leuten haben. Wenn wir alle hier bemüht sind, diesem schwierigen Berufsstand zu helfen, dann müßte es auch gelingen. Das wollte ich von meiner Warte aus als Industriemann zum Verständnis für unsere landwirtschaftlichen Kollegen gesagt haben. (Abg. Ing. Stoisser: „Bei den Zuschußrentnern anfangen!“ — Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Karl Lackner. Ich erteile es ihm.

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Meine Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich in zweifacher Hinsicht, daß der Herr Kollege Betriebsrat Karrer sich zum Kapitel Landwirtschaft zum Wort gemeldet hat, und zwar deshalb in zweifacher Hinsicht, weil ich aus Erfahrung weiß, was die Betriebsräte zu erreichen vermögen, wenn sie wollen. Ich lade dich sehr herzlich ein, mit der gleichen Energie in Zukunft für die Interessen der Landwirtschaft einzutreten, wie ihr es sonst bei euren Betrieben macht, dann werden wir sicherlich sehr viel erreichen. Das zweite, das du gesagt hast, freut mich auch ganz besonders (Abg. Brandl: „Arbeiterbauer!“), nämlich, daß viele Bauern deshalb zu Nebenerwerbsbauern geworden und in die Industrie gegangen sind, weil sie dort die Möglichkeit haben, ein besseres Einkommen zu erzielen. Damit ist bestätigt, daß das Einkommen unserer Bauern sehr zu wünschen übrig läßt. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Zinkanell: „Es können ja nicht alle mit zwei Joch leben, Karl!“)

Mich bedrückt aber trotzdem etwas, es ist heute vormittag schon zum Ausdruck gekommen. Wenn die Bauern ihre Sorgen in diesem Hause zum Ausdruck bringen, dann hört man immer wieder: „Das kennen wir eh schon.“ Der Herr Landesrat Bammer — jetzt ist er nicht da — hat sogar gesagt: „25 Jahre kennen wir das schon.“ Damit ist den Bauern aber nicht gedient, wenn wir das schon kennen und nichts dazu beitragen, daß es endlich einmal gescheiter und besser wird. Aber jetzt gibt es Gott sei Dank Persönlichkeiten, die sich echt um die Probleme der

Landwirtschaft und der Bauern annehmen. Mir ist zufällig ein Brief in die Hand gekommen, da steht eine sehr deutliche Aussage drin, daß 60 Prozent der Bauern echt und nur 30 Prozent weniger benachteiligt sind. Ich will diesen Brief nicht ganz vorlesen, das wäre zuviel, aber aus einem Satz geht sehr vieles klar hervor: „Ich habe Verständnis dafür, daß die Bauern infolge verschiedener Umstände oft unzufrieden sind. Sie haben einen unbegrenzten Arbeitstag, die Arbeit für sie und ihre Frauen ist schwer. Ihr Arbeitsertrag ist witterungsbedingt, es gibt für sie viele Risiken. Die Waren, die sie besonders brauchen, haben starke Verteuerung erfahren, ihr Unbehagen ist also größer als das vieler anderer Staatsbürger.“ Das hat niemand anderer geschrieben als unser Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky. Allerdings vor der Wahl, das muß ich auch dazusagen. Aber in der Zwischenzeit hat sich auf diesem Gebiet nichts mehr getan. (Abg. Ileschitz: „Das war kein Bauer, sondern ein Jurist, der den Brief geschrieben hat!“) Ein Berater von Kreisky? Ja, das ist auch möglich. (Abg. Brandl: „Das stimmt doch nicht!“)

Aber auf jeden Fall, Herr Präsident Ileschitz, weil wir gerade beim Wort sind, du hast bei deiner Generalrede gesagt, daß das Einkommen der Bauern um 50 Prozent gestiegen sei. (Abg. Ileschitz: „Mehr sogar, ich habe mich nieder gehalten!“) Ja, 50 Prozent. Das Prozentrechnen ist ja ein interessantes Spiel, man kann sich das richten, wie man will. Wenn jemand bei einer Wahl, der vorher nur fünf Stimmen gehabt hat, fünf Stimmen dazugewonnen hat, so hat er 100 Prozent zugenommen. Und so ist wahrscheinlich da die Geschichte auch. Auf jeden Fall muß ich feststellen, daß das Einkommen der Landwirtschaft nicht gestiegen ist; theoretisch mag es schon stimmen, was du gesagt hast. (Abg. Ileschitz: „Bei der Milch!“) Aber bei den Bergbauern im Alpenraum ist es gleichgeblieben wie es war und bei den Bauern im Grenzland ist es sogar schlechter geworden, vielleicht bedingt durch die kleinen Betriebe, die ja praktisch nicht das Auslangen finden können. Ihr wißt genau, der Viehpreis ist seit Jahren stabil, er ist sogar billiger geworden; im Jahre 1972 haben wir mehr Erlös gehabt als in der jetzigen Zeit. Ihr wißt genau, daß der Holzpreis eingefroren ist und bei der Milch wissen wir es auch sehr genau. Ich muß dazu sagen, und das ist kein Aprilscherz, am 1. April ist die Milch um 25 Groschen teurer geworden. Das ist in der Zeitung gestanden, das stimmt, aber es ist nicht mehr davon gesprochen worden, daß zur gleichen Zeit der Beitrag zum Krisenfonds von 16 auf 19 Groschen erhöht worden ist, und der Bauer nur sechs Groschen mehr bekommt und nicht 25. Ich komme mit deiner Erhöhung nicht recht zusammen! (Abg. Ileschitz: „Das stimmt doch nicht, rechne dir das aus! Du lachst ja selber dabei!“) Mir ist das todernst. Gleich geht es im Grenzland: Dort gibt es die gleichen Schwierigkeiten. Die Grenzländler haben sich erstens einmal in wunderbarer Weise auf Sonderkulturen umgestellt — ja, sie sind gescheit gewesen —, aber durch die Liberalisierung in echte Schwierigkeiten gebracht und haben außerdem viel mehr als wir im Oberland

mit Unwettern zu tun, so daß oft der Fleiß, der Ertrag, über Nacht zusammengeschlagen wird.

Was wirklich gestiegen ist, das ist die Arbeitsbelastung und Überlastung unserer Bäuerinnen und Bauern. 65 Wochenstunden hat der Bauer zu erbringen, wogegen der Arbeitnehmer 35, 39,5 Stunden erbringen muß, und das unter weit günstigeren Verhältnissen und einem bestimmt besseren Lohn. (Abg. Ileschitz: „Eine gute Bauerngewerkschaft als 17. zu unseren 16 dazu!“ — Abg. Gratsch: „Ihr habt eine schlechte Vertretung!“ — Abg. Brandl: „Hängt euch an beim Gewerkschaftsbund!“ — OVP: „Dann verhungern wir!“) Das stimmt genau. Und echt gestiegen sind auch die Preise der Produkte, welche die Bauern kaufen müssen. Nur ein paar Beispiele: Im Jahr 1970 hat der Bauer für eine Melkmaschine 5300 l Milch gebraucht, im Jahr 1975 braucht er 9500 l Milch. Dieselöl hat 1970 2,50 Schilling gekostet und 1975 5,30 Schilling. Wir müssen zwar dankenswerterweise schon sagen, es gibt eine Treibstoffrückvergütung. Das bekommen wir, danke schön dafür. Aber im Jahr 1970 haben wir 1,90 Schilling bekommen und jetzt bekommen wir 1,33 Schilling. Da stimmt die Geschichte nicht recht. Was außerdem noch besonders interessant ist: Bisher ist diese Treibstoffrückvergütung immer über die Raiffeisenkassen ausbezahlt worden und heuer kam das erste Mal der Briefträger damit. Warum, weiß ich nicht; vielleicht deshalb, daß sich die Bauern freuen, wenn sie einmal vom Briefträger Geld bekommen. (Abg. Klobasa: „Da habt ihr es schneller bekommen!“) Aber der Hintergedanke ist ein ganz anderer. Sechs Millionen Schilling hat sich der Herr Finanzminister so indirekt schon wieder zurückbehalten, denn der Briefträger kostet ja Geld, wenn er Geld bringt. Zuerst bringt er es und dann hält er gleich die Hand wieder auf, weil die Zustellgebühr zu entrichten ist und diese macht in Österreich sechs Millionen Schilling aus. (Abg. Prankh: „Das ist ein Rechenkünstler!“ — Abg. Ileschitz: „Das ist aber ein guter Finanzminister!“)

Die Bergbauernförderung ist eine wunderbare Einrichtung. Ich kann aber nur sagen (Abg. Brandl: „Sie ist euch nicht eingefallen!“), sie ist leider nicht höher geworden, sie ist gleichgeblieben, das heißt, sie ist weniger geworden, weil sie der Inflation nicht standhalten kann. Beim Bergbauernzuschuß ist es überhaupt kritisch, weil durch die neue Zoneneinteilung ein ganz anderes Verhältnis geschaffen wurde, die Bergbauern sind echter erfaßt worden. 150 Millionen Schilling wären notwendig und 85 Millionen Schilling stehen im Budget zur Verfügung. Wie das aussieht und wer da etwas bekommt, weiß ich doch nicht. (Abg. Ileschitz: „Karl, wir debattieren da nicht! Komm zu mir, ich zeige dir die echten Ziffern!“) Zeigst du mir das? Wer weiß, wo du die Ziffern her hast.

Im Grenzland ist es genau dasselbe: Für die einen gibt es wenig und für einen Teil überhaupt nichts. Es gibt zum Beispiel für die östliche Grenzlandregion überhaupt keine Bundesmittel, obwohl wir sehr genau wissen, daß die Menschen im Grenzland echter Unterstützung und echter Hilfe bedürfen, genauso wie die Bergbauern oben am Hang, weil die Infrastruktur doch immer schlechter wird. (Abg. Gross: „Karl, es gibt eine eigene Grenzlandför-

derung im Bund, eine eigene Post!") Ja, wenn kein Geld drinnen ist; was nützt die Förderung am Papier, wenn nichts da ist. (Abg. Gross: "Es gibt eine eigene Post, 'Grenzlandförderung'!" — Landesrat Dr. Krainer: "Aber nicht beim Bund! Das ist ein Irrtum!") Ja, für die Ostregion ist nichts drinnen. (Abg. Hammerl: "Wahrscheinlich wird es durch die Kammer verteilt, und dort geht es unter!" — Abg. Koiner: "Hören Sie mit dem Blödsinn auf! So lächerlich ist das nicht!") Sei froh, daß ich ein gutmütiger Mensch bin. (Abg. Koiner: "Das ist eine Schweinerei!" — Abg. Buchberger: "Das lassen wir uns von Ihnen nicht gefallen. Das ist ausgesprochene Unterstellung, daß wir in der Kammer die Förderungsmittel unter uns verteilen!") An die Bauern werden sie verteilt. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: "Ein Spaß ist ein Spaß, aber wenn es Ernst ist, ist es ernst!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Dann die Zuschußrente: Es ist wirklich eine Tragik, daß man da immer noch nicht so weit ist. Es sollen ja jetzt angeblich wieder Verhandlungen im Gange sein zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Dr. Taus. Auf jeden Fall ist es eine menschliche Tragödie, daß man, obwohl wir ein so sozialer Staat sind, nicht dazu bereit war, auch die Zuschußrentner wenigstens allmählich an die Bauernpensionisten anzugleichen. Es wird dabei noch übersehen, daß der junge Bauer für den Übergeber, für Vater und Mutter, zusätzlich noch die Verpflegung, Wohnung und Kleidung zu leisten hat. Das ist auch noch eine besondere Ausgabe, die ein anderer gar nicht hat. Anderswo zahlt selbstverständlich der Sozialversicherungsträger dafür und der Junge braucht sich nicht um seinen Vater zu kümmern, denn der hat, Gott sei Dank, seine verdiente Pension und ist versorgt. Ich glaube aber, daß auch die Bauern das Anrecht haben, daß man wenigstens einmal anfängt, dies auszugleichen und daß man nicht wartet, bis alle wegsterben. (Abg. Brandl: "Wenn ihr früher angefangen hättet, wären wir schon viel weiter! Ihr habt euch viel zu sehr gewehrt!" — Landeshauptmann Dr. Niederl: "Das Gesetz ist von 1969!" — Abg. Ileschitz: "Karl, ihr habt euch gewehrt!" — Abg. Brandl: "Jawohl!") Das ist zufällig der Sozialistischen Partei in den Schoß gefallen, weil das Gesetz im Jahre 1969 gemacht worden und erst im Jahr 1970 in Kraft getreten ist, als wir schon eine sozialistische Regierung gehabt haben. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Die erste Phase, mußt du sagen!") Die erste Phase hat schon 1957 begonnen. Sicher, das kostet alles Geld. Diese Schwierigkeiten kenne ich schon. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Was sagt jetzt der Vizekanzler?") Wenn wir uns wirklich gewehrt haben, warum macht es dann der Vizekanzler, der Sozialminister nicht? (Abg. Nigl: "Der wehrt sich auch!" — Abg. Zinkanell: "Außerdem wissen Sie, Herr Landeshauptmann, wie die Gesamtsituation aussieht, das ist die entscheidende Situation!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Warum gerade nur bei den Bauern sparen? (Abg. Premberger: "Seit 1945 zahlen die Arbeitnehmer ihre Beiträge!" — Abg. Ing. Stoisser: "Schau das Budget an, Premberger!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Wenn die neue Marktordnung, die jetzt da herumgeistert — das heißt, der Entwurf ist ja fertig, wie sie vorgesehen ist, in Kraft treten würde, dann muß ich sagen, dann wird dem Bauern der ohnehin schon zerissene Rock auch noch ausgezogen, denn da bleibt dann praktisch überhaupt nichts mehr drinnen. Bis jetzt haben wir durch die Fonds, ob das der Milchwirtschaftsfonds, der Viehfonds oder der Getreidefonds ist, noch ein echtes Mitspracherecht. Aber wenn das so werden sollte, wie es geplant ist, dann werden die Bauern nur mehr gehört, haben sie eine beratende Stimme, das heißt, gefragt werden sie noch, aber entscheiden tut der Minister. Nichts gegen die Entscheidung der Minister, ich bin sogar froh, aber entscheiden soll er. Das ist immer so, wenn die Bauern irgendeinen Wunsch haben, dann müssen sie zum Herrn Bundeskanzler gehen und bei ihm vorsprechen. Es wäre doch fesch, wenn der Minister mit unseren Bauern voranmarschieren und das fordern würde, was notwendig ist. Wenn aber dann wirklich in harten Gefechten und langwierigen Verhandlungen etwas ausgehandelt wird, dann ist das natürlich der Erfolg vom Minister — so kann man sich das richten, nicht. (Abg. Brändl: "Kreisky empfängt sie, Klaus hat die Bauern nicht empfangen! Klaus ist hinten bei der Tür hinausgegangen!")

Dann der Nachteil mit der Mehrwertsteuer zum Beispiel. Die Mehrwertsteuer wird im nächsten Jahr wieder höher um zwei Prozent, ja und die Bauern, die die Letzten sind, beißen die Hunde. Was der Bauer bekommt, gehört schon längst auf acht oder neun Prozent nachgezogen. (Abgeordneter Gratsch: "Aber doch nicht nur die Bauern, Karl!") Da ist nichts drin. Auf die Exportkostenzuschüsse und die Bergbauernzuschüsse muß der Bauer ein ganzes Jahr lang warten. Da hat man auch gesagt, die Kammern sind schuld. Es ist doch so billig zu sagen: "Geht zur Kammer und beschwert euch!" In Wirklichkeit ist aber kein Geld da. Genau so macht es das Ministerium. Da haben die Leute, die bis zum März Vieh exportiert haben, die Beihilfe bekommen. Das läßt sich kein anderer Berufsstand gefallen, aber die Bauern sind geduldige Menschen und warten geduldig. (Abg. Gratsch: "Ihr habt eine schlechte Vertretung! Ich sage es dir noch einmal!") Wenn das Ministerium nicht auszahlt, liegt es ja am Landwirtschaftsministerium. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Dieser Meinung ist der Bundeskanzler aber nicht, daß die Bauern eine schlechte Vertretung haben!" — Abg. Gratsch: "Herr Landeshauptmann, woher haben Sie das? Das würde mich interessieren!" — Abg. Prandk: "Das liegt bei der Bundesvollziehung, nicht an der Landesvertretung!")

Auf jeden Fall könnte ich da unzählige Beispiele aufzählen, wie es in Wirklichkeit um die Agrarpolitik steht und wie ernst es der sozialistischen Regierung um die Bauern ist. Es ist aber Gott sei Dank so, daß wir vom Land Steiermark wenigstens eine wahre Unterstützung erhalten. Die Besitzfestigungsmittel, die Wegbaumittel, die Telefonbauförderungsmittel usw. sind wieder echt dotiert, wodurch wirklich den Bauern geholfen werden kann. Ich muß heute noch einmal mit Dankbarkeit an das vergangene Jahr zurückdenken, in dem das Land

Steiermark, als wir mit dem Vieh total am Bauch gelegen sind, 10 Millionen Schilling Förderungsmitel zur Unterstützung gegeben hat. Das wäre ja wirklich dem Bund zugestanden, nicht dem Land. (Abg. Zinkanell: „Und der Bund 100, das ist vergessen worden!“) Das vergesse ich nicht, ich bin heute noch dankbar. (Abg. Zinkanell: „Das Bissel vom Land wird groß herausgestellt, der Bund wird vergessen!“) Ja, weil wir nichts bekommen haben. Die 10 Millionen Schilling waren ein kleiner Außereißer. (Abg. Zinkanell: „Von den 140 Millionen ist ein Großteil ins Land gegangen!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist eine gesetzliche Verpflichtung!“) Wieso ist es denn überhaupt zu der ganzen Misere gekommen? Weil zuerst die Arbeiterkammer verlangt hat, daß weiß Gott wieviel importiert wird. (Abg. Zinkanell: „Du meinst den Strommer!“) Nein, nein, nicht der Strommer, da ist einzig und allein der Minister Staribacher zuständig. Dann haben wir wieder teure Stützungsmittel vom Staat hernehmen müssen. Das hätten wir uns alles ersparen und einen gesunden Viehpreis erzielen können, wie es notwendig wäre. (Abg. Ileschitz: „Verteidige nicht den Viehverkehrsfonds, der kostet euch auch einen Haufen!“) Irgendeine Organisation muß es ja geben, die hat sich bestens bewährt.

Dann noch ein Wort, Herr Präsident, wenn du mir das gestattest, weil ja das Kapitel Landwirtschaft und Fremdenverkehr geteilt ist. Ich möchte nur ein Beispiel noch anführen — denn ich könnte noch vieles aufzählen und feststellen, daß gerade von seiten des Landes in der Steiermark für den Fremdenverkehr beachtliche Leistungen erzielt worden sind. Wir wissen auch sehr genau, daß gerade der Fremdenverkehr die „goldene Uhr“ für den kranken Staatshaushalt ist, die noch echt etwas bringt. Dieser Fremdenverkehr wäre überhaupt nicht möglich, wenn es nicht die Bauern gäbe, wenn sie nicht die Voraussetzung dazu schaffen würden. Der Herr Kollege Prantk hat heute vormittag ein sehr drastisches Beispiel gebracht, was das Mähen der Böschungen an den Straßen kostet. Jetzt überlegen Sie, was die Bauern für billige und bescheidene und dankbare Arbeitskräfte sind, was dem Staat erspart wird, nur weil sie am Hof bleiben, weil sie dieses Land bebauen, damit es grün bleibt. Wir reden alle miteinander sehr viel von Freiheit, wirklich frei aber, meine Kolleginnen und Kollegen, ist ein Land, ist ein Volk nur dann, wenn seine Ernährung gesichert ist. Doch daß das in Österreich der Fall ist, dürfen wir mit Stolz den Bauern verdanken. Ich darf hier wirklich die bescheidene Bitte aussprechen, daß wirklich alle zusammenhelfen, daß man auch dem Bauern das gibt, nur das gibt, was er sich ehrlich verdient und was für jeden anderen selbstverständlich ist. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich erteile es ihm.

Abg. Neuhold: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Verbesserung der Infrastruktur ist für den ländlichen Raum, für die Funktion des ländlichen Raumes eine große und wichtige Angelegenheit.

Die Verkehrserschließung, daß heißt der Wegebau, der Telefonausbau, die überbetriebliche Zusammenarbeit in allen möglichen Varianten, die Restelektrifizierung ist eine wesentliche, ja eine existenzielle Voraussetzung dafür. Alle Förderungen des Landes für den ländlichen Raum sind daher in vielfacher Hinsicht als positiv zu werten. Der Begriff ländlicher Raum wird auch von jenen Kreisen oft in den Mund genommen, die sich bislang eigentlich sehr wenig darum kümmerten und eigentlich auch sehr wenig davon verstanden. Der Herr Staatssekretär Haiden zog noch eine Woche vor der Nationalratswahl durchs Land (Abg. Brandl: „Das darf er ja!“) und sagte, daß für die Bauern und den ländlichen Raum nun alles besser gemacht werden muß, daß vieles anders werden müßte und daß er sich persönlich dafür einsetzen würde und noch vieles andere mehr. Soweit mir aber bekannt ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat er nirgends gesagt, wieviel zusätzliche Wegebaukosten im nächsten Jahr in die Steiermark kommen werden. Er hat nirgends gesagt, wieviel Telefonbauförderungsmitel in die Steiermark kommen werden und er hat auch nichts davon gesagt, daß die steirischen Gemeinden im Jahre 1975 um 144 Millionen Schilling weniger an Ertragsanteilen bekommen werden, was sich natürlich unbedingt negativ auch auf die Gemeinden und auf die Erschließung des ländlichen Raumes auswirken muß.

Wie ist die Situation nun zum Beispiel beim ländlichen Wegebau? In der Steiermark gibt es derzeit noch ca. 5000 Höfe, die noch keine ganzjährig mit LKW befahrbare Zufahrt haben. Derzeit sind bei der Agrartechnischen Abteilung und der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft 2194 Wege für die Aufnahme in ein Ausbauprogramm in Vormerkung. Die Länge dieser Wege beträgt 2137 Kilometer. Durch diese Wege würden 2670 Höfe erschlossen werden. Unter Zugrundelegung eines Kilometerpreises von 600.000 Schilling sind Gesamtkosten in der Höhe von einer Milliarde und 260 Millionen Schilling zu erwarten. Nun ein Kostenvergleich. Im Jahr 1968 kostete der Ausbau eines Laufmeters ländlicher Weganlage rund 330 Schilling, im Jahr 1975 rund 600 Schilling, dies bedeutet eine Kostensteigerung um rund 80 Prozent. Die Bundesförderung hat dieser Erhöhung in keiner Weise Rechnung getragen. So standen 1968 61,2 Millionen Schilling und 1975 51,3 Millionen Schilling zur Verfügung. Es ist daher ein Abfall von 16 Prozent zu verzeichnen. Im selben Zeitraum stieg der Anteil der Landesmittel aber von 44,6 Millionen Schilling auf 105 Millionen Schilling. Das bedeutet eine Erhöhung von rund 235 Prozent, meine sehr verehrten Anwesenden.

Ich darf daher in diesem Zusammenhang unserem Landeshauptmann, Herrn Dr. Niederl, recht herzlich danken für sein immer wieder gezeigtes Verständnis für den ländlichen Raum und für den ländlichen Wegebau. Und gestern — er steht sicherlich nicht auf meine moralische Unterstützung an, meine sehr Verehrten — wurde hier in diesem Haus davon gesprochen, der Herr Landeshauptmann hätte zwei Herzen im Leibe. Ich sage, er hat nicht zwei Herzen, er hat ein großes Herz

für die steirische Bevölkerung, insbesondere für den ländlichen Raum und das wissen die Steirerinnen und die Steirer auch zu schätzen, daher vertraut ihm auch so mancher kleine Sozialist. (Starker Beifall bei der OVP. — Abg. Bischof: „Aber nicht für alle!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Meine sehr Verehrten, wie sieht die Lage beim ländlichen Telefonausbau aus? Ich glaube, niemand unter uns ist sich über die Wichtigkeit des ländlichen Telefonausbaues im Zweifel. Bis Ende 1975 sind Beihilfenansuchen von Telefonbaugemeinschaften und Einzelansuchen in der Höhe von 1,5 Millionen Schilling beantragt. Auf Grund der in Durchführung begriffenen Bauprogramme wird im Jahre 1976 mit mindestens 1200 Telefonanschlüssen und der Einbringung ebenso vieler Beihilfenanträge zu rechnen sein. Im Landesvoranschlag 1976 sind unter Post 7790 zwei Millionen Schilling an Beihilfen für den ländlichen Telefonausbau vorgesehen. Das ist gegenüber 1975 eine 100prozentige Erhöhung. Auch hier wieder zum Unterschied: Auf meine schriftliche Anfrage hier in diesem Haus vor einiger Zeit an den Agrarreferenten Landesrat Dr. Krainer bezüglich der Telefonförderung seitens des Bundes mußte die Antwort gegeben werden, daß wir bislang noch keine Förderung für den Telefonausbau vom Bund erhalten haben. Das ist bis dato so geblieben. Und so möchte ich auch hier unserem Agrarreferenten Dr. Krainer für die Initiative und Förderung auch des ländlichen Telefonausbaues herzlich danken.

Danken möchte ich auch für das Verständnis und die Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit der Betriebshilfe und der steirischen Maschinenringe. Für diesen Aufgabenbereich ist unter Post 7770 ein Förderungsbeitrag von 315.000 Schilling vorgesehen. Zur Illustration und Rechtfertigung für die Förderung ein Kurzbericht über die Entwicklung des Betriebshilfsdienstes, der im vorigen Jahr in der Steiermark das erste Mal eingeführt wurde. So darf ich berichten, daß in den ersten neun Monaten 1975 449 Einsätze von Betriebshilfen angefordert wurden, davon 166 Fälle wegen Spitalsaufenthalt, 47 Fälle wegen Todesfällen, 44 Unfälle, 65 Krankheitsfälle, 90 Fälle wegen ärztlich verordneter Kur- und Erholungsaufenthalte und 37 Entbindungen. Bisher sind an Landesmitteln 650.000 Schilling als Förderung und 320.000 Schilling von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern zur Verfügung gestellt worden. Vielleicht eine interessante, aber kleine Zahl: Für diese 449 vermittelten Einsätze wurde ein Personalaufwand von 7500 Schilling verursacht, die als Vermittlungsgebühr notwendig waren für den Einsatz der Betriebshelfer. Die Einführung der Betriebshilfe ist mehr als gerechtfertigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die Zeit für meine Wortmeldung nicht länger in Anspruch nehmen, möchte aber trotzdem kurz Bezug nehmen auf die Differenz hier scheinbar im sozialistischen Abgeordnetenklub, nachdem gestern davon gesprochen wurde, daß die Einkommenserhöhung der Bauern 50 Prozent betrage und heute der Herr Abgeordnete Karrer davon gesprochen hat, daß es notwendig ist, gesicherte

Arbeitsplätze zu schaffen, damit das Einkommen besonders der Nebenerwerbslandwirte erhöht würde. Ich bin mit dem vollkommen einverstanden, glaube aber doch, hier wird eine Einigung innerhalb des sozialistischen Klubs notwendig sein müssen, damit man nicht auf der einen Seite von 50 Prozent Einkommenserhöhung spricht, aber auf der anderen Seite davon, daß die Masse insbesondere der Kleinbauern zu wenig Einkommen hat.

Vielleicht ein paar Zahlen hiezu: Von den 367.702 landwirtschaftlichen Betrieben in Österreich, die übrigens vom Jahr 1951 bis zum Jahr 1970 um 65.146 Betriebe zurückgegangen sind, sind 138.363 Betriebe mit einer Nutzfläche bis unter 5 ha. Insgesamt unter 20 ha sind es 295.696 Betriebe. Ich glaube sicherlich, und hier bin ich ganz einig mit dem Kollegen Karrer, daß die Bemühungen Hand in Hand — und alle werden mir im Hohen Haus zustimmen — für die Zukunft so weit gehen müssen, daß hier die Einkommenslage insbesondere dieser landwirtschaftlichen Betriebe erhöht wird. Es besagt auch die Tatsache, daß täglich neun Bauernhöfe in Österreich weniger werden, wie die Einkommenslage der Bauern wirklich aussieht. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit dazu sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der ländliche Raum ist für uns alle nicht nur Lebensraum, sondern nach wie vor, ohne Sentimentalität und ohne falsche Romantik betrachtet, nicht weniger als unsere Heimat. Heimat für alle Menschen, die in diesem Raume leben, die diesen Raum bearbeiten, pflegen und beleben; die Vollerwerbsbauern genauso wie die Nebenerwerbs- und Zuerwerbsbauern, die Arbeiter genauso wie die Beamten und die Gewerbetreibenden. Der Altlandeshauptmann Gleissner hat ein sehr weises Wort zum Begriff Heimat gesagt. Er sagte: „Heimat sind nicht nur die Seen, nicht nur die Wälder und die Menschen eines Landes, sondern Heimat ist das Gefühl, von Angst frei zu sein; von Angst frei zu sein, daß man von anderen abhängig ist oder von anderen beherrscht wird.“ In diesem Sinne, meine verehrten Damen und Herren, wollen wir den ländlichen Raum weitergestalten, für uns, für unsere nachfolgende Jugend und für die Gesellschaft in der Zukunft. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Pörtl. Ich erteile es ihm.

Abg. Pörtl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir Vertreter der Landwirtschaft sind immer sehr froh, wenn wir Mitstreiter für unseren Berufsstand bekommen. Nur muß auch diese Mitverantwortung und dieses Mitstreiten eine echte Glaubhaftigkeit haben und ich möchte fast vermuten, daß der Abgeordnete Karrer sich sehr bewußt geworden ist, wie er über die Nebenerwerbslandwirtschaft gesprochen hat, daß wir eine Mehrheitsdemokratie haben und daß eine Statistik zeigt, daß immer mehr Bauern Nebenerwerbsbauern werden und sich ein zusätzliches Einkommen schaffen müssen. Wenn man hier diesen Auftritt genau betrachtet hat, so muß man sich ein bißchen ge-

nauer mit diesem Gedankengang befassen, denn ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß damals die ideale Lösung der Agrarpolitik die Großraumlandwirtschaft gewesen ist und ich selbst habe in einer Landwirtschaftsschule gezittert und geglaubt, es gäbe keine Zukunft für einen Bauern, der nicht mindestens 30 bis 50 ha hat, weil man damals die Auffassung vertrat, man müsse die Betriebe der Mechanisierungsmöglichkeit anpassen. Es hat auch diese Auffassung bis vor kurzem der bekannte Wirtschaftsfachmann in der Gewerkschaft, wir wissen auch seine politische Einstellung, Dr. Thomas Lachs, vertreten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, unter diesem Aspekt müssen wir jetzt auch einbekennen und betrachten, daß diese damalige Auffassung ein Irrtum war. Wir wissen, daß eine stramme Kehrtwendung gemacht wurde und daß bereits dieser Herr Manshold eine Kleinlandwirtpartei in seinem eigenen Land gegründet hat. Das ist ganz klar und verständlich.

Meine Damen und Herren, wir in der Steiermark haben eine Agrarstruktur, die in keinem Ausmaß die Möglichkeit gibt, rein aus der Landwirtschaft über die wirtschaftliche und Mechanisierungstechnik zu einem Einkommen zu kommen. 60 Prozent der Bauern müßten ihre Flächen aufgeben, damit wir eine durchschnittliche Betriebsgröße von 20 ha erreichen könnten, und das allein beweist, daß dieser damalige Gedanke eine Traumidee gewesen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Politik heißt aufgrund der Gegebenheiten, aufgrund der Voraussetzungen die Zukunft gestalten. Das waren die Voraussetzungen der damaligen Entscheidungen und immer war die Politik des Bauernbundes und auch der Kammer eine Politik für alle Bauern, eine Politik für die Voll- und Nebenerwerbsbauern. Es ist nie eine Frage in dieser Hinsicht in der Förderung oder in irgendeiner anderen Entscheidung, aber vor allem nicht in der Beratung erfolgt. (Abg. Ing. Turek: „Das ist aber neu!“)

Ich komme hier auf die Auffassung meines Kollegen Karrer zurück, der meint, eine verstärkte und gezielte Förderung der Nebenerwerbsbauern sei erforderlich, damit man innerbetrieblich die Bäuerin, die gesamte Familie entlastet, damit man die Möglichkeit zur Extensivierung und zu einem richtigen Verhältnis zwischen Arbeitsaufwand und Einkommen kommt. Dann sei auch die Zukunft gesichert und dann werden auch die Jungen diese Betriebe übernehmen. Wir haben Beispiele im Burgenland, wo die Jungen diese Betriebe wohl besitzen wollen, aber nicht mehr bearbeiten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier müssen Entscheidungen fallen, wie sie hier in der Steiermark immer gefällt wurden. Wir wissen bereits aus den Ausführungen meines Kollegen Eberdorfer in seinem Bericht, in seinem Vortrag über das landwirtschaftliche Schulwesen, daß eine kombinierte Ausbildung in einigen Schulen in Stainz, in Altgrottenhof, in Kobenz praktisch verwirklicht wird.

Wenn wir weiter die Entwicklung und genauer die Dinge im Bereich der Landwirtschaft — hier kommt gleich die Nebenerwerbslandwirtschaft — beleuchten, so ist im gleichen Ausmaß auch entscheidend, wo dieser Nebenerwerbsbauer eine Ar-

beitsmöglichkeit hat. Hier ist wieder gerade in strukturschwachen Gebieten eben eine verstärkte Wirtschaftsförderung der Beweggrund gewesen, dort eine Möglichkeit zu schaffen, damit dieser ländliche Lebensraum erhalten bleibt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir alle versuchen, diese Dinge ohne politische Hintergründe zu behandeln, genau zu beraten und dann zu Entscheidungen zu kommen, werden wir diesen Nebenerwerbsbauern, der letzten Endes der einzige sein könnte, der extreme Lagen der Grenzertragsböden überhaupt noch bewirtschaften kann, sichern. Es ist damit auch die einzige Chance, daß wir über eine konstruktive und solide Wirtschaftspolitik und Regionalpolitik den Nebenerwerbsbauern und damit diesen ländlichen Raum sichern. Es wurde in der Ost- und Weststeiermark, das sind gerade diejenigen Gebiete, die am strukturschwächsten sind, wie folgt gefördert: In der Oststeiermark wurden 4835 neue Arbeitsplätze geschaffen, vor allem und zum Großteil auch für jene Menschen, die aus diesem Kreise kommen; und 1069 Arbeitsplätze wurden im Rahmen der Arbeitsplatzsicherung gefördert. Die Förderung war fast gleich in der Weststeiermark. Es ist aber zu erkennen gewesen, daß Wirtschaftsspritzen, wie sie groß verkündet wurden, im verstärkten Ausmaß nur im Wiener Bereich zum Tragen gekommen sind und gerade die Nebenerwerbsbauern sind es, die oft in der Bauwirtschaft und in jenen Sparten, auch in der Textilbranche, beschäftigt sind, die am anfälligsten sind. Gerade deshalb wurden diese Menschen durch diese letzte Entwicklung betroffen.

Ich muß aber noch ein Wort sagen, weil hier ganz speziell die Förderung der Kammer angezogen wurde. Ja gibt es denn eine bessere, vernünftiger Förderung als eben die Förderung über eine solide Beratung? Aber wenn man hier spricht, muß man auch sagen, daß es Verordnungen des Landwirtschaftsministerium gegeben hat, daß Nebenerwerbsbauern keine AEK-Kredite für einen Wohnhausbau bekommen. Das muß man eben in dieser Situation ebenfalls deponieren. (Abg. Zinkanell: „Das war einmal!“ — Abg. Brandl: „Das hat sich alles geändert!“) Es war, ich habe sehr deutlich gesagt: „Es hat es gegeben.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben über die Landwirtschaft sehr lobende Ansprüche gehört, entscheidend ist aber immer wieder, daß konkrete Entscheidungen, Entscheidungen wie in der Steiermärkischen Landesregierung, aber wie auch in der Berufsvertretung in der steirischen Landwirtschaftskammer der gesamten Landwirtschaft dienen und damit zugleich auch im Dienste der gesamten Bevölkerung stehen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Turek: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe es höchst bemerkenswert gefunden, daß sich zu dem Kapitel Landwirtschaft namens der sozialistischen Fraktion gleich als erster ein Betriebsrat, oder soweit ich weiß, sogar ein Betriebsrats-

obmann gemeldet hat. (Abg. Prof. Hartwig: „Darf er nicht?“) Diese Frage habe ich mir auch gestellt. Ich stelle mir diese Frage schon seit langem. Ich habe nämlich manchmal den Eindruck gehabt, daß es da so gewisse Tabus gäbe, daß es auf der einen Seite nur erlaubt wäre, sich über Arbeitnehmerfragen zu unterhalten und auf der anderen Seite nur gestattet wäre, sich über die Probleme des selbständigen Erwerbstätigen und über die Probleme der Landwirtschaft Gedanken zu machen. Ich nehme es als guten Hinweis, daß damit eine Enttabuisierung der verschiedenen berufsständischen Probleme eingetreten ist. Bis gestern habe ich allerdings diesen Eindruck nicht gehabt, meine Damen und Herren, denn ich kann mich noch an einen Zwischenruf erinnern, ich möchte die Namen der zwei hier betroffenen Kollegen nicht nennen, als sich von der rechten Seite ein selbständig Erwerbstätiger erlaubt hat, Gedanken über den Bereich der Arbeiterkammer zu machen, so wurde ihm von der anderen Seite prompt erwidert: „Sie kümmern sich um die Handelskammer, das geht Sie nichts an!“ Ich nehme das als gutes Zeichen, daß diese Enttabuisierung mit dieser Geste jedenfalls erfolgt ist und daß es ab nun, glaube ich, gestattet ist, daß sich jeder auch über die Probleme des anderen seine Gedanken macht. (Abg. Brandl: „Also wir dürfen!“) Ich glaube, es gehört zu einem gemeinschaftlichen Interesse und wir alle sitzen hier ja nicht als Standesvertreter, sondern als sogenannte Volksvertreter und jeder hat ja etwa so einen 56. Steirer hinter sich und diese Steirer haben ja auch wieder keine berufsständische Punze, sondern setzen sich auch aus allen Berufsschichten zusammen. Deswegen glaube ich, daß es richtig ist, daß sich jeder gestattet, auch über die Probleme des anderen Berufsstandes, dem er nicht angehört, seine Gedanken zu machen. Ich finde das sehr positiv.

Wenn man allerdings über die Fragen der Landwirtschaft diskutiert — ich habe erst das zweite Mal die Gelegenheit, einer Budgetdebatte beizuwohnen, in der die Probleme doch weitergestreut und tiefeschürfender behandelt werden — habe ich doch den Eindruck, wenn auch verschiedene Budgetkapitel weitestgehend unumstritten sind und es nur da und dort zu Emotionsausbrüchen kommt, doch in die Zeiten des tiefsten Klassenkampfes zurückversetzt zu sein. Sie werden zugeben, die Stimmung und die Atmosphäre der letzten halben Stunde war eine klassenkämpferische. Meine Damen und Herren, warum kommt so eine Stimmung auf? Weil ich der Meinung bin, daß es bei den bäuerlichen Belangen doch um sehr heikle Fragen geht. Das möchte ich als Nichtbauer hier behaupten, weil ich es aus eigenem Anschauen und praktischer Erfahrung zu kennen glaube, daß eben die bäuerlichen Belange noch nicht so zufriedenstellend gelöst sind wie weitestgehend die Anliegen der anderen Berufsgruppen und weil, was die bäuerlichen Interessen, die Einkommensverhältnisse der Bauernschaft und die soziale Sicher- und Besserstellung anbelangt, in manchen Bereichen noch ein Nachholbedarf vorhanden ist. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das die Ursache ist, daß manchmal so gereizt reagiert wird und daß wir wie auch in vielen an-

deren politischen Bereichen das Problem etwas vereinfacht sehen, und halt diese Schwarz-Weiß-Malerei üben, wie sie an und für sich unzulässig wäre, die aber durchaus ein Mittel bzw. ein Instrument der Politik ist.

Man muß die Probleme der Bauernschaft doch etwas differenzierter sehen und nicht dem kursierenden Witz entsprechend, der dahingehend lautet: „Da steht vor dem Gasthaus eine Reihe von Autos, so und so viele Mercedes und ein VW, ratet einmal, wem der VW gehört? Das ist der Tierarzt.“ So einfach kann man das Problem nicht sehen, sondern es gibt natürlich eine ganze Reihe kleinerer Bauern, die keinen Mercedes haben und sich kaum ein Moped leisten können. Ich glaube, daß wir an die zu denken hätten. Ich habe nur, wenn ich mich mit Bauernfragen beschäftige, entsprechende Unterlagen zu besorgen, da ich darauf angewiesen bin, da ich verschiedenes aus eigener Erfahrung nicht kenne, und habe nach Quellen Ausschau zu halten. Da ist mir der Grüne Bericht, den die Bundesregierung herausgibt, aus dem Jahr 1974 in die Hand gekommen. Bei oberflächlicher Betrachtung und oberflächlichem Studium der dort angeführten Ziffern könnte man tatsächlich den Eindruck gewinnen, daß es den Bauern an und für sich recht gut geht und daß auf der anderen Seite, was die soziale Besserstellung anbelangt und was die Besserstellung der Einkommensverhältnisse anbelangt, ein ganz respektable Fortschritt in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen wäre. Es sieht so aus nach diesem Bericht, daß die Einkommensentwicklung zufriedenstellend ist, daß das Einkommen der buchführenden Betriebe angestiegen ist; es wird allerdings zugegeben, daß das Einkommen der Bergbauernschaft um 8 Prozent abgenommen hat. Ja nun, es wurde ausdrücklich angeführt „der buchführenden Betriebe“. Ich habe mich auch informiert, wie viele buchführende Betriebe es gibt und nach meinen Informationen — ob die auf die Einerzahl genau stimmen, weiß ich nicht — gibt es etwa 1950 buchführende Betriebe und diese wurden als Maßstab für diese statistischen Erhebungen herangezogen. Nun, meine Damen und Herren, sind das sicher Betriebe, die — was ihre strukturelle Zusammensetzung anbelangt — sicher nicht als repräsentativ für die gesamte Landwirtschaft anzusehen sind. Wenn man nämlich — was ja auch in diesem Bericht drinnensteht — sieht, daß der Bevölkerungsanteil aus der Landwirtschaft 10 bis 12 Prozent ausmacht und das Volkseinkommen bzw. der Anteil dieses Bevölkerungsteiles daran nur 5,1 Prozent ausmacht, dann sieht man, daß die Bauernschaft, was das Einkommen anbelangt, sicher unterproportional beteiligt ist. Diese Ziffern mögen vielleicht statistisch stimmen, ich bezweifle sie. Wenn ich hinaus aufs Land fahre und wenn ich mir die Landwirtschaften ansehe, wenn ich mir den Zustand der Häuser und auch den Zustand der Menschen — entschuldigen Sie, wenn ich das so profan sage — ansehe, dann habe ich nicht das Gefühl, daß es dem Gros der Bauernschaft gutgeht und da habe ich auch nicht das Gefühl, daß gerade die Nachwuchsprobleme auf dem landwirtschaftlichen Sektor gelöst sind. Die Überalterung des Bauernstandes ist eine sehr große. Wenn man

die abgeschundenen und abgerackerten Menschen ansieht, glaubt man diesen Ziffern nicht.

Nun, meine Damen und Herren, es soll ab 1. März 1976 für alle bäuerlichen Betriebe vorgeschrieben werden, daß diese eine Buchführung zu machen haben. Zu dieser Buchführung kann man in zweierlei Hinsicht stehen und sie von zwei Seiten her betrachten. Der Nachteil ist sicher der, daß der Arbeitsaufwand für den betroffenen Bauern noch ein größerer ist und mancher ältere Bauer sicher auch überfordert ist, diese Aufzeichnungen zu machen. Ich bin aber der Meinung, daß gerade das zweite Problem durch eine Schulungstätigkeit, durch eine Informationstätigkeit von seiten der Landwirtschaftskammer gelöst werden kann und daß zweitens — das wäre ein Vorschlag von mir — die Landwirtschaftskammer vielleicht nach Möglichkeit die Kosten einer solchen Buchführung übernimmt, damit — wenigstens was die materiellen Belastungen anbelangt — diese Belastungen dem einzelnen abgenommen werden.

Aber ich glaube, daß solche Statistiken, da ich die Statistik, wie sie hier angeführt wird, bezweifle, weil sie nicht repräsentativ ist, mit einer echten Buchführung und durch lückenlose Aufzeichnungen ad absurdum geführt werden würden; daß man dann nämlich über die echten Verhältnisse der Bauernschaft informiert werden würde und ich glaube, daß es dann zu anderen Ziffern kommen würde. Das wäre ein gewisser Vorteil, der mit so einer Buchführungspflicht verbunden wäre. Ich glaube, daß es im Interesse der Bauernschaft gelegen wäre, sich hier nicht absolut dagegenzustellen, sondern vielleicht auch diese Überlegung von einem Nichtbauern mitzunehmen. Das statistische Material würde sicher ein echteres werden.

Meine Damen und Herren! Es ist unbestritten, daß die Aufgaben der Landwirtschaft in den letzten Jahren angereichert wurden. Wenn wir bis vor einigen Jahren die Aufgabe der Landwirtschaft nur darin gesehen haben, für eine ausreichende und entsprechend gesunde Ernährung zu sorgen, so ist der Landwirtschaft in den letzten Jahren die Pflege der Kulturlandschaft nicht nur zugesprochen worden, sondern das hat sich automatisch und chronologisch entwickelt. Wir Städter fahren so gerne am Wochenende hinaus, um eine gute Luft zu genießen. Wir hier in Graz haben ja seit dem 1. November, soweit ich mich erinnern kann, nur zwei Sonnentage gehabt — wenn Sie daran denken, daß das sechs Wochen sind — und sind bemüht, so wir die Möglichkeit haben, natürlich dem Stadtmog zu entinnen und hinaus aufs Land zu gehen, um die frische Luft und auch die Natur und die Schönheiten unserer Steiermark zu genießen. Ich glaube, schon allein deshalb sollte jeder einzelne, der nicht dem bäuerlichen Berufsstand angehört, auch sein Verständnis für die Bauernschaft und für die Landwirtschaft etwas vertiefen.

In diesem Zusammenhang — ich hätte es schon bei der Straßendebatte sagen wollen — möchte ich vielleicht doch auch darauf hinweisen und einen Appell an die Planer jedweder Art richten, aber vornehmlich an die Straßenplaner, allerdings auch an die Planer von Energieleitungen, daß, wenn sie solche Planungen vornehmen und solche Vorstellun-

gen entwickeln, diese Vorstellungen doch unter weitestgehender Schonung der Natur vollzogen und vollführt werden sollten. Wenn wir unsere Verkehrswege und unsere Energieleitungen in den Tälern, hauptsächlich die hauptfrequentierten Täler Murtal, Palten-Liesing-Tal oder Mürztal, ansehen, so sind diese Täler längsseits durchschnitten und zwischendurch gibt es nur mehr schmale Riemenparzellen, die einer landwirtschaftlichen Nutzung, wenn überhaupt noch landwirtschaftlich genutzt wird, zugeführt werden. Ich glaube, daß man diesem Umstand doch auch Rechnung tragen sollte, wenn es technisch möglich ist, daß die Natur weitestgehend geschont wird. Als zweites, was sicher möglich ist, meine Damen und Herren: Wir erleben es sehr oft, daß neue Straßen errichtet werden, aber die alten Verkehrswege und die alten Straßen neben der neuen noch herlaufen, zum Teil verkümmern und mit der Zeit von Unkraut überwuchert werden, also nicht nur ein etwas unschönes Bild geben, sondern dort und da auch wertvollen landwirtschaftlichen Grund und landwirtschaftliche Nutzfläche beanspruchen. Ich würde auch dafür plädieren — und das ist ein weiterer Appell an die Planer und Bauabteilungen der Landesregierung —, daß man Verkehrswege, die nicht mehr unbedingt gebraucht werden, abträgt und sie ins Eigentum eines angrenzenden Landwirtes — meist sind es ja Landwirte — rücküberträgt, damit diese Fläche auch wieder einer entsprechenden Nutzung zugeführt werden kann. Es kommt ja oft vor, daß eine alte Bundesstraße zu einem Hofzufahrtsweg wird. Ich glaube, das kann man schöner und billiger lösen.

Meine Damen und Herren, es ist uns in den letzten Monaten das Landwirtschaftsgesetz übergeben worden. Wir haben uns noch nicht sehr intensiv damit beschäftigen können, weil es ja auch wieder eine Frage der Zeit und der zur Verfügung stehenden Fachleute ist, die uns da beraten können. Aber eines steht fest, meine Damen und Herren, daß die Durchsichtigkeit und die Transparenz des Förderungsapparates auch durch ein neues Landwirtschaftsförderungsgesetz nicht gefördert wird. Wir haben in diesem Hause schon des öfteren gesagt und festgestellt, daß der Förderungsapparat des Landes im allgemeinen nicht durchsichtig ist und transparenter gestaltet werden müßte. Wir haben auch in anderen Bereichen gefordert, daß klare Richtlinien erstellt werden, damit auch offenkundig wird, wie Förderungen verteilt werden und wem eine Förderung nach objektiven Maßstäben zukommt. Das neue Landwirtschaftsförderungsgesetz sieht für Förderungen, die einem Landwirt zugeführt werden sollen, keinen Rechtsanspruch vor, sondern es ist wieder eine Kann-Bestimmung und gerade wir als kleinere politische Gruppierung, die wir auch in den Dörfern nur Minderheiten darstellen, wir sind gegen solche Kann-Bestimmungen etwas allergisch und stehen diesen etwas mißtrauisch gegenüber, weil doch allzu oft festgestellt wird, daß Menschen und Bauern, die um eine Förderung oder eine Subvention einkommen, irgendwelchen Beeinflussungen ausgesetzt werden, und dann durch die Förderung oder Subvention doch ein gewisser parteipolitischer Effekt mitverquickt und erzielt werden soll. Um mich vorsichtig auszudrücken.

Ich glaube, damit dieses Mißtrauen abgebaut wird, sollte, was die Förderung anbelangt, im neuen Landwirtschaftsförderungsgesetz der Rechtsanspruch für solche Förderungen festgelegt werden und sollten auch klare, objektive Richtlinien verankert werden.

In den letzten Wochen, meine Damen und Herren, haben wir uns nicht nur in diesem Haus über die Frage der Genossenschaften unterhalten und auch auseinandergesetzt. Auch hier sind die Meinungen natürlich aneinandergeprallt, es war ja nicht anders vorstellbar. Aber in der Folge hat sich herausgestellt, daß sicher die Genossenschaftsfrage in Zukunft einer Diskussion zu unterziehen wäre. Die Vorkommnisse in der letzten Zeit gingen ja auch durch die Tagespresse. Verschiedenste Genossenschaften haben doch ganz offenkundig dargelegt, daß verschiedene dieser Einrichtungen ihrer Funktion, die sie ursprünglich hatten und haben sollten, schon weitestgehend entwachsen sind und sie nicht mehr diese landwirtschaftliche Selbsthilfeorganisation darstellen, zu deren Zwecke sie seinerzeit gegründet wurden, sondern, daß sie diese Dimensionen schon weit überschritten haben. Ich möchte die Frage der Genossenschaften im ländlichen Raum und die problematische Ausweitung in diesem Sinne wie wir uns ja damals eingehend unterhalten haben, nicht wiederholen, aber eines steht ja fest: Die Genossenschaften haben sich in manchen Bereichen übernommen und auf der anderen Seite sind wohl sehr ehrgeizige Manager und ich möchte auch nicht bestreiten, tüchtige Manager am Werk, die aber offensichtlich manchmal nicht in der Lage sind, die Dimensionen ihres Betriebes zu überblicken. Es ist ein an und für sich guter Gedanke, meine Damen und Herren, und ich möchte das hier noch einmal betonen, nichts gegen die Genossenschaft als Selbsthilfeorganisation, weil mir damals sogar, der Herr Landeshauptmann war es, glaube ich, zu unterstellen versuchte, daß ich grundsätzlich gegen die Genossenschaften etwas hätte. Nein, ich habe nichts gegen die Genossenschaften, aber so schwarze Schafe, wie sie dort und da auftauchen, schaden sicher dem Gedanken. Ich darf nur ersuchen, daß im internen Kreis so ein Reinigungsprozeß bald eingeleitet wird und daß die Genossenschaften doch wieder auf diese Basis zurückgeführt werden mögen, wozu sie eigentlich da sind. Ich hoffe, daß ich das gut umschrieben habe.

Nun, meine Damen und Herren, der Herr Kollege Lackner — er ist jetzt nicht da — hat sich darüber beklagt, daß es keine Grenzlandförderung oder kein Grenzlandprogramm, wie es genau heißt, gäbe. Meine Damen und Herren, nach meinen Informationen — ich muß ja immer diese Einschränkung machen, aber ich informiere mich gewöhnlich an mehreren Stellen, so daß dann irgendwo, glaube ich, doch die Wahrheit zum Vorschein kommt — werden solche Grenzlandsonderprogramme im Grünen Plan mitfinanziert und sind auch vorgesehen und vor allem sollen sie ja der Festigung der strukturschwachen Gebiete, wie sie die Grenzlandgebiete darstellen, dienen. Soweit ich weiß, gibt es in Niederösterreich bereits seit dem Jahr 1973 ein Grenzlandförderungsprogramm, das mit 50 Millionen Schilling dotiert ist und zwar 30 Millionen Schilling

zahlt das Land Niederösterreich und 30 Millionen Schilling werden durch den Bund aus Mitteln des Grünen Planes zugesprochen. Darüber hinaus ist ein Zinsenzuschuß für ein AIK-Kreditvolumen von 80 Millionen Schilling jährlich vorgesehen. Also, ich muß sagen, die Niederösterreicher waren da recht tüchtig. Ich bin einer, der Niederösterreich nicht gerne lobt, aber was das anbelangt, waren die Niederösterreicher offensichtlich tüchtiger als die Steirer, möchte ich in dem Zusammenhang sagen. Ab dem Jahr 1976 wird in Oberösterreich so ein Grenzlandprogramm zum Anlaufen kommen. In der Steiermark ist das bisher — ich nehme an, ich weiß es nicht — verschlafen worden: Auf jeden Fall sind die ersten Initiativen nach meinen Informationen erst im April dieses Jahres gesetzt worden und ich habe natürlich dafür schon Verständnis aufgrund der Vorkommnisse in diesem Jahr. Weil man ja die Programme so mitten im Jahr nicht erstellen kann, sondern wie wir wissen, dies in den einzelnen Budgets ja vorgesehen werden muß, so habe ich den Eindruck, daß man das in der Steiermark etwas verschlafen hat, und ich möchte doch appellieren, daß die bäuerlichen Vertreter im Rahmen der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft, aber auch die verantwortlichen Stellen der Steiermärkischen Landesregierung mit ihrem Referenten an der Spitze, raschest bemüht sein sollen, daß auch die Steiermark so ein Grenzlandsonderprogramm erhält. Auch wir haben in unserem Grenzland strukturschwache Betriebe und ich glaube, daß es diesen strukturschwachen Gebieten sicher zugute kommen könnte und zugute kommen müßte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal an den Eingang meiner Ausführungen zurückkommen, daß ich der Auffassung bin, daß die Probleme der Landwirtschaft genauso unser gemeinsames Anliegen sein müssen, wie wir auch natürlich die Probleme der Arbeitnehmer und der Wirtschaftstreibenden auch zu einem gemeinsamen Anliegen machen und die Beweise dafür erbringen, daß das gemeinsame Anliegen sind. Die Landwirtschaft muß allerdings ein darüber hinausgehendes Interesse bei uns finden, weil sie ja vornehmlich dafür sorgt, daß unsere Ernährung, deren Selbstversorgungsgrad derzeit 100 Prozent beträgt, auch für die Zukunft gesichert ist. In diesem Sinne würde ich Sie bitten, diese oft klassenkämpferischen Parolen gerade beim Kapitel Landwirtschaft in Zukunft etwas zurückzuschrauben. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zinkanell. Ich erteile es ihm.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

So wie mein Vorredner darf auch ich es mir schenken, auf die einzelnen Ziffern des Landwirtschaftsabschnittes im Landesbudget einzugehen. Ich möchte mich darauf beschränken, die Summe des Abschnittes 71 „Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft“ mit 107,8 Millionen Schilling und die Summe des Abschnittes 74 „Sonstige Förderung der Landwirtschaft“ mit 135 Millionen Schilling herauszuheben und einige Vergleiche dazu anzustellen. Die Zusammenzählung dieser beiden

Abschnitte 71 und 74 ergibt einen Mehrbetrag von 41 Millionen Schilling. Aber es ist vielleicht gleich darauf hinzuweisen, daß von diesem Betrag, der insgesamt 243 Millionen Schilling umfaßt, ja nicht alles für unmittelbare Landwirtschaftsförderung gegeben wird.

Die größte Einzelpost in der Landwirtschaftsförderung in diesen beiden Abschnitten mit 61 Millionen Schilling ist die Post für den Personalkostenzuschuß der Landwirtschaftskammer. Diese Post übertrifft bei weitem die an sich verhältnismäßig sehr kostenaufwendige Verkehrserschließung ländlicher Gebiete, für die 38 Millionen Schilling vorgesehen ist, die Post ist dreimal so hoch wie die gesamte Förderung für die Ent- und Bewässerung, und diese 61 Millionen Schilling Personalkostenzuschuß sind achtmal so hoch wie die gesamte Beihilfe zur Stärkung landwirtschaftlicher Familienbetriebe. Diese Landwirtschaftskammerförderung stellt also alle anderen Landwirtschaftspositionen des Landesbudgets verhältnismäßig weit in den Schatten. Es wird daher die Damen und Herren des Hohen Hauses interessieren, für wieviel Personen eigentlich dieser Personalkostenzuschuß vorgesehen ist. Es handelt sich hier laut derzeitigem Stand um 672 Bedienstete, und wenn ich es genau nehmen darf, laut den Erläuterungen zum Jahresvoranschlag sind da sogar 17 Karenzurlaube mit drinnen. Es werden in diesem Zusammenhang vielleicht auch noch die Ziffern bzw. Zahlen der Bediensteten in den Landwirtschaftskammern in Österreich interessieren. Ich habe Ihnen hier eine Liste mitgebracht und vielleicht darf ich aus den neun Bundesländern nur die drei größeren, die auch im Vergleich interessant sind, heranziehen und zwar: Oberösterreich hat 530 Bedienstete; Niederösterreich, mit erstaunlich vielen Bezirkskammern oder Unterbezirkskammern, wenn man so sagen darf, ich glaube 65 Bezirkskammern sind es, hat 494 Bedienstete und die Steiermark hat nach dieser Liste noch 684, es hat sich inzwischen aber auf 672 reduziert. Ich möchte zu diesen Ziffern noch einen Vergleich heranziehen, und zwar den Vergleich des Personalkostenzuschusses mit der Bergbauförderung des Landes. Der Personalkostenzuschuß ist immerhin siebzehnmals so hoch wie die gesamte Beihilfe an gefährdete Bergbauernbetriebe in der Steiermark mit 3,5 Millionen Schilling. Auch nur eine kleine Ergänzung: voriges Jahr waren es 3,4 Millionen Schilling unter der Post 715,015, wenn Sie nachschauen wollten.

Dieses Beispiel habe ich auch deshalb herangezogen, um eine Titelzeile des „Steirischen Bauernbündlers“ von der vorigen Woche, vom 7. Dezember, zu beleuchten, wo es groß und dick heißt: „Bergbauernförderung: Förderung des Bundes ein Hohn!“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir ein bißchen vergleichen: Die Bergbauernförderung des Bundes beträgt immerhin 417 Millionen Schilling im Bergbausonderprogramm, die Förderung des Landes 3,5 Millionen Schilling. Das Verhältnis steht 120 zu eins. Ich will aber korrekt sein und will das auf der Basis der beiden Budgets rechnen, des Bundesbudgets zum Landesbudget: Das wäre ungefähr ein Verhältnis von 20 zu eins. (Abg. Dr. Schilcher: „417 Millionen!“) In

diesem Falle, Herr Professor, gibt der Bund sechsmal soviel wie das Land für die Bergbauernförderung. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Brandl: „So schaut es aus!“) Wenn man nun, meine Damen und Herren und lieber Karl, die Förderung des Bundes mit 417 Millionen Schilling als einen Hohn bezeichnet (Abg. Schrammel: „Das ist eine Milchmädchenrechnung!“), wie bezeichnet der Steirische Bauernbund dann die Förderung des Landes, die ein Sechstel dessen ist im Vergleich gerechnet zur Förderung des Bundes. Ich glaube, das wird etwas schwer zu bezeichnen sein.

In dem gleichen Artikel des „Bauernbündlers“ sind übrigens drei unrichtige Informationen enthalten. Es heißt da unter anderem, daß die Zahl der förderungswürdigen Bergbauern sich verdreifacht hätte. Das stimmt nicht. Ich weiß nicht, ob Sie sich die Zeit nehmen, daß ich Ihnen die tatsächlichen Ziffern des derzeitigen Bestandes der Bergbauern sage, aber es ist nicht ganz uninteressant: In der Zone eins, und zwar in der neuen Zone eins über 44.000, in der Zone zwei 36.900, in der Zone drei 43.900. Zusammen sind es 124.900, bisher waren es 135.000, also sogar etwas mehr als jetzt und nicht, wie der „Bauernbündler“ seinen Lesern mitteilte, daß sich die Zahl der förderungswürdigen Bergbauern verdreifacht hätte. Die zweite Unrichtigkeit in diesem Artikel ist, daß darauf hingewiesen wurde, es seien nur 50 Millionen Schilling gegeben worden, in Wirklichkeit sind es um die Kleinigkeit von 15 Millionen Schilling mehr, es sind nämlich 65 Millionen Schilling. Weiters heißt es, daß das obendrein noch eine Augenauswischerei wäre, weil ja andererseits der Grüne Plan gekürzt worden wäre. Eine unrichtige Information, wenn ich das höflich bezeichnen darf. In Wirklichkeit ist der Grüne Plan nicht gekürzt, sondern erhöht worden. Wenn ich noch einen Vergleich machen darf: Der Erfolg 1974 — wir haben vom Grünen Bericht heute schon gehört und ich werde mich auch ganz kurz damit befassen — waren 807 Millionen Schilling, für 1976 sind 966,5 Millionen Schilling vorgesehen, das ist eine Erhöhung von ungefähr 20 Prozent — ein ganz beachtlicher Schritt weiter, und übrigens gegenüber dem vorigen Jahr immerhin um 45 Millionen Schilling mehr. Das ist die Tatsache und nicht das, was den „Bauernbund“-Lesern mitgeteilt wird.

In den „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ vom 1. Dezember wird über eine Sitzung des Bergbauernausschusses berichtet. Dort wird verlangt, daß die Direktzahlung so anzuheben ist, daß eine nachhaltige Wirkung dabei zustande kommt und außerdem natürlich auch die Regionalförderung aufgestockt werden soll. Ich darf dazu vorerst einmal in Erinnerung rufen, ich habe das schon einmal, zweimal in diesem Hause gesagt, aber man wird wohl oder übel gezwungen, diese Dinge wieder zu sagen. In den Jahren 1966 bis 1970 ist die damalige Bergbauernförderung — sie hat einen etwas anderen Titel gehabt — von 40 Millionen Schilling im Jahr 1966 stufenweise herunter reduziert worden auf null Millionen. So hat das in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung ausgesehen. Die sozialistische Bundesregierung hat — und das ist ja an sich auch bekannt — vor einigen Jahren das

Bergbauernsonderprogramm beschlossen, 1500 Millionen Schilling in fünf Jahrestappen, das heißt 300 Millionen Schilling pro Jahr. Ich darf dazu sagen, daß die Bundesregierung nicht nur Wort gehalten hat und diese 300 Millionen Schilling gegeben hat, sondern daß sie im laufenden Jahr 1975 diese 300 Millionen Schilling, wie es ursprünglich für fünf Jahre hindurch vorgesehen war, aufgestockt hat auf 417 Millionen Schilling und daß auch in diesem, das heißt im kommenden Jahr dieser Betrag vorgesehen ist. Diese Vorausgabe und wesentliche Erhöhung wird von Ihnen als eine Schlechterstellung und als eine sehr ungute Haltung der Bundesregierung bezeichnet.

Ich möchte dazu sagen, daß uns die Lizitation des Bauernbundes in dieser Frage seit 1970 und später ja nichts Neues ist. In der Kammervollversammlung konnten wir ja voriges Jahr schon von einem Kollegen hören, daß diese Direktzahlung mindestens 10.000 Schilling ausmachen müßte. Ich darf Ihnen dazu sagen, meine Damen und Herren, daß es für die Sozialisten, für die Bundesregierung und für die Sozialistische Partei an sich eine Selbstverständlichkeit ist, alles Zweckmäßige zu tun, um die Bergbauern zu halten. (Beifall bei der SPÖ.) Wir wissen, daß wir die Bergbauern brauchen und meines Erachtens ist die beste Hilfe die volle Integrierung durch eine entsprechende Regionalförderung mit allen ihren Facetten und Möglichkeiten. Die Direktzahlung kann nur eine Ergänzung sein und ich bin der Auffassung, daß wir über das derzeitige Stadium hinaus, das ich als ein Anfangs- oder Beginnstadium bezeichnen möchte, zu einer differenzierten Ablöse oder Entgeltung der effektiven bergbäuerlichen Erschwernisse kommen sollten. Jedenfalls sind diese 417 Millionen Schilling für die Bergbauern eine Gewähr dafür, daß wichtige Aktivitäten auch im kommenden Jahr durchgeführt werden können. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß auch auf der Grundlage des Grünen Berichtes die Landwirtschaft in fast allen ihren Sparten gefördert wird.

In den Jahren von 1961 bis herauf zu 1970 war der Grüne Bericht eine Art Offenbarung für den ÖVP-Bauernbund und obwohl die sogenannte Paragraph-sieben-Kommission weiterhin so wie vorher an der Arbeit ist — es sind die Präsidentenkonferenz, die Handelskammer und die Arbeitnehmervertreter drinnen — will jetzt der Bauernbund von dem Grünen Bericht nicht mehr viel wissen. Irgendwie verständlich, meine Damen und Herren, weil dort ein sachlicher und positiver Bericht — der Kollege Turek hat es ja auch angezogen, wenn er es bezweifelt hat — zu hören ist und weil das in vielen Fällen, ich würde sagen, fast überall, mit der Bauernbundpropaganda einfach nicht übereinstimmt. Wenn ich erinnern darf, voriges Jahr um diese Zeit haben wir auch über den Grünen Bericht und über die Situation in der Landwirtschaft gesprochen und der Bauernbund hat sehr nachdrücklich erklärt, daß das Jahr 1974 eindeutig ein Katastrophenjahr sei und daß der Grüne Bericht das für dieses 1974er Jahr sicher auch beweisen wird. Wir haben den Grünen Bericht nun vorliegen und der Grüne Bericht beweist schon, daß es Gott sei Dank wieder einen Schritt vorwärts- und nicht zurück-

gegangen ist. Es wird darauf hingewiesen, daß trotz weltweiter — und das ist ja bekannt — Schwierigkeiten die österreichische Wirtschaft Fortschritte erzielt hat und innerhalb der österreichischen Wirtschaft auch die Landwirtschaft Fortschritte verzeichnen konnte. Die Endproduktion, wenn ich das Wort sagen darf — ich werde mir einige Ziffern schenken — der Landwirtschaft ist von 36 Milliarden Schilling auf über 38 Milliarden Schilling gestiegen, die pflanzliche Produktion auf über 11 Milliarden Schilling, die tierische Produktion auf über 27 Milliarden Schilling. Brotgetreide über eine Million Tonnen bedeutet 30 Prozent Zuwachs oder Mehrproduktion. Bei den Schweinen ergab sich ein Plus von 565 Millionen Schilling. Wenn ich darauf hinweise, daß zwar bei den Rindern aufgrund der Ausfuhrschwierigkeiten ein Rückgang zu verzeichnen war, so darf man oder muß man auch dazusagen, daß der Bund durch seine Hilfe einen weiteren Preisverfall durch mehr als 500 Millionen Schilling Zuschuß verhindert hat. Hier möchte ich noch einmal einfügen, was ich auch schon voriges Jahr gesagt habe, daß wir auch die Voraussetzungen beibehalten müssen in bezug auf die Leistungen oder Arbeiten des Landeskontrollverbandes, um der österreichischen Rinderproduktion im Ausland die entsprechende Anerkennung aufrechterhalten zu können. Die Endproduktion der Forstwirtschaft betrug über neun Milliarden Schilling. Der landwirtschaftliche Familienbetrieb hat immerhin auch um 11 Prozent laut diesem Grünen Bericht ein Einkommen zugenommen, nämlich von 130.000 auf 145.000 Schilling.

Ich möchte dazu sagen, meine Damen und Herren, daß das sicher nicht zu viel ist, das will ich absolut nicht behaupten, aber ich möchte doch feststellen, daß es ein Plus ist, daß es ein Schritt vorwärts ist und nicht ein Weg in die Katastrophe war. Untermauert wird dieser Fortschritt damit, daß die Zahl der Abwanderung auch wiederum erfreulicherweise kleiner geworden ist. Nur mehr — wenn man das sagen kann — etwas über 13.000 statt über 20.000 Personen. Und jetzt darf ich dazu sagen, daß es vor allem wichtig ist und eine Leistung der sozialistischen Bundesregierung, daß für diese Menschen, die abwandern und abwandern wollen, ein Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Denn, wenn diese Arbeitsplätze nicht da wären, würde der Trend und die Tendenz oder die Absicht zum Abwandern oder zum Nebenerwerb gar nicht möglich sein. Es ist in diesen Tagen schon einmal gesagt worden — das muß man ja als allgemeine Strukturentwicklung auch sehen —, daß diese Dinge im Gange sind und daß in anderen Ländern und in anderen Bereichen der Anteil der Landwirtschaft bereits bis auf vier Prozent heruntergegangen ist. Es ist nicht, daß ich das wünsche, aber Sie wissen, daß ein Strukturwandel eben im Gange ist, den man nicht aufhalten kann, weil die Flächen zum großen Teil zu klein sind und es ohne entsprechende Beistellung von Arbeitsplätzen nicht möglich wäre, einen anderen Verdienst außer der Landwirtschaft überhaupt zu suchen.

Am Dienstag dieser Woche, meine Damen und Herren, hat es den Anschein erweckt, daß der Bauernbund diese Tatsache, diese Leistungen der Bundesregierung, anerkennt, und der Herr General-

direktor Lanner hat bei der Landwirtschaftsdebatte die Meinung vertreten, man solle agrarpolitische Ziele außer Streit stellen, man soll zusammenarbeiten, und sich in dieser Richtung jedenfalls laut gemacht. Es hat den Anschein, meine Damen und Herren, daß hier oben eine Einsicht bereits eingekehrt ist: daß man die Kuh, die man melken will, nicht ununterbrochen schlagen kann.

Es ist nur jetzt so, daß der gestrige und der heutige Tag — so weit man bisher hören konnte, und ich bin auch neugierig, was die Kollegen zu diesem Thema noch sagen werden — bewiesen haben, daß der Steirische Bauernbund mit der Linie Lanner offenbar nicht mitzugehen bereit ist. Es wäre für mich auch eine sehr große Überraschung gewesen, weil es hätte mit dem Artikel, den ich bereits zitiert habe, mit dem „Hohn auf die Bergbauernförderung“ nicht übereingestimmt und man bleibt anscheinend dabei, Kritik um der Kritik willen weiterhin zu praktizieren.

Ich habe mich allerdings sehr gewundert, meine Damen und Herren, daß der Kollege Schrammel auch heuer wieder mit der böartigen Unterstellung gekommen ist (Abg. Schrammel: „Wir haben uns ja gern!“), daß die Bundesregierung bezüglich der Zuschußrentner mit der Todesspirale — so hat er es diesmal bezeichnet — spielt. Voriges Jahr hat er sich noch etwas brutaler ausgedrückt. Es hat mich gewundert, daß er das bringt und seine beim Vortrag zur Schau gestellte lächelnde Miene nimmt nichts von der Unerhörtheit dieser Unterstellung.

Nachdem es hier angezogen wurde, zwingen Sie mich auch, die Argumente zum Teil zu wiederholen, die ich voriges Jahr auch dazu gesagt habe und es ist heute schon von anderer Seite darauf hingewiesen worden: Hätte man bei der christlich-sozialen oder OVP-Bauernschaft oder Partei zeitgerecht seinerzeit und wenigstens nach 1945 die Einsicht gehabt, die man anscheinend jetzt an den Tag legt, dann würde die bäuerliche Sozialversicherung mit der Sozialversicherung der Arbeitnehmer mitgewachsen sein und wir hätten von vornherein keine Differenzen gehabt. (Beifall bei der SPO. — Abg. Schrammel „Das ist sehr gescheit!“)

Aber wenn man schon, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Schrammel-These hört und allenfalls als Vorwurf hier stehenlassen will — für die sozialistische Bundesregierung weise ich sie zurück —, dann muß man auch heuer wieder — ich habe das voriges Jahr auch getan — fragen: „Was ist denn mit der Zeit, in der Sie die volle Verantwortung getragen haben und in der nichts geschehen ist?“ Wie wenden Sie da diese Schrammel-These auch für die Zeit der OVP-Verantwortlichkeit an, meine sehr verehrten Damen und Herren? Ich darf sagen, daß doch zwischen 700 Millionen (Abg. Schrammel: Nichts ist geschehen. Das sind ja gesetzliche Pflichtbeiträge! So blöd sind wir nicht!“) — Kollege Schrammel, ich wundere mich, daß es anscheinend doch gelungen ist, dich trotz des strikten Auftrages zu schweigen, aus der Reserve zu locken (Abg. Schrammel: „Das sind gesetzliche Pflichten!“) —, daß doch zwischen den 700 Millionen Schilling im Jahre 1970, noch unter Ihrer Budgeterstellung, oder mehr als 3000 Millionen Schilling, wie das zur Zeit gegeben wird, ein

Unterschied ist. (Beifall bei der SPO.) Bei einer Verdreifachung der Zuschußrenten kann man nicht sagen, daß es schlechter ist oder daß es ein Dreck wäre, sondern man hat wirklich hier das Bestmögliche für diese Menschen getan. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist Gesetzesauftrag!“) Das ist eine Leistungsfrage, nicht Gesetzesauftrag, wenn das Geld nicht da ist; es ist geleistet worden von der Bundesregierung (Abg. Schrammel: „Das ist nichts als übelste Demagogie!“) Darf ich dazu noch sagen: Der Bundesbeitrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Angestelltenversicherung ist gleich null. Ob die Angestellten das gerne hören, weiß ich nicht, aber es ist eine Tatsache. Für die Arbeitsversicherung sind es 22 Prozent, für die gewerbliche Versicherung sind es 67 Prozent und der Bundesbeitrag zu den Pensionen für die Bauern beträgt 72 Prozent. (Beifall bei der SPO.) Und das alles wird als nichts hingestellt. (Abg. Schrammel: „Das ist ja eine gesetzliche Pflicht!“ — Abg. Brandl: „Aber zahlen tut ihr nichts!“ — Abg. Schrammel: „Wie schaut es bei den Bergarbeitern aus?“) Dazu kommen noch 450 Millionen Schilling vom Bund für die Krankenversicherung und für die Unfallversicherung, so daß eine ganz enorme Leistung des Bundes für die bäuerlichen Menschen vorhanden ist. Ich will gar nicht von den übrigen Sozialleistungen des Bundes reden, weil Sie wahrscheinlich sagen werden: „Ja, das kriegen alle anderen auch.“ Aber es ist nicht uninteressant, daß für die Landwirtschaft, für den bäuerlichen Bereich 2450 Millionen Schilling zusätzlich neben diesen direkten Sozialleistungen über die Familienbeihilfe, über die Geburtenbeihilfe, über Schülerfreifahrt und freie Schulbücher, gegeben werden. (Abg. Schrammel: „Bekommen das nur die Bauern?“) 2450 Millionen Schilling ist ein Betrag, den man nicht so mit einer Handbewegung abtun kann.

Ich darf vielleicht doch auch auf etwas hinweisen, daß — wie Sie ja heute in der Presse gelesen haben — gestern Gespräche von maßgeblicher Seite — Bundeskanzler Dr. Kreisky und Bundesparteipobmann Dr. Taus — stattgefunden haben, daß eine möglichst rasche gemeinsame Übergangsregelung für die Zuschußrente bis zur vollen gesetzlichen Eingliederung der Zusatzrentner in die Bauernpension getroffen wird. Ich halte die Idee, daß auch die Länder etwas beitragen sollen, für absolut richtig, denn wenn es eine Bergbauernförderung, wenn es irgend welche andere Förderungen Bund—Land gibt, dann soll es auch hier eine Möglichkeit der Mitwirkung bis zur vollen Eingliederung geben.

Es ist auch ein weiteres Gesprächsthema, nämlich das Problem der Mehrwertsteuererhöhung angekündigen. Auch hier wird man voraussichtlich zu einer Einigung kommen. Fest steht jedenfalls, daß gerade von Ihrer Seite ununterbrochen Forderungen an den Bund gestellt werden, aber dieser Bund sollte nicht kassieren und keine Steuern einheben. Wie das geht, das wissen Sie ja selber auch nicht. Ich bin sehr dafür, daß man die Vorsteuer von sechs Prozent auf acht Prozent anhebt. Die von Bauernbundsseite angezogene eine Milliarde Schilling scheint mir allerdings sehr, sehr unzulänglich belegt, ich will nicht behaupten, daß man bei der

Findung dieser Ziffer den Toto-Würfel verwendet hat. Ich möchte außerdem sehr gerne feststellen: Ich bin für eine vernünftige Pauschalierung und Sie, meine Herren vom Bauernbund, wissen ganz genau, daß die Aktion des niederösterreichischen Bauernbundes und auch eines Teiles des oberösterreichischen Bauernbundes eine bewußte, gelenkte Aktion gewesen. Etliche Tausend mußten über die Rechtslage aufgeklärt werden. Einige haben durchgezogen und nun ist aus dieser Geschichte ein Rohrkrepierer geworden und man wird sehr viel Mühe aufwenden, daß man diese Aktion des Bauernbundes dann doch zu einem vernünftigen Abschluß bringt.

Wenn Lanner von Zusammenarbeit geredet hat und daß man sich nicht dauernd gegenseitig angreifen soll, dann nehme ich an, daß er sicher auch gemeint hat, daß es bezüglich der Marktordnung, der Novellierung der Marktordnung, eine Zusammenarbeit geben wird. Es ist sehr offensichtlich notwendig, daß das Marktordnungsgesetz novelliert wird, daß es modernisiert wird, daß es angepaßt wird, daß eine flexiblere Handhabung praktiziert wird. Sie wissen wahrscheinlich auch, wenn auch hier schon eine Lanze für den Viehverkehrsfonds gebrochen wurde, daß der Rechnungshof den Viehverkehrsfonds zumindest für völlig überflüssig hält. Wenn man die Tätigkeit einiger der maßgeblichen Leute näher anschaut, so bin ich auch der Überzeugung, daß es sicher zweckmäßiger, praktischer und einfacher ist, wenn die Tätigkeit, die der Viehverkehrsfonds für das Landwirtschaftsministerium durchführt, gleich vom Ministerium selbst durchgeführt wird. Auch beim Getreidefonds zeigt sich, daß er nicht unbedingt erforderlich ist und hier wäre es sicher sinnvoll, und man kann es kaum bestreiten, wenn man sich sachlich dazu stellen will, daß man nicht nur Exportförderung vom Bund geben soll, sondern, daß dann, wie zum Beispiel jetzt beim Weizen, wenn hohe Auslandspreise sind, eine Abschöpfung durchgeführt wird, und zwar eine Abschöpfung nicht in die Taschen der Händler, sondern für den, der auch Exportförderung bezahlt. (Beifall bei der SPO.) Ich glaube, das wären hier an sich keine großen Schwierigkeiten. (Unverständlicher Zwischenruf des Abgeordneten Buchberger.) Ich habe heute den Herrn Präsidenten Buchberger nicht verstanden, er spricht heute so leise, er winkt schon ab. (Abg. Buchberger: „Ich will dich nicht unterbrechen!“) Jedenfalls glaube ich, ist das eine vernünftige Regelung, als sie bisher praktiziert wird.

Bezüglich des Milchwirtschaftsfonds herrscht im großen und ganzen Übereinstimmung, daß das System als solches, daß das Prinzip bewahrt werden sollte, die Art und Weise wird auch noch zu besprechen sein. Fest steht jedenfalls und das ist nicht richtig gebracht worden — ich weiß nicht, ob das der Kollege Lackner oder ein anderer Kollege gesagt hat —, daß es nunmehr keine Mitsprache mehr geben sollte. Es ist auch im novellierten Gesetz die Mitsprache für die Landwirtschaft und für die Interessierten im vollen Ausmaß vorgesehen.

Ich komme nun zum Ende, meine Damen und Herren. Ich habe den Eindruck, daß Sie auch schon langsam froh sind, wenn meine Rede dem Ende

zugeht. Die Beteiligung von der Bauernbundseite ist heute äußerst bescheiden. (Heiterkeit.) Es scheint, daß der Herr Präsident eine sehr strikte und eindeutige Linie ausgegeben hat. Sollte die neue Lannerlinie in der Steiermark doch irgendwie durchschlagen, sollte sie praktiziert werden — das weiß ich nicht, das wird vielleicht im kommenden Jahr nicht ganz einfach sein, ich hätte sogar eine Wette abgeschlossen, daß das nicht der Fall sein wird, weil wir die Landwirtschaftskammerwahlen vor der Tür haben —, dann könnte ich mir vorstellen, daß wir auch über das steirische Landwirtschaftsgesetz ein Einvernehmen herstellen können. Der Herr Präsident Ileschitz hat in der Generalrede bereits auf unsere Bedenken hingewiesen. Ich möchte jedoch den vorgesehenen Parteiengesprächen nicht vorgreifen. Ich bin der Meinung, daß es sehr wohl möglich sein müßte, bei beiderseitigem Verständnis — da kommt es, glaube ich, besonders auf Ihre Seite an, meine Damen und Herren von der ÖVP —, daß wir ein gemeinsames Gesetz beschließen, daß wir gemeinsam für die Landwirtschaft arbeiten und zwar im gemeinsamen Interesse der gesamten Bevölkerung. (Beifall bei der SPO.)

Präsident Gross: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Aichhofer. Ich erteile es ihm.

Abg. Aichhofer: Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren!

Lieber Freund Zinkanell, du hast gerade gesagt, die bäuerlichen Vertreter, die sitzen heute so ruhig, aber ich habe schon im Elternhaus gehört — wir verstehen uns ja persönlich sehr gut und deshalb getraue ich mich, dir das zu sagen —, daß man beim Märchenerzählen aufmerksam zuhören soll. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Laurich: „Da werden wir jetzt gut aufpassen!“) Verehrte Damen und Herren, wenn das alles wirklich so zutreffen würde, wie es der Herr Kollege Zinkanell dargestellt hat, dann müssen die Gemeinden und auch die Bergbauern jetzt die Tür zusperren, weil der Rückstrom jetzt anhalten würde, die bergbäuerlichen Gemeinden könnten alle die Leute gar nicht aufnehmen, die jetzt zur Landwirtschaft zurückströmen würden. (Abg. Zinkanell: „Das ist eine Utopie!“)

Verehrte Damen und Herren, die Realität ist aber leider ganz anders und ich möchte auf einige Grenzlandprobleme aufmerksam machen. Gerade im Grenzlandgebiet sind die Strukturverhältnisse am katastrophalsten. Im Grenzgebiet haben wir Betriebe, mehr als 80 Prozent, mit unter 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Sie wissen alle, was es heißt, in Klein- und Kleinstbetrieben das Auslangen zu finden. Daher haben wir gerade auch im Grenzraum und in den Gemeinden des Grenzgebietes große und größte Abwanderungsquoten. Ich möchte nur eine Gemeinde herausstreichen, das ist die Gemeinde Soboth im Bezirk Deutschlandsberg, wo die Abwanderung in den letzten Jahrzehnten fast die 50-Prozent-Marke erreicht hat. Verehrte Damen und Herren! Früher hatten die Menschen dort noch in den Großforsten Arbeit gefunden, heute durch die Mechanisierung und durch die Motorisierung ist es leider nicht mehr möglich gewesen, Leute dort zu beschäftigen. Was blieb ihnen übrig, als irgendwo anders eine Arbeit zu suchen. Aber

verehrte Damen und Herren, abgewandert sind die jungen Leute, übriggeblieben sind die alten Leute und jetzt finden wir in den Betrieben fast nur mehr den Vater und die Mutter vor, und niemand weiß von diesen alten Menschen, wer der künftige Hofübernehmer sein wird. Verehrte Damen und Herren, nicht nur das, auch die Bergschulen werden langsam kinderleer. Das muß uns zu denken geben, denn ich glaube, daß der Mensch an der Grenze die beste Garantie für einen Grenzschutz ist.

Wir haben auch in der letzten Zeit seitens des Landes einiges unternommen, um eine Grenzlandförderung aufzuziehen. Ich möchte auf die Schaffung der Umstellungsgemeinschaften in den Grenzgebieten, die Maschinenringe, die Telefongemeinschaften, die Wasserversorgungsgemeinschaften und die Wegbaugemeinschaften verweisen. Auch beim Ausbau von Sonderkulturen hat das Land als Regulator und als Unterstützer eingegriffen. Eine ganz gute Förderung war besonders für das ost-, süd- und weststeirische Hügelland der Weinbauplan. Im Weinbauplan eins, von 1961 bis 1970, war hauptsächlich die Umstellung zur Hochkultur. Im Weinbauplan zwei, jetzt vom Jahr 1974, der bis 1980 laufen soll, geht es hauptsächlich darum, Kleinstbetriebe aufzustocken und auch die Weinflächen zu regenerieren und gängige Sorten zu pflanzen.

Im Jahr 1974 haben 244 Betriebe von dieser Förderung Gebrauch gemacht. Im Jahr 1975 waren es 349 Betriebe. Es konnte auch in meinem Gebiet, im Stainzer Gebiet, wo ja auch der Schilcher zuhause ist, eine Aufstockung im Schilchergebiet von 15 ha vorgenommen werden. Verehrte Damen und Herren, das ist ganz besonders wichtig und alle, die dieses Gebiet kennen, wissen genau, unter welchen schwierigen Problemen dieser Schilcher gewonnen werden muß und wissen genau, daß das für dieses Gebiet eine große Hilfe ist, noch dazu, wo der Schilcher gut absetzbar ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch der Presse ein Danke sagen. Sie wissen ja, heuer im Sommer hatten wir Schilcherimport aus Niederösterreich, einen sogenannten Bauernschilcher (Abg. Hleschitz: „Den kann man nicht trinken!“), und mit Hilfe der Presse ist es gelungen, diesen sogenannten Bauernschilcher, der bei weitem mit Schilcher nichts zu tun hatte, abzustellen.

Meine verehrten Damen und Herren, die Weinproduzierenden im Schilchergebiet sind dankbar dafür, daß es möglich war, dies wieder in Ordnung zu bringen. Aber meine Damen und Herren, die Weinproduzierenden Menschen brauchen einen Schutz für ihre Produkte und ich möchte vorausschicken, daß es nicht angeht, wenn in einem Jahr so wie im Jahr 1975 etwa 750.000 Hektoliter Wein nach Österreich importiert und die Vertreter der Weinproduzierenden nicht zu Rate gezogen werden. Ich möchte wirklich bitten, bei Importen den Produzenten und dessen gesetzlichen Vertreter zu Rate zu ziehen. Es könnte sonst einmal arg ausschauen und die Weinbauern würden dann vor einem Nichts stehen.

Meine Damen und Herren, auch die integrale Förderung wurde im Jahr 1972 ins Leben gerufen. Der Bezirk Deutschlandsberg hat ein sogenanntes

Integralförderungsgebiet, und zwar das Gebiet Kor-alpe-Süd. Alles recht und schön, im Jahr 1972 sind Mittel geflossen. Im Jahr 1973 wurden sie etwas weniger, im Jahr 1974 noch weniger und im Jahr 1975 war fast nichts mehr für das integrale Förderungsgebiet da. Man könnte da folgendes sagen: „Der Herr Minister ‚Weihs‘ nichts mehr von diesem integralen Förderungsgebiet. Der Staatssekretär hat aber eine ‚Haiden‘-Arbeit.“ Verehrte Damen und Herren, und der Herr Landwirtschaftsminister hätte es so leicht, wenn er seine Forderungen bei seinen Ministerkollegen und beim Herrn Bundeskanzler durchsetzen will, denn wenn er den Mut dazu hätte, würden die Bauern eisern hinter ihm stehen.

Aber ich möchte abschließend folgende Gedanken sagen (Abg. Zinkanell: „Wir haben ja viel mehr Gebiete jetzt!“ — Abg. Ing. Stoisser: „Ist Österreich größer geworden?“) — „Weihs nicht! —: Ich glaube eher, daß wir in Zukunft einen Haiden haben werden und dann werden wir wieder keinen Staatssekretär haben und das Land Steiermark wird wieder die Bergbauernprobleme, die Grenzlandförderungsprobleme aufnehmen müssen, gerade wie wir es jetzt schon jahrelang getan haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Koiner. Ich erteile es ihm.

Abg. Koiner: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich zuerst einmal herzlich für die erste Wortmeldung des Kollegen Karrer in dieser Gruppe bedanken, weil ich der Meinung bin, daß aus seiner Wortmeldung und aus seinen Ausführungen sehr klar erkennbar und hörbar war, daß auch ihm die Sorgen der Landwirtschaft und insbesondere der Nebenerwerbslandwirte ein echtes Anliegen sind. Ich möchte mich sehr herzlich dafür bedanken, weil wir auch dankbar dafür sind, daß aus allen Bereichen die Probleme der Landwirtschaft zumindestens diskutiert und beobachtet werden. Ebenso bedanke ich mich beim Herrn Kollegen Turek.

Aber, Herr Kollege Karrer, so sehr wir gleicher Meinung über die Probleme und über die Angelegenheiten der Nebenerwerbslandwirtschaft sind, sowenig wir deinen ehrlichen Willen in dieser Angelegenheit bezweifeln, aber was sagst du zu der Aussendung, die uns vor kurzem in bezug auf die Novellierung der Arbeitslosengelder erreicht hat? Bisher bestand die Regelung, daß Nebenerwerbslandwirte, wenn sie arbeitslos werden, bis zu einem Einheitswert von 40.000 Schilling diese Arbeitslosenunterstützung bekommen, aber auch das Karenzgeld der Frau. Unserer Meinung nach sollte dieser Betrag hinaufgesetzt werden. Wir haben entsprechende Eingaben gemacht. Jetzt auf einmal gelangte zur Aussendung, daß dieser Betrag nicht hinaufgesetzt, sondern auf 29.000 Schilling Einheitswert heruntersetzt wird. (Abg. Zinkanell: „Das ist nur ein Entwurf!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „29.000 Schilling kann nicht stimmen!“) Ja, von 40.000 Schilling auf 29.000 Schilling. Ich würde hier sehr gerne fragen: „Bist du bereit und ist die Fraktion auf der linken Seite bereit, hier auch mit

uns zu gehen, wenn wir sagen, daß das nicht geht?" Bist du bereit, Herr Kollege Karrer? (Abg. Karrer: „Ja!“ — Abg. Ileschitz: „Selbstverständlich!“) Ja, dann werde ich das sehr dankbar vermerken und wir werden froh sein für diese Unterstützung. Denn so geht das nicht, daß man zuerst sagt: „Mobilität, Anpassung, kleine Betriebe können in bestimmten Bereichen aus der Landwirtschaft ihr Einkommen in der jetzt erwünschten Form nicht mehr schöpfen, also hinein in die Industrie“, und wenn dann auch hier die Arbeitsplätze gefährdet sind, wenn also die Arbeitslosigkeit kommt, diesen Menschen sagt: „Du bist der erste, geh zurück und du kriegst auch keine Arbeitslose.“ Ich bin also sehr froh, nur die Tatsachen sind halt so verschieden von den sicherlich von guten Gedanken getragenen Unterstützungen von deiner Seite.

Ich muß eine zweite Sache anschnitten: Herr Kollege Hammerl, die Äußerung, die Sie im Zusammenhang mit den Rinderexportförderungsmitteln gemacht haben, ist eine so diskriminierende, daß ich mich gewundert habe, daß sie gefallen ist. (Unverständliche Zwischenrufe.) Herr Kollege Hammerl, wenn Sie sagen — und ich habe mich extra noch einmal beim Protokoll erkundigt —: „Die Mittel werden wohl über die Kammer verteilt und sind verschwunden.“ (Abg. Zinkanell: „Untergegangen!“ — Abg. Hammerl: „Und dort geht's unter!“) „Und dort geht's unter“, haben Sie wortwörtlich gesagt. Wissen Sie, was das heißt? (Abg. Loidl: „Sie sind nicht sichtbar, hat er sagen wollen!“) Wenn Sie das anders gemeint haben, dann würde ich sehr froh sein, wenn Sie dies berichtigen. (Abg. Zinkanell: „Man merkt nicht, daß es eine Förderung des Bundes ist, sondern es wird von der Kammer quasi als Förderung der Kammer verteilt!“ — Abg. Schrammel: „Sind ja Steuergelder!“) Ich bitte, ich warte sehr gerne. Das hat mich echt empört. Es war nichts anderes zu verstehen als der Vorwurf, daß dort ein Geld, das weitergegeben werden soll, untergehe. (Abg. Zinkanell: „Von der roten Regierung über die schwarze Kammer an die Bauern, das war der Sinn seines Zwischenrufes!“ — Abg. Schrammel: „Die rote Regierung beutelt es vom Baum herunter!“ — Abg. Zinkanell: „Ihr gebt es als Bauernbündeleistung!“ — Abg. Gratsch: „Das sind Steuergelder!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Und wie ist das bei der Arbeitsmarktverwaltung?“ — Abg. Ileschitz: „Der kriegt es vom Arbeitsamt!“ — Abg. Hammerl: „Eine völlig klare Geschichte!“ — Präsident: „Am Wort ist der Abgeordnete Koiner!“ — Glockenzeichen.) Ich bitte vielmals, ich würde hier wirklich um eine Abklärung bitten und ersuchen, weil mir das sehr nahegegangen ist und es als Vorwurf einer unkorrekten Gebarung hier auch verstanden hat werden müssen. (Abg. Gratsch: „So war das nicht gemeint!“ — Abg. Hammerl: „Darf ich gleich sagen, Herr Kollege, so war es nicht gemeint, und es liegt mir fern, Kammerfunktionäre zu beschuldigen, daß sie etwas gemacht hätten. Das war nicht drinnen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das Geld hat die Farbe gewechselt!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das Geld kann die Farbe nicht wechseln, weil es gar keine Farbe gehabt hat!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Geldwechsler!“ — Abg. Loidl: „Ihnen ist der Friede nicht recht, Sie wollen Streit

im Haus!“ — Abg. Buchberger: „Man muß zuerst überlegen, was man sagt, Herr Abgeordneter Hammerl!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten. — Präsident: „Meine Damen und Herren, am Wort ist der Herr Abgeordnete Koiner. Ich bitte, Herr Abgeordneter, daß Sie fortfahren. — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) In Ordnung, ich habe das zur Kenntnis genommen und bin auch sehr froh darüber. (Abg. Zinkanell: „Was wir bei euch alles zu hören bekommen!“) Darf ich jetzt also fortfahren, meine Damen und Herren?

Herr Kollege Turek, Sie haben also gemeint — er ist nicht da (Abg. Turek: „Da bin ich schon!“) —, die Buchführung wäre zweckmäßig, wenn sie von allen durchgeführt würde. Ich bitte, das ist faktisch bei dem Arbeitstag nicht durchführbar und auch für die Finanzverwaltung eine recht ungute Angelegenheit, weil es letzten Endes dann auch wieder überprüft werden müßte.

Nun ein paar Worte zum Abgeordneten Zinkanell, der mit den Ausführungen angefangen hat, daß er etwa der Meinung wäre, der Kammerapparat wäre in der Steiermark sehr stark und gegenüber anderen Bundesländern überdimensioniert. (Abg. Zinkanell: „Nein, er ist größer! Das war ohne Werturteil!“) Ich bitte, ich habe vor zwei Jahren dazu gesprochen. (Abg. Zinkanell: „Das war ohne Werturteil, Herr Präsident!“) Ja, das sollte dann nicht so gesagt werden. Ich nehme auch das gerne zur Kenntnis. (Abg. Zinkanell: „Ich habe nur die Bedeutung herausgestellt!“) Ich möchte nur sagen, daß wir uns mit der Saatgutvermehrung, dem Wegbau, der Besamungsanstalt und auch den Besamungstouren befassen. Wenn man das abzieht, bekommt man etwa auch gleichwertige Zahlen gegenüber anderen Kammern. Ein Teil der Förderung wird in Niederösterreich durch Landesbeamte besorgt. Es ist eben eine Frage, wieviel man an Aufgaben von der Landesregierung übertragen bekommt. Danach richtet sich auch zweifellos der Personalkostenzuschuß, wie er angefordert werden muß.

In der Rinderexportförderung habe ich einen Passus sehr komisch gefunden, Herr Abgeordneter Zinkanell. Sie haben gesagt: „Man soll die Kuh, die man melkt, nicht immer schlagen.“ Ich müßte das eigentlich so interpretieren: Ihr dürft also vom Staat nur ein Geld erhalten, wenn ihr schön brav seid und zu ja nichts etwas sagt! (Abg. Zinkanell: „Eine sachliche Kritik wird jeder akzeptieren! Aber da ist von Sachlichkeit gar keine Rede!“) Ich bitte vielmals, so wird das nicht gehen. Wenn wir hier Förderungsmittel beanspruchen und auch bekommen, so möchten wir uns deshalb doch keinen Maulkorb verpassen lassen. Ich bitte nur zur Richtigstellung. (Abg. Zinkanell: „Nie daran gedacht!“ — Abg. Ileschitz: „Da hätte er gesagt: ‚Ihr dürft sie nicht schlagen‘, er hat aber gesagt: ‚Man darf sie nicht schlagen!‘“)

Was die Zuschußrenten anlangt, verstehe ich hier die Verteidigungsrede und ich wäre heute nicht sehr darauf eingegangen, weil ich mir auch von der gestrigen Aussprache einiges versprochen habe. Ich weiß nicht wie es dazu kommt, aber jedenfalls hat es Ansätze gegeben — ich wäre sehr froh —, daß wir das aus dem politischen Streit herausnehmen

könnten. Wir müßten doch an und für sich in diesem Haus einer Meinung sein, daß die Beibehaltung der Zuschußrenten etwa seit 1970 kein sehr guter Weg gewesen ist. (Abg. Zinkanell: „Aber immerhin eine Verbesserung!“) Ja, wenn man von 300 Schilling ausgeht und dann die Zuschläge bekommt, dann macht das etwas anderes aus, als wenn von 3000 Schilling 11 Prozent Zuschläge berechnet werden. Was die Leistung der Landwirtschaft und die Zuschüsse anlangt, Herr Abgeordneter Zinkanell, warum sagt man dann nicht auch, um die Dinge auch ins richtige Lot zu stellen, daß kein anderer Berufsstand in Form der freien Station und der Verpflegung, Leistungen für seine alten Leute erbringt? In keinem anderen Berufsstand, außer in der Land- und Forstwirtschaft! Das wissen Sie doch, warum sagen Sie das nicht? Wenn wir hier von Zuschüssen reden, so geht es doch nicht an, daß man zwar auf der einen Seite diese freie Station und die Verpflegung abrechnet — natürlich abrechnet in der Berechnung —, auf der anderen Seite aber bei den Leistungen, die zu erbringen sind, kein Wort davon sagt. (Abg. Zinkanell: „Damit argumentieren Sie aber auch, daß es diese Ausgeleiste gibt. Bisher hat es geheißen, sie bekommen nur 300 Schilling und sonst gar nichts, jetzt sagen Sie: ‚Plus Zuschußrente!‘“) Nein, davon ist nie die Rede gewesen. Aber das muß man ja doch dazu sagen: Es wird ja auch dort geredet, wo eventuell auch verschiedene Zahlungen außerhalb der Rente geleistet werden. Das gibt es ja auch durchschnittlich. Das haltet ja auch niemand einem anderen vor und rechnet ihm das zur Rente dazu. Hier geht es also nur um den gleichen Standpunkt.

Eine nächste Angelegenheit, die anzuschneiden und richtigzustellen ist, ist etwa der Rohrkrepierer. Herr Abgeordneter Zinkanell, es kann niemandem in Österreich verboten werden, ein oberstes Gericht anzurufen, und wir haben gerade gestern von Ihrer Seite eine sehr heftige Reaktion gehabt, bei der Sie das bezweifelt haben. Auch hier ist die Entscheidung gefallen und niemandem kann dieser Weg in Österreich, Gott sei Dank, verwehrt werden. Aber, worum ist es denn gegangen? Daß mit einer Verordnung und nicht mit einem Gesetz der Einheitswert verändert wurde. Einige Bauern waren der Meinung, daß das nicht dem Gesetz entspricht und sind zu einem obersten Gerichtshof gegangen. Dort ist die Entscheidung gefallen, daß das nicht in Ordnung ist. Nun, ich könnte mir vorstellen, daß das In-Ordnung-Bringen dieser Angelegenheit, da der Gerichtshof in der Angelegenheit eine Frist bis zum 31. März nächsten Jahres gesetzt hat, ein ganz einfaches Problem ist, wenn man im Parlament diese Sätze, wie sie jetzt angewendet werden, mit Gesetz beschließt. Also gibt es hier gar keine besonderen Probleme, außer man hat was anderes im Sinn.

Nun zur Bergbauernförderung. Ich bin auch nicht der Meinung, daß man alles schlechtmachen soll, nur weil es zwischen 1970 und 1975 war. Da halte ich nichts davon, aber daß man auch Realitäten sagen kann, das wird doch niemandem verboten sein. Und so sehr wir anerkennen, daß unter Minister Weihs in der Direktförderung der Bergbauerngebiete ein Anfang gesetzt worden ist und man auch

wissen muß, daß es eine gewisse Zeit braucht, um die Mittel bereitzustellen und zu einer echten Abgeltung zu kommen, so ist, wenn man das in einer Tabelle zusammenzählt die ich mir anfertigen habe lassen, die Tatsache so, daß wir 1970, real gesehen, also wenn es nominell geht, von 442,8 auf 665,3 in der gesamten Bergbauernförderung gestiegen sind, im Vergleich aber nach dem landwirtschaftlichen Investitionsindex der landwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft real, wenn wir 1970 als 100 Prozent annehmen, auf 86,6 Prozent gefallen sind, während wir im Jahr 1973 auf 74 Prozent waren. Ich bitte, ich stelle die Tabelle dann gern zur Verfügung, es ist eine Ausrechnung nach Zahlen, wie sie in der landwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft erstellt wurde. Deshalb natürlich auch der Hinweis, daß in der Bergbauernförderung die Dinge nicht so ganz gut liegen, wie man sie jetzt darstellt. Unbestritten, Herr Kollege Zinkanell, ist auch, daß für die Direktförderung, Direktauszahlung nach dem neuen Schema nächstes Jahr über 150 Millionen Schilling benötigt werden und daß heuer nur knapp über 52 Millionen Schilling im Budget enthalten sind. Wenn man es aber aus dem Konjunkturausgleichsbudget nimmt, dann ist es ja dort de facto unter anderen Förderungen eingesetzt. Dann muß man es also dort wegnehmen. Nur damit wir auch hier klar sind. Ich gebe ohneweiters zu, daß die Möglichkeit besteht, etwa im Laufe des Jahres auch das mit einem Budgetüberschreitungs-gesetz zu decken, nur die jetzigen Ansätze, wie gesagt, zeigen nur diesen Ansatz von etwa den vorjährig benötigten Mitteln.

Nun noch ein paar Worte zum Einkommen: Ja, wohl, ich muß Ihnen recht geben, diese Steigerung des landwirtschaftlichen Betriebseinkommens beträgt von 1970 bis 1975 50 Prozent. Das ist ein Buchführungsergebnis und ich möchte gar nicht so weit gehen wie der Kollege Turek, der sagt: „Es ist nicht repräsentativ.“ Diese Buchführungsbetriebe sind sehr weit und breit nach den verschiedenen Produktionsgebieten, nach Größenklassen und auch nach der Zusammensetzung Getreide, Wald, Grünland usw. ausgewählt. Sie sind repräsentativ, was für mich völlig klar ist. (Abg. Ing. Turek: „Dann stimmt die Statistik!“) Das stimmt! Aber, was hat sich nicht geändert, meine Damen und Herren? Ich hätte eigentlich erwartet — es hätte recht gut gewirkt —, daß es der Kollege Zinkanell gebracht hätte. Schauen Sie, trotz dieser 50prozentigen Steigerung hat sich die Preisschere, die Disparität im Einkommen nicht geändert. Das Einkommen hat im Jahr 1973 für die bäuerliche Familie monatlich 4924 Schilling betragen und für die Familie eines Industriearbeiters 7760 Schilling. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dieses unter dem anderen liegende Einkommen bei einem wesentlichen höheren Aufwand an Arbeitszeit erzielt worden ist.

Eine zweite Angelegenheit muß man auch dazu sagen, um sie ins rechte Lot zu rücken: Herr Abgeordneter Zinkanell, die zurückgehende Investitionstätigkeit, die auch im Grünen Plan erwähnt ist und insbesondere die Bergbauernbetriebe und die Bergbauerngebiete betrifft, steigert natürlich auch für den Moment das Einkommen. Wie lange das allerdings gemacht werden kann, daß man

auf Kosten notwendiger Investitionen ein höheres Einkommen verbraucht, daß weiß jeder, der einen eigenen Betrieb hat. Soviel zu diesen Angelegenheiten.

Und nun ein paar Worte noch, in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, zur allgemeinen Situation: Was uns so große Schwierigkeiten macht, meine Damen und Herren, und auch immer wieder die Differenzen zwischen den beiden Seiten auslöst, ist, ein objektives Urteil über die Lage der Landwirtschaft und damit der Menschen, die dort beschäftigt sind, zu finden. Das ist ein echtes Problem und so sehr wir hier auf der einen und auf der anderen Seite mit Zahlen operieren, bin ich fast der Überzeugung, daß jeder, der nicht landwirtschaftliche Betriebswirtschaft studiert hat, mit den Zahlen eigentlich nicht recht viel anfangen kann. Ich habe manchmal auch den Eindruck, wenn wir mit solchen Zahlen operieren, daß das auch in diesem Haus der Fall ist. Ich weiß, daß das ein großes Problem ist und die Probleme der Land- und Forstwirtschaft lösen sich in so viele Einzelprobleme, in so viele Detailprobleme auf, daß die Übersichtlichkeit, der Allgemeineindruck dabei verlorengeht. Das macht mir deswegen große Sorgen, weil ich auch der Meinung bin, daß ich im großen und ganzen manchmal auch sehr viel Verständnis spüre, daß es den Bauern da und dort nicht so gut geht. Das ist insbesondere auch im Brief vom Bundeskanzler Kreisky vor der Wahl, den Karl Lackner verlesen hat, objektiv zum Ausdruck gekommen.

Aber welche Fakten, welche Zahlen, welche Tatsachen sind es denn, die uns ein Urteil erlauben? Bitte, vielleicht eine Zahl, ohne jede Polemik: Meine Damen und Herren, wenn Sie über einen längeren Zeitraum vergleichen, 1951 und 1974, dann hat sich hier folgendes Faktum ergeben: Im Dezember des Jahres 1951 hat man für einen Arbeiterstundenlohn 2,83 Kilogramm Weizen kaufen können. Im Jahr 1974 hat man für eine solche Arbeitsstunde eines Industriearbeiter 17,78 Kilogramm Weizen kaufen können; das gleiche etwa für Milch. Ich sage deshalb so einen großen Zeitraum, weil es dann deutlicher wird. Milch: Im Jahr 1951 vier Liter Milch für einen Stundenlohn, 1974 16 Liter Milch. Was möchte ich damit sagen? Ich möchte damit sagen, daß in der Landwirtschaft eine Riesenrationalisierung vor sich gegangen ist, Technisierung, Fortschritt in der Züchtung, Fortschritt in neuen Methoden usw., und daß zweitens, meiner Meinung nach, meine Damen und Herren, diese Zahlen beweisen, daß dieser Rationalisierungseffekt nicht in der Landwirtschaft gehalten, sondern daß er in einem großen Ausmaß weitergegeben worden ist. „Gott sei Dank!“, sage ich. Denn ich halte es auch für selbstverständlich, daß möglichst die breite Masse der österreichischen Bevölkerung Profit haben soll — und zwar gerechten und gleichmäßigen Profit — von Fortschritten, die in allen Wirtschaftssparten, auch in der Landwirtschaft, vorgenommen werden können. Alle sollen davon ihren Profit haben! Aber heute stellt sich heraus, daß bei allen Bemühungen nicht alle den gebührenden Anteil erhalten. Ich erkenne voll die Bemühungen auch des Bundes gerade auf dem

Rinderabsetzsektor an. Wenn ich die Zahlen einmal nicht genannt habe, so nur deshalb, weil mir die Beträge, die über die Firmen direkt gehen, nicht bekannt waren, aber ansonsten haben wir gesagt, daß in diesen Zeiten große Anstrengungen notwendig waren und auch unternommen worden sind. Allerdings muß ich auch sagen, wir hätten uns viel ersparen können, wenn die Arbeiterkammer im Jahr 1973, Herr Kollege Zinkanell, den Beschluß revidiert hätte, der für das ganze Jahr gefaßt worden ist und wenn man nicht bis zum Auslaufen des Jahres über 19.000 Tonnen Verarbeitungsfleisch eingeführt hätte, während im gleichen Zeitraum durch Maßnahmen gegen die Maul- und Klauenseuche, Exportsperre usw. der vorgeplante Export nicht mehr möglich war. (Abg. Zinkanell: „Herr Präsident, Sie wissen, daß da ein Fondsbeschluß war!“) Ja, natürlich war es ein Fondsbeschluß, ich weiß das. Aber stellen wir das doch so dar, daß es auch für die anderen erkennbar ist. (Abg. Ileschitz: „Der Stromer heißt nicht nur so!“) Was war denn damals los? Ich bitte vielmals um Entschuldigung, daß ich jetzt so lang werde, weil wir in dieses Thema hineinkommen. Herr Präsident Ileschitz, was war denn damals los? Wir haben gesagt, daß wir einerseits in Österreich immer eine verhältnismäßig große Menge von Verarbeitungsfleisch für die Wurst brauchen, die wir nicht haben, und daß wir andererseits eine große Menge von qualitativ hochwertigen Rindern haben, die wir exportieren können, die Österreich nicht braucht. Nun haben vernünftigerweise die drei Sozialpartner, wenn ich sie so bezeichnen kann, im Viehverkehrsfonds gesagt, daß wir uns für das ganze Jahr verabreden, was wir an Verarbeitungsfleisch im Inland brauchen werden und was wir exportieren müssen. Diese beiden Zahlen sind abgehandelt worden und der Beschluß wurde für die Zeit bis Ende 1973 gefaßt. Nun wurde mit der Maul- und Klauenseuche, mit der Sperre der Europäischen Gemeinschaft, die Situation anders. Da haben wir gebeten und verlangt, daß jetzt auch der Beschluß über die Importe geändert wird. Das ist nicht geschehen und da ist der „Topfen“ passiert, der letzten Endes den Bauern einen Haufen Geld gekostet hat, aber auch dem Finanzminister. Leider Gottes gibt es jetzt momentan wieder die gleiche Forderung. Ich glaube, man hat sich auf eine vernünftige Regelung geeinigt, ich bin sehr froh darüber; aber so viel zur Aufklärung.

Ich bin etwas abgeschweift. Ich möchte folgendes sagen: Ich wäre sehr glücklich darüber — ich glaube, auch ihr alle miteinander von der linken Reichshälfte —, wenn es uns gelingen würde, solche objektiven Zahlen zu finden. Ich könnte mir vorstellen, daß eine Objektivierung der Erzeugerpreise uns, aber auch verschiedenen Ministerien, die für die amtliche Preisgestaltung unserer Produkte zuständig sind, einiges erleichtern würde. Ich weiß nicht, welchen Weg wir beschreiten werden. Vielleicht führen wir wirklich irgendwo einen Betrieb. Es gibt ja auch Betriebe der Stadtgemeinde Wien, und ich könnte mir sogar vorstellen, daß auch Gewerkschaftsbund oder Arbeiterkammer einen Vergleichsbetrieb führen, damit wir zu objektiven Maßstäben kommen. (Abg. Zinkanell: „Schweizer Be-

triebe!") Ich wäre sogar einverstanden, wenn man etwa auch einen Betrieb des Landes oder mehrere Betriebe des Landes damit beauftragen würde, hier solche Zahlen zu errechnen — manche werden wir allerdings ausscheiden müssen, weil sie dazu eventuell nicht in der Lage sind. Da liegt die Schwierigkeit drinnen. (Abg. Ing. Turek: „Herr Präsident, Sie haben ohnedies Enzenbach!") Das ist halt auch ein sehr erschwerter Betrieb, der keine echte objektive Zahl zuläßt. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat es ja sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Damit bin ich am Ende. Ich bitte um Entschuldigung, es ist doch länger geworden. Wir wären an nichts anderem interessiert als an einer objektiven Information und ich schließe dabei uns selber und mich selbst auch ein. Das ist uns bisher etwa in der Mehrwertsteuerfrage nicht gelungen, bei der ich eigentlich mit Entsetzen gesehen habe, daß der Kollege Gratsch hier wirklich der Meinung war, es machen die Bauern ein Sondergeschäft, während sie wirklich kein Sondergeschäft machen. (Abg. Gratsch: „Herr Präsident, das legen Sie jetzt aber bewußt falsch aus!") Ich habe ja, Gott sei Dank, gesehen, wie es dann auf einmal anders geworden ist, als der Kollege Zinkanell gesagt hat: „Auch ich bin dieser Meinung, daß das so gemacht werden soll.“ Deshalb glaube ich, sollten diese Darstellungen, auch eines sozialistischen Bauernvertreters — und ich bezeichne den Kollegen Zinkanell heute extra als solchen (Abg. Ing. Turek: „Ehrenbauer!") — auch in dieser Beziehung manchmal etwas deutlicher werden. Ich verstehe schon, hier herinnen ist es schwierig (Abg. Zinkanell: „Wir haben volle Redefreiheit!“), vielleicht geht es draußen etwas leichter, ich wäre durchaus auch dann damit einverstanden, weil es viel dazu beitragen würde, daß ein ewiges und fast immer schwelendes Streiten um die Dinge nicht mehr notwendig wäre und es dann auch ausbleiben könnte, daß man dann vielleicht manche politischen Aussagen machen muß, die vielleicht gar nicht taktisch klug sind, aber die dann einfach notwendig sind. Also, Herr Bauernvertreter Kollege Zinkanell, es ist eine echte Aufforderung in diesem Rahmen, in den Kreisen, die deinem Ohr mehr zugeneigt sind, auch aufklärend zu wirken, dann könnten wir zu jener Objektivierung gelangen und nichts anderes wünschen wir uns: (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Doktor Krainer.

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Zeit ist fortgeschritten, die Landwirtschaftsdebatte hat verheißungsvoll begonnen, sie hat verheißungsvoll geendet. Ich verzichte daher auf mein Schlußwort. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Laurich. Ich erteile es ihm.

Abg. Laurich: Herr Präsident! Hohes Haus! Trotz mancher düsterer Prognose, die von hier aus über die Entwicklung des Fremdenverkehrs

gestellt wurde, zeigen gerade die Ziffern des steirischen Fremdenverkehrs, daß Zuwächse zu verzeichnen sind, mit denen sogar Wirtschaftsexperten nicht gerechnet haben. Der Fremdenverkehr ist ja bekanntermaßen nicht nur ein wichtiger Devisenbringer und arbeitsintensiver Zweig des Dienstleistungsgewerbes, er hat auch für die Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze große Bedeutung. Diesem Umstand Rechnung tragend, wurden die Mittel im Landesvoranschlag 1976 für die Förderungsmaßnahmen, die den Fremdenverkehr betreffen, beträchtlich erhöht und auch der Bund stellt für diesen wichtigen Wirtschaftszweig verstärkte Mittel zur Verfügung.

Der Herr Doktor Dorfer hat in seiner Generalrede, vorgestern, die Wirtschaftspolitik des Bundes kritisiert. Gestatten Sie mir, sehr verehrter Herr Kollege, daß ich Ihnen aber hier einige Ziffern nenne. Nach dem im Jahre 1971 erstellten 10jährigen Fremdenverkehrsförderungsprogramm der Bundesregierung stiegen die jährlichen Förderungsbeiträge von 106 Millionen Schilling im Jahre 1971 auf 342 Millionen Schilling im Bundesvoranschlag 1976. Es dürfte auch nicht allen Damen und Herren des Hohen Hauses bekannt sein, daß für den Aus-, Um- und Zubau von Gäste- und Personalzimmern, Gast- und Restaurationsräumen, Küchen und sanitären Anlagen im Rahmen der Fremdenverkehrs-sonderaktion Zinsenzuschüsse in der Form gewährt werden, daß der Kreditnehmer nur sechs Prozent Zinsen zu bezahlen hat. Vom Jänner bis einschließlich November 1975 wurden für 138 Kreditnehmer aus der Steiermark, die sich an der Komfortzimmeraktion beteiligten, 4,381.000 Schilling an Prämien ausgezahlt. Ferner wurden im Jahre 1975 aus dem ERP-Fonds für ein Kreditvolumen von 41,3 Millionen Schilling Zuschüsse bewilligt.

Neben diesen Förderungsmaßnahmen gewährt das Handelsministerium für fremdenverkehrspolitische Vorhaben, wie die Errichtung von Tagungs- und Gesellschaftsräumen, Hallenbädern, Kur- und Sporteinrichtungen, Wander- und Aussichtswegen, Schlepplift- und Schleiflift Zinsenzuschüsse in der Höhe von 2,5 bis 4,5 Prozent. Die Steiermark ist ein Idealland für den Erholungstourismus. Immer mehr sportbegeisterte Gäste kommen auch im Winter zu uns, um hier dem Wintersport zu frönen. Wir können mit Stolz und Freude auf eine sehr schöne Wintersaison des Vorjahres zurückblicken. Von den zuständigen Stellen im Land und Bund wird in letzter Zeit verstärkt darauf hingewiesen, daß die Qualitätssteigerungen vor einer mengenmäßigen Kapazitätsausweitung zu rangieren haben. Aber nicht nur dieses Kriterium soll Gültigkeit haben, verstärkt müssen auch hier die Forderungen des Umweltschutzes, des Landschafts- und Naturschutzes mit denen einer überörtlichen Raumplanung Beachtung finden, wenn neue Fremdenverkehrseinrichtungen geschaffen werden. Gerade der deutsche Gast, der in vielen Gebieten der Steiermark 80 Prozent ausmacht, möchte seinen Urlaub in einer naturbelassenen Gegend verbringen. Das Erholungsbedürfnis der Deutschen wird zwangsweise steigen, wenn man weiß, daß in der Bundesrepublik täglich ein Gebiet verbaut wird, daß der Größe einer Stadt mit 10.000 Einwohnern entspricht.

Meine Damen und Herren, wieder stehen wir hoffentlich vor einer guten Wintersaison, wieder wird es aber zahlreiche Liftbesitzer geben, die mit banger Hoffnung diesem Winter entgegensehen. Dies deshalb, weil der Wettergott seine Gaben sehr unterschiedlich verteilt und im vergangenen Winter auf mehrere Gebiete der Steiermark vergessen hat. Es kamen daher viele Liftbesitzer in eine schwierige finanzielle Lage und hier im Hohen Haus hat man dieses Problem ja eingehend behandelt. Um manche dieser Liftbesitzer in ihrer Existenz nicht zu gefährden und um echte Härtefälle lindern zu können, hat die Bundesregierung, wie Verkehrsminister Lanz am 2. Dezember bekanntgab, im Rahmen der Winternotstandsaktion 1975 für die Steiermark 300.000 Schilling Zinsenzuschüsse an steirische Lift- und Seilbahnunternehmen bewilligt, die aufgrund der Mindereinnahmen durch schlechte Schneeverhältnisse in Schwierigkeiten gekommen sind. Durch diese Hilfen konnte für 10 Millionen Schilling Kapitalkredite ein Zinsenzuschuß von drei Prozent gewährt werden.

Hohes Haus! Die steirischen Fremdenverkehrs- und Wintersportorte sind für die Aufnahme der Gäste und für die Durchführung sportlicher Veranstaltungen gerüstet. An dieser Stelle muß all denen der Dank gesagt werden, die ehrenamtlich oder in Ausführung ihres Berufes für den Fremdenverkehr oder Wintersport tätig sind. Danken müssen wir aber auch allen Stellen und Körperschaften, die sich bei Ski- und Bergunfällen immer wieder mit großem Idealismus zur Verfügung stellen. Wir freuen uns, daß im Ennstal ein Lehrhotel für die Ausbildung des dringend erforderlichen Nachwuchses für qualifiziertes Personal im Gast- und Beherbergungsgewerbe eingerichtet wird, weil dadurch eine sozialistische Initiative Verwirklichung findet. Man wird dort sicher auch Räumlichkeiten schaffen können, Herr Landeshauptmannstellvertreter, um die geforderten Seminare für die Schulung und Ausbildung der im Fremdenverkehr tätigen Personen abhalten zu können.

Wir erwarten vom zuständigen Referenten, daß möglichst bald dem Landtag ein modernes Fremdenverkehrsgesetz vorgelegt wird und wir hoffen, daß dem Wunsche vieler Kredit- und Förderungswerber entsprechend die Wartezeiten für Fremdenverkehrsinvestitionskredite und Zinsenzuschüsse verkürzt werden können.

Zum Abschluß möchte ich Ihnen sagen, daß es nicht nur Lokalpatriotismus ist, wenn ich den Weltcupveranstaltungen in Schladming einen guten und unfallfreien Verlauf und darüber hinaus der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft für die kommende Wintersaison einen vollen Erfolg wünsche. (Allgemeiner Beifall. — Abg. Wimmeler: „Und kein Chaos auf den Straßen!“)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

So bedenklich die wirtschaftliche Entwicklung auch in unserem Land in den vergangenen Monaten sich entwickelt hat — das ist ja unbestritten —, so sehr

konnte mit Recht die Bundesregierung, konnten Spitzenpolitiker der derzeit regierenden Partei sagen: „Es geht bei uns immer noch besser als in den meisten westlichen Industrieländern“, denn in diesen Fragen können wir uns ja wohl nur mit dem Westen vergleichen. Das ist auch richtig. Die Frage ist nur, warum geht es uns in solchen Stagnationsphasen immer noch besser als den meisten westlichen Ländern? An sich ist es nichts Neues. Ich darf ohne Übertreibung und ohne Polemik feststellen, daß das in jeder Stagnationsphase seit dem Weltkrieg so war, und wie ich glaube, hat das mit der derzeitigen Bundesregierung eigentlich am wenigsten zu tun. Ich würde vielmehr meinen, daß es eine große Anzahl von Gründen gibt, warum es so ist.

Ich möchte nur die drei wichtigsten Gründe aufzählen, von denen ich persönlich glaube, daß sie die wichtigsten sind in der Frage, warum sich Stagnationsphasen bei uns weniger übel im wirtschaftlichen Geschehen auswirken, als in den meisten westlichen Ländern.

Ich würde hier als erste Ursache anführen die bei uns bestehende Sozialpartnerschaft. Man mag zu ihr stehen wie man will, es gäbe sicher einiges zu verbessern und zu ändern daran, fest steht eines: Nirgends auf der Welt gibt es — soweit ich informiert bin — eine so funktionierende Sozialpartnerschaft wie bei uns, weil es in den meisten westlichen Ländern weder auf der einen Seite die großen Zusammenschlüsse der Arbeitnehmervertretungen so wie bei uns gibt — die Einheitsarbeitskammer genauso wie den Einheitsgewerkschaftsbund, was insgesamt sicher ein ungeheurer Vorteil ist — noch auf der anderen Seite die Einheitsbundeswirtschaftskammer, in der von den Bundesbahnen bis zur größten verstaatlichten Industrie VOEST-Alpine bis zum kleinsten Kaufmann, Verkehrsbetrieb, Taxameter und was immer, einfach alles vertreten ist. Diese große Zusammenarbeit in der Sozialpartnerschaft ist nun einmal ein ungeheurer Ausgleichsfaktor im wirtschaftlichen Geschehen und ich bin persönlich der Meinung, ein schlechter Kompromiß ist besser als Streiks, als jene Menge Streikstunden, die insgesamt der Wirtschaft doch immer sehr viel Geld kosten.

Als zweiten Grund, warum ich glaube, daß das wirtschaftliche Geschehen sich bei uns noch besser in Stagnationsphasen als anderswo im Westen entwickelt, sehe ich die mittelständisch strukturierte Wirtschaft. Das heißt also, der Mittelstandsbauch ist bei uns — verglichen mit westlichen Ländern — beachtlich und wir können an Hand der Statistik, vor allem auch, was den Arbeitsmarkt betrifft, feststellen, daß hier eben gesündeste Verhältnisse sind — an sich einfach zu erklären, weil ein kleinerer und mittlerer Betrieb seine Auftragslage eben leichter an eine schwierige Situation anpaßt als ein sehr großer Betrieb.

Der dritte Grund, von dem ich glaube, daß er einer der wesentlichsten dafür ist, daß es bei uns leichter ist, Stagnationsphasen zu überwinden, liegt darin, daß der Fremdenverkehr wie kaum in einem anderen Land des Westens eine überproportionierte Bedeutung in der Gesamtwirtschaft in Relation zur Größe der Gesamtwirtschaft hat. Der Fremdenverkehr ist bei uns der Ausgleichsfaktor seit eh und

je, seit es die Republik gibt, zwischen einer hochdefizitären Handelsbilanz und einer meistens ausgeglichenen gewesen — zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg — Zahlungsbilanz. Die Zahlungsbilanz ist zwar auch Ende 1973 defizitär geworden, ich darf behaupten, nicht nur im Zusammenhang mit der Ölverteuerung, mit all dem, was man unter Ölkrise zusammenfaßt, denn ich darf feststellen, daß die Berichte des Wirtschaftsforschungsinstitutes schon einige Monate vor der Ölkrise vorausgesagt haben, daß für das Jahr 1973 erstmalig auch eine, wenn auch nicht sehr bedeutsame, doch defizitäre Zahlungsbilanz insgesamt herauskommen wird.

Wenn ich nun das im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr sage, so deswegen, weil der Fremdenverkehr in diesen Fragen eine Doppelwirkung hat. Wir haben nicht nur den Fremdenverkehr als Übergewicht in der Wirtschaft insgesamt, sondern den Fremdenverkehr auch als eine mittelständisch strukturierte Fremdenverkehrswirtschaft. Ich möchte Sie hier nur mit ganz wenigen Zahlen belasten, die etwa für steirische Verhältnisse folgendes sagen: Wir haben in der Steiermark keinen einzigen Fremdenverkehrsbetrieb mit mehr als 200 Beschäftigten. Ich würde damit sagen, wir haben überhaupt keinen Fremdenverkehrsgroßbetrieb. Wir haben nur sechs Fremdenverkehrsbetriebe mit mehr als 100, aber weniger als 200 Beschäftigten. Wir haben 10 Fremdenverkehrsbetriebe mit mehr als 50, aber weniger als 100 Beschäftigten. Das Schwergewicht liegt bei den Fremdenverkehrsbetrieben zwischen 3 und 49 Beschäftigten, das sind 1113 Betriebe. Ich würde sagen, das sind jene Betriebe, die die beachtlichste Bedeutung in unserem steirischen Fremdenverkehrsgeschehen ausmachen. Wir haben 1133 Betriebe mit überhaupt nur einem Beschäftigten und 600 Betriebe mit zwei Beschäftigten. Insgesamt beschäftigt der steirische Fremdenverkehr immerhin mehr als 11.000 Unselbständige. Wenn man natürlich die Selbständigen dazurechnet, und hier vor allem die vielen Kleinbetriebe, die gar keinen unselbständig Beschäftigten haben, ist das eine Zahl, die fast auf das Dreifache herankommt, das heißt, eine recht beachtliche Zahl, denn insgesamt haben wir ja in der Steiermark fast 8000, genau 7991, Fremdenverkehrsbetriebe. Meine Damen und Herren, das ist ein Zeichen, daß wir eine mittelständische, ja kleinstrukturierte Fremdenverkehrswirtschaft haben, das ist insgesamt ein Vorteil.

Ich darf kurz auch feststellen, daß die Bedeutung des Fremdenverkehrs innerhalb der mittelständischen Wirtschaft zunimmt, das ergeben schon die Zahlen, und daß man damit auch einen Beweis führen kann, daß überhaupt innerhalb der Wirtschaft der Dienstleistungssektor gegenüber dem Produktionssektor zunimmt.

Auch der Umstand, daß die Nächtigungsziffern in der Steiermark selbst im vergangenen Jahr, einem Wirtschaftsstagnationsjahr, immerhin noch um 2,6 Prozent insgesamt gestiegen sind, ist ein Zeichen, das sehr für den Fremdenverkehr spricht, wobei vor allem die Wintersaison sich immer besser entwickelt und die Sommersaison zumindest nicht schlechter wird, sich zumindest hält. Wesentlich ist nun, um mit der internationalen Konkurrenz standzuhalten, daß wir alles daransetzen, daß die Quali-

tät unserer Fremdenverkehrswirtschaft verbessert wird. Denn die Qualität, die hohe Qualität wird darüber entscheiden, ob wir international konkurrenzfähig bleiben oder nicht.

Es gäbe jetzt ungeheuer viel zu sagen, womit man die Qualität im Fremdenverkehr verbessern könnte, vom Steuerrechtlichen bis zum Kreditpolitischen und was weiß ich allem. Ich möchte nur zwei Dinge streifen, die ich zugleich als Forderung an unsere Landesregierung, an den zuständigen Referenten der Landesregierung richten möchte: Das ist die Forderung nach einer baldigen Vorlage eines Gesetzesentwurfes für ein Privatzimmervermietungsgesetz. Dieses Privatzimmervermietungsgesetz brauchen wir. Ich bin gar nicht der Meinung, daß es bisher ohne dieses Gesetz gar nicht gegangen wäre, die Privatzimmervermietung als solche ist notwendig, hat sich gut entwickelt, aber wenn wir von Qualität reden wollen, müssen wir wissen, daß Mindestausstattungsrichtlinien und entsprechenden sanitätspolizeiliche Vorschriften nun einmal in Zukunft auch bei der Privatzimmervermietung dringend notwendig sein werden.

Einen sehr bedauerlichen Umstand muß ich den Damen und Herren des Hohen Hauses zur Kenntnis bringen, der darin besteht, daß in diesen Tagen — möglicherweise sogar heute — im Nationalrat ein Gesetz im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung verabschiedet wird, wonach die Streichung der Rückvergütung der Mehrwertsteuer bei Ausländerkäufen unter 2000 Schilling Gesetz werden wird. Das sieht sehr unwesentlich aus, ist aber in der Gesamtwirkung eine beachtliche Beschränkung des sogenannten Touristenexportes. Wir haben genaue Erhebungen, wonach etwa 40 Prozent der Käufer von solchen kleineren Sachen — das ist aber eine ungeheuer große Zahl — diese Umsatzsteuerrückvergütung auch tatsächlich mit den U-34-Formularen verlangen. Der Schaden, der durch diese Streichung der Rückvergütung entsteht, ist durchaus beachtlich und ist letzten Endes auch kein Vorteil für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Fremdenverkehrswirtschaft und darüber hinaus vor allem auch im Handel. Eines vor allem ist das Bedauerliche dabei, daß deutsche und jugoslawische Gäste mit dieser Regelung in Österreich schlechter gestellt sind als österreichische Gäste in Deutschland und Jugoslawien, denn umgekehrt gilt das. Bei uns trifft das die Wirtschaft etwa im Ennstal vor allem mit den deutschen Gästen und im Grenzland — wie ich es in einem anderen Zusammenhang schon gesagt habe — trifft das die Grenzlandwirtschaft der Steiermark mit den jugoslawischen Gästen.

Eine weitere Forderung möchte ich an den zuständigen Gewerbereferenten der Landesregierung richten und zwar betreffend eine Erleichterung der Sperrstundenregelung. Meine Damen und Herren, ich weiß, daß in verschiedenen Bereichen des Landes die Art der Sperrstundenregelung ganz verschieden gehandhabt wird. Da gibt es durchaus großzügige Bezirkshauptmänner und Bürgermeister in der Angelegenheit der Sperrstundenregelung, da gibt es aber auch solche, die äußerst kleinlich mit den Verlängerungsbewilligungen vorgehen und es kommt oft in Fremdenverkehrszentren vor, daß etwa die Gendarmerie — die kann nichts dafür,

die ist dazu da und dazu verpflichtet — um Mitternacht Lokale räumen muß, weil eine schriftliche Sperrstundenverlängerung nicht vorhanden ist. Ich würde darum bitten, daß jetzt noch vor der Wintersaison oder vor dem echten Beginn der Wintersaison, vor allem auch vor Beginn des großen Trubels im Zusammenhang mit dem Weltcuprennen, die Bezirkshauptmannschaften angewiesen werden, daß sie selbst, oder soweit die Bürgermeister ermächtigt sind, diese großzügigst bei den Sperrstundenregelungen vorgehen. Selbstverständlich kann Großzügigkeit nicht dort am Platze sein, wo es bis zu nächtlichen Ruhestörungen geht. Das hängt natürlich immer von der Lage des Betriebes bzw. des entsprechenden Lokales ab.

Meine Damen und Herren, das Niveau und die Qualität des Fremdenverkehrs gestalten das Image unseres Landes sehr wesentlich im Ausland und ich möchte nur mit einem Satz hier die Bedeutung unserer Fremdenverkehrsschulen in Bad Gleichenberg streifen. Wir haben dort nicht nur ausgezeichnete Schulen, wir haben dort ausgezeichnete Lehrer, ausgezeichnete Direktoren mit einem großartigen internationalen Ruf, ob das der Direktor Siegel in der Landesberufsschule für das Gast- und Schankgewerbe ist, oder ob das der Direktor Schille der Hotelfachschule ist, gar nicht zu reden von den ungeheuren Aktivitäten des Kommerzialrates Kussmann als Vorsitzenden des Kuratoriums für den Hotelfachschulverein. Es geschieht dort Großartiges für das Gesamtimage Österreichs in der Welt. Wo immer man hinkommt auf dieser Welt, in den bedeutendsten Hotels auf allen Kontinenten trifft man immer wieder Absolventen unserer Gleichenberger Schulen und sie sind, ich möchte sagen, lebende Sendboten unseres Landes und daher bin ich auch der Meinung, daß an dieser Stelle unseren Damen und Herren in Bad Gleichenberg, die diese Schulen führen, unser aller Dank ausgesprochen werden soll.

Ich bin auch sehr glücklich, wie mein Vorredner Laurich es angeschnitten hat, daß das Lehrhotel in Aigen im Ennstal kommt, ich bin nicht ganz der Meinung, daß das eine sozialistische Initiative war. (Abg. Laurich: „Doch, doch!“) Ich kann mich erinnern, daß wir seit vielen Jahren ein Lehrhotel fordern (Abg. Laurich: „Fürs Ennstal!“) und daß wir dieses Objekt mit einigen Schwierigkeiten gekauft haben, wir haben gerade von freierlicher Seite gewisse Vorwürfe in der Debatte im Zusammenhang mit der Gruppe 2 zu hören bekommen. Ich möchte nur meinen, daß dieses Haus bei einer richtigen Außenfassadengestaltung, Herr Kollege Wimpler, meines Erachtens wunderbar in die Landschaft passen kann. (Abg. Pölzl: „Blau anstreichen!“) Es wird natürlich jetzt von den Architekten abhängen, daß man Entsprechendes aus diesem Haus macht. (Abg. Wimpler: „Nur mit Hilfe des Landes!“) Selbstverständlich mit Hilfe des Landes, ist ja gar keine Frage.

Ich möchte abschließend, meine Damen und Herren, noch sagen, daß die bevorstehende Wintersaison des Fremdenverkehrs — wie man aus allen Teilen dieses Landes hört — wieder eine ausgezeichnete zu werden scheint, man ist in vielen Teilen des Landes geradezu ausgebucht und ich darf

auch hier wieder sagen, das ist ein Beweis einer durchaus gegenteiligen Entwicklung zu sonstigen Situationen in der Wirtschaft. Denn ansonsten sieht es ja nicht so rosig aus. Aber auch für den Fremdenverkehr gilt das, was ich etwa in meinem zivilen Beruf täglich von Unternehmern zu hören bekomme, wenn ich frage: „Herr Sowieso, wie geht es Ihnen oder wie geht es dir in deinem Betrieb?“ Und die Antworten von etwa 80 Prozent sind, auf eine einfache Formel gebracht: „Es geht gerade noch, die Auftragslage, na ja, so einigermaßen, aber die Regionen steigen und die Gewinne sinken.“ Das ist eine sehr bedenkliche Entwicklung, eine Entwicklung, die natürlich auf längere Sicht auch in dieser Sparte Arbeitsplätze zu gefährden geeignet ist. Ich würde nur glauben, daß auch mit den Ansätzen im Landesbudgetentwurf, den wir vor uns liegen haben und der heute beschlossen werden soll, sehr viel dazu beigetragen wird, daß die Fremdenverkehrswirtschaft sich doch einigermaßen gesund entwickeln kann, wenngleich ich nicht verhehle, daß das Fremdkapital in den Fremdenverkehrsbetrieben auch ungeheuer zugenommen bzw. das Eigenkapital abgenommen hat. Ich möchte nur sagen: Tun wir alles dazu, daß diese Perle unserer Wirtschaft uns auch für die weitere Zukunft gesund erhalten bleibt, weil der Fremdenverkehr bei uns wie kaum sonst wo auf der Welt eine ungeheure Bedeutung für unsere Gesamtwirtschaft und damit für unser aller Wohlstand hat. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Verehrte Damen und Herren!

Es ist 18 Uhr und zwei Minuten. Das erste Mal in meiner langjährigen Tätigkeit als Fremdenverkehrsreferent komme ich vor 23 Uhr zu meinem Schlußwort. Es ist ungewöhnlich, das möchte ich gleich sagen. Ich hätte jetzt Lust, den Landtag eine Zeitlang zu strapazieren. (Abg. Pölzl: „Bis 23 Uhr!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „In Anbetracht der kurzen Rede, die ich heute gehalten habe!“ — Abg. Ing. Turek: „Das wäre eine Vergewaltigung!“) Das ist aber nur eine Androhung (Abg. Brandl: „Bitte uns nicht reizen!“), die ich nicht wahr mache, denn es wäre jetzt sehr angenehm, es wäre sehr nützlich und ich würde sagen, es wäre auch sehr wichtig, wenn man zu einem Wirtschaftszweig ausführlicher auch vor dem Hohen Haus Stellung nehmen könnte, der immerhin in unserem Land innerhalb des letzten Dezenniums sich zu einer Wachstumsbranche entwickelt hat und von dem wir heute trotz alldem sagen können, daß er eine der wenigen Wachstumsbranchen geblieben ist. Das ist auch ein ungewöhnlicher Vorgang.

Ich darf aber, bevor ich auf einige Dinge, die den steirischen Fremdenverkehr betreffen, eingehe, das Übernachtungsergebnis des Fremdenverkehrsjahres 1974/75 bekanntgeben. Wir hatten insgesamt in der Zeit vom 1. November 1974 bis 31. Oktober 1975 9.023.620 Übernachtungen, das ist ein Mehr von 232.676 Übernachtungen gegenüber dem Vergleichszeitpunkt 1973/74, oder 2,7 Prozent. Das heißt, daß wir im abgelaufenen Fremdenverkehrs-

jahr eine weitere, wenn auch bescheidene, aber immerhin Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen haben. Noch bemerkenswerter wird die Untersuchung, wenn wir sie auf die Strukturen prüfen und zwar auf Inländernachtigungen und auf Nächtigungen ausländischer Gäste. Wir hatten im gleichen Fremdenverkehrsjahr 5.804.047 Inländernachtigungen, das ist ein Mehr von 165.893 oder 2,9 Prozent und wir hatten im gleichen Fremdenverkehrsjahr 3.219.573 Nächtigungen von Ausländern, das ist ein Mehr von 66.784 oder 2,1 Prozent. Das heißt, der steirische Fremdenverkehr ist zwar schwerpunktmäßig ein Inländerfremdenverkehrsland, aber wir haben in den letzten Jahren bemerkenswert auch bei dem ausländischen Gästepotential zugenommen. Es ist also das zweite Bein von Jahr zu Jahr stärker geworden. Wir legen allerdings auf die Feststellung wert, daß wir vorwiegend ein Inländerfremdenverkehrsland bleiben wollen und daß wir keinen Zweifel darüber lassen, daß wir diese Sache sehr pflegen. Wir pflegen sie aus verschiedenerlei Gründen. Damit bin ich bereits bei einer zweiten Überlegung, nämlich: Wohin läuft der Trend, oder wohin läuft die Tendenz?

Meine Damen und Herren, wir befinden uns hinsichtlich des wirtschaftlichen, aber meiner Meinung nach auch des fremdenverkehrswirtschaftlichen Entwicklungsprozesses in einem Prozeß der Umwandlung, und zwar nach meinem Dafürhalten einer tiefgreifenden Umwandlung. Es wird nützlich sein zu überlegen, daß wir gerade bei dieser Tendenz nicht den Inlandsgast vergrämen oder die Meinung vertreten sollten, er könnte mit der linken Hand betreut werden, sondern daß er genau denselben Vorzug hat wie jeder ausländische Gast. Es fällt zum Beispiel auf, daß wir eine sehr starke Zunahme von Inländernachtigungen aus Oberösterreich, aus Salzburg und aus Tirol haben. Ich habe bewußt hier auch eine Befragungsaktion vornehmen lassen, warum gerade aus diesen Bundesländern ein so starker Zuzug in den letzten Jahren eingesetzt hat. Unisono wird erklärt: „Bei Ihnen gilt man noch etwas als Inländer und wir möchten, wenn wir schon in Österreich Urlaub machen, auch als Österreicher so behandelt werden, wie es gegenüber ausländischen Gästen nahezu selbstverständlich ist.“ Das betonen wir und darauf legen wir Wert.

Meine Damen und Herren, in der Tendenz der Zunahme ausländischer Nächtigungen zeigt sich, daß wir hier zweifelsohne einen Schwerpunkt besitzen, das ist die deutsche Bundesrepublik. Alles übrige ist unter „ferner liefen“. Es ist aber nicht zu verkennen, daß zum ersten Mal die deutsche Bundesregierung ein eigenes Fremdenverkehrskonzept in der deutschen Bundesrepublik vorgelegt hat und daß der Einsatz der deutschen Fremdenverkehrszentrale, nämlich die Deutschen zu bewegen, Ferien im eigenen Lande zu machen, in einem Umfang eingesetzt hat, der geradezu auch uns alle, die wir uns mit den Dingen beschäftigen, in Erstaunen versetzt hat. Und es zeigt sich, daß die Übernachtungsziffern auch im abgelaufenen Jahr in der deutschen Bundesrepublik auf dem Inländersektor in einem geradezu unglaublichen Umfang zugenommen haben. Wir müssen also auch wissen,

daß hier zweifelsohne wirtschaftliche Komponenten eine Rolle spielen.

Wenn ich mir zur Tendenz noch einen Hinweis erlauben kann, dann ist es die Tendenz, meine Damen und Herren, des Winterfremdenverkehrs. Wir haben im Winterfremdenverkehr 1974/75 insgesamt 2.916.731 Nächtigungen gehabt, das ist eine Zunahme von 229.621 Nächtigungen oder 8,5 Prozent. Wir liegen damit weit über dem Bundesdurchschnitt und es zeigt sich, daß unsere Bemühungen, den steirischen Winterfremdenverkehr in dem Zehnjahresprogramm aufzurüsten, von vollem Erfolg begleitet gewesen sind. Wir haben hier nicht nur die Dachstein-Tauern-Region, nicht nur den Bezirk Murau, nicht nur das Hochschwabgebiet, nicht nur das Gebiet um Alpl und Nivalpl, um die nördliche Oststeiermark, um Teile der Weststeiermark, ja wir können heute sagen, daß wir mit dem Winterfremdenverkehr zweifelsohne eine Schwerpunktbildung erzielt haben, die für die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Gestern ist von den hohen Unfallziffern gesprochen worden. Dazu möchte ich heute bewußt noch einmal Stellung nehmen. Meine Damen und Herren, wir haben auch seit Jahren einen Schwerpunkt unserer Förderungstätigkeit darin gesehen, daß wir nicht nur die sichere Ausgestaltung der Schipisten, sondern auch Pistenpflegegeräte gefördert und der Sicherheit im Schifahren einen Vorrang eingeräumt haben. Dieser Vorrang ist so weit gegangen, daß wir im heurigen Sommer neuerdings alle Anlagen in unserem Lande amtlich auch auf ihre Lawinensicherheit überprüfen haben lassen. Nichts könnte uns ärger treffen als hier irgendwo ein Leichtsinn, und es werden heuer im Winter Lawinenwarnkommissionen bei jenen Anlagen eingesetzt, bei denen unter Umständen auch nur andeutungsweise vielleicht einmal irgendwo eine Gefahr möglich wäre. Ich darf auch bei der Gelegenheit sagen: Wir hatten Glück, es ist nichts im abgelaufenen Winter passiert und es hat sich gezeigt, daß diese Maßnahmen, die wir gesetzt haben, ihren vollen Erfolg hatten. Gerade ein Prozeß, der gegenwärtig vor einem Gericht in unserem Lande geführt wird, zeigt, wie furchtbar er sein kann, wenn unter Umständen ein Bundesland mit einem Lawinenunglück von einer solchen Größenordnung unter die Räder käme. Das würde unserem Image und dem, was wir in den letzten Jahren aufgebaut haben, mehr als schaden.

Ich darf aber auch gleichzeitig sagen, verehrte Damen und Herren, eine Untersuchung hat gezeigt, daß unser Land zu den gastfreundlichsten österreichischen Bundesländern gehört. Das ist eine Untersuchung, die in der Deutschen Bundesrepublik vorgenommen wurde. Ich sage das auch deshalb, weil sich gezeigt hat, daß es nicht nur darauf ankommt, Anlagen zu bauen, Betriebe zu bauen, wenn nicht das innere Klima in den Betrieben vorhanden ist, das ich mehr mit Nestwärme, mehr mit der „Fremdenverkehrsgesinnung“ umschreibe. Ich glaube, auch hier hat diese Erziehungsarbeit ihre vollen Früchte getragen.

Noch ein weiteres: Was ist das Motiv, daß so viele in unser Land fahren? Das ist erfreulicherweise heute auch in der Diskussion und in diesen Tagen

mehrfach gesagt worden, es ist, meine Damen und Herren, die Landschaft. Daher kommt der Pflege der Landschaft, dem Umweltschutz und jenen Bemühungen ein Schwerpunkt in unserer Arbeit zu. Wir sind daher auch der Meinung, daß die Erschließung und die Belastbarkeit der Landschaft nicht überfordert werden sollen. Ich gebrauche bewußt das Schlagwort: „Wir wollen keine alpinen Lignanos und keine alpinen Jesolos.“ Das, was wir wollen, ist ein Angebot in der Landschaft, das diesem Land jenes Ansehen verleiht, das wir mit dem großen Begriff des Erholungsfremdenverkehrs umschreiben. Ich bin überzeugt, wenn wir diese Strategie beibehalten, dann besteht Aussicht, daß wir mit der Politik, die wir eingeschlagen haben, nämlich den steirischen Fremdenverkehr organisch zu entwickeln, nicht nur bisher gut gefahren sind, sondern zweifelsohne auch weiterhin gut fahren werden.

Wenn ich nun zur finanziellen Situation des Fremdenverkehrsbudgets ein Wort sagen darf: Wir haben drei Schwerpunkte: es ist die Kreditpolitik, es ist die Förderung für die Infrastruktur des Fremdenverkehrs und es ist vor allem die Werbung.

Ich beginne bewußt beim Punkt drei, nämlich bei der Werbung. Wir haben für das Jahr 1976 insgesamt 20 Millionen Schilling allein aus Landesmitteln für die Werbung zugunsten der Steiermark und damit ihres Fremdenverkehrs zur Verfügung. Das ist eine Rekordsumme, ich freue mich über diese Ziffer, weil wir wissen, daß wir auf dem Gebiet auch in der Konkurrenz mit den übrigen Ländern Schritt halten müssen. Wir haben doch auch, meine Damen und Herren, eines erreicht, das zeigt auch eine demoskopische Untersuchung in der Deutschen Bundesrepublik, daß die Steiermark neben Kärnten und neben Tirol, neben Salzburg genauso bekannt ist in der Deutschen Bundesrepublik und nicht mehr unter „ferner liefen“. Es gibt vielleicht eine bemerkenswerte Sache, die ich bei der Gelegenheit eigentlich in Klammer mitteile: Eine Untersuchung der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung — Außenstelle Berlin — hat gezeigt, daß das Hauptkontingent der Berliner Gäste, die nach Österreich fahren, in der Steiermark zu finden ist. Es ist uns damit gerade durch unser ständiges Engagement in Berlin auch gelungen, diesen Erfolg herbeizuführen. Hier haben viele Kräfte, meine Damen und Herren, zusammengewirkt, und wir glauben, daß wir auch diesen Schwerpunkt weiterhin beibehalten. Die Werbung für unser Land hat zweifelsohne auch zugunsten der Fremdenverkehrswirtschaft — das zeigen die Ziffern, das darf ich hier auch voller Freude sagen — gewirkt.

Was nun die Investitionen anlangt, so darf ich sagen, wir fördern alle die Dinge, die nicht die Fragen der Rentabilität berühren, sondern alle Fragen, die ich mit dem großen Begriff der Umwegrentabilität umschreibe, zum Beispiel Schwimmbäder, Hallenbäder, Wanderwege, Ruhebänke und unsere alpinen Vereine. Diese Vereine möchte ich übrigens bei der Gelegenheit lobend nennen, ob es der Alpenverein, die Naturfreunde oder der Touristenverein und wie sie immer heißen mögen, ist, sie haben in den letzten Jahren eine erstklassige Arbeit zugunsten des Fremdenverkehrs in diesem Lande

geleistet, und sie haben vor allem eines gemacht, und das scheint mir das Wichtigste zu sein: den Trend verstärkt, der immer stärker auch zum Wandern und zurück zur Natur vor allem bei unseren Menschen und bei unseren Gästen zu finden ist. Wir sind übrigens auch jenes Bundesland, meine Damen und Herren, und das sage ich auch heute einmal bei dieser Gelegenheit, das in der Förderung der alpinen Vereine die Spitze unter den österreichischen Bundesländern seit mehr als 20 Jahren hält. Es gibt kein Bundesland, das den alpinen Vereinen in seiner Förderung einen solchen Schwerpunkt zukommen hat lassen, wie es die Steiermark, der Landtag und diese Landesregierung getan haben. Ich freue mich darüber, daß ich das heute sehr positiv vermerken kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun, meine Damen und Herren, zur Kreditpolitik. Wir haben im abgelaufenen Jahr rund 106 Millionen Schilling der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft aus allen Aktionen an Krediten zugeführt. Das ist eine sehr bemerkenswerte Summe. Es zeigt sich allerdings nur eines und damit bin ich eigentlich bei der Überlegung, die ich auch gerne einmal hier sagen möchte: Es zeigt sich ja überhaupt die Tendenz in der gesamten Wirtschaft, daß die Investitionen rapide zurückgegangen sind. Meine Damen und Herren, es mag da auch der eine oder der andere sein eigenes Süppchen kochen, aber eines müssen wir uns sagen, wenn es uns nicht gemeinsam gelingt, die Investitionen langsam in Bewegung zu setzen, dann wird alles nichts fruchten, was wir auf dem wirtschaftspolitischen Sektor einfach anzustreben haben. Ohne Investitionen gibt es keinen wirtschaftlichen Fortschritt, es muß allerdings auch dafür — auch das muß gesagt werden — das notwendige Klima und das notwendige Vertrauen geschaffen werden. (Beifall bei der ÖVP.) Wer investiert, meine Damen und Herren, muß wissen, daß sich das rentiert. Das ist an die Adresse aller gerichtet, denn wer ein wenig nur volkswirtschaftliche Zusammenhänge beherrscht, wird verstehen, daß jeder, wenn er etwas riskiert, auch letzten Endes etwas davon haben will. Seien wir aufrichtig zueinander, wenn wir uns das auch bei einer solchen Gelegenheit sagen. Alles andere ist nicht zielführend und alles andere würde nicht aufgehen. Ich bin nur der Meinung, und ich sage es auch immer wieder den steirischen Fremdenverkehrsbetrieben, investieren, investieren und noch einmal investieren, verbessern, veredeln, nicht stehenbleiben, jedes Stehenbleiben ist bereits Rückschritt, ist Schrumpfung und würde bedeuten, daß wir praktisch, sagen wir, ein Entwicklungsland bleiben würden. Auch hier, glaube ich, wird es notwendig sein, diese Dinge auch aus einer solchen Sicht zu sehen.

Meine Damen und Herren, wir haben aber auch in den letzten Jahren nicht zuletzt durch die Hilfe des Landes und durch das Verständnis, das ich hier gefunden habe, eine Reihe von Erschließungsprojekten vorangetrieben, die ohne Engagement des Landes niemals denkbar gewesen wären, wenn ich nur auf die Planeibahnengesellschaft verweisen kann, auf die Erschließung der Planei, wenn ich nur auf die Hochwurzen, auf die Riesneralm, um nur Beispiele zu nennen, die Loserstraße oder zuletzt

die Kurbetriebs-Ges. m. b. H. in Bad Aussee oder jetzt die Gesellschaft, die wir vor kurzem gegründet haben, nämlich die Heilbad Loipersdorf Ges. m. b. H. verweise, wo wir praktisch versuchen, ein steirisches Abano aus dem Boden zu stampfen, hier glaube ich, zeichnen sich einige sehr interessante Aspekte ab, vor allem auch für ein Gebiet, meine Damen und Herren, bei dem wir eine neue wirtschaftliche Erschließung vornehmen.

Es ist das Ziel der steirischen Landespolitik, die Wirtschaft des Landes zu stärken und vor allem jene Gebiete nachzuheben, die, aus welchen Gründen immer, ein wenig zurückgeblieben sind. Daß man das mit dem Fremdenverkehr kann, das zeigen die Beispiele wie etwa eines, auf das ich bei der Gelegenheit als Querschnittsbeispiel für alle komme. Meine Damen und Herren, auch heute noch ist die Gemeinde Ramsau eine Bergbauerngemeinde. Sie hat im abgelaufenen Jahr rund 820.000 Übernachtungen erreicht. Und wenn ich davon ausgehe, was die Wirtschaftskraft von 820.000 Übernachtungen ist, dann möchte ich Ihnen das in einem Zahlenexempel vor Augen führen. Wenn ich annehme, daß pro Übernachtung und Gast plus Vollpension nur 200 Schilling umgesetzt werden, dann sind 800.000 Übernachtungen mal 200 Schilling 160 Millionen Schilling, die in einem Jahr in die Bergbauerngemeinde Ramsau geflossen sind. Sie hat nicht von ungefähr die höchste Steuerkopfquote steirischer Gemeinden. Und es kommt noch eine Betrachtung dazu. Was müßte man tun, wenn ich eine Lohnsumme von 160 Millionen Schilling erzielen wollte, auch ganzjährig verteilt, dann müßte ich in der Ramsau Fabriken errichten, wo wenigstens 4000 Arbeitnehmer ganzjährig beschäftigt sind, um auf die gleiche Lohnsumme von 160 Millionen Schilling zu gelangen. Hier zeigt sich an einem solchen Querschnittsbeispiel die volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs für eine Gemeinde und damit auch für ein Land. Ich habe dieses Beispiel deshalb genannt, um Ihnen vor Augen zu führen, warum wir mit dieser Begeisterung und mit dieser Leidenschaft dabei sind, den steirischen Fremdenverkehr weiter aufzubauen und weiter aufzurüsten. Solche Beispiele wie die Ramsau könnte ich noch viele andere auch erfreulicherweise in unserem Lande aufzählen, ob es die ganze Dachstein-Tauern-Region ist, ob es Rohrmoos, Schladming, Haus im Ennstal ist, ob es Gröbming ist, ob wir in das Steirische Salzkammergut gehen. Meine Damen und Herren, was mich mit besonderer Freude auch erfüllt, ist, daß wir in der Oststeiermark im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr nahezu 2,5 Millionen Übernachtungen erreicht haben. Wissen Sie, was das für ein Gebiet bedeutet, daß wir wirtschaftlich Zug um Zug nachholen? Es ist mittlerweile nicht nur der Garten der Wiener geworden, in den letzten drei Jahren hat der Anteil deutscher Gäste in der Oststeiermark nahezu um 10 Prozent zugenommen. Waren es noch vor 1972 98 Prozent inländische Gäste und 2 Prozent ausländische Gäste, so sind es jetzt 88 Prozent Inländer und bereits 12 Prozent ausländische Gäste, allen voran deutsche Gäste. Es zeigt sich also auch hier ein Fortschritt, der auch mich mit Genugtuung erfüllt. (Beifall bei der OVP.)

Meine Damen und Herren, es haben der Herr Abgeordnete Laurich und der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer einige Dinge berührt und auch einige Dinge angemeldet. Ich möchte einmal, Herr Abgeordneter Laurich, zur Frage der Seminare sagen: Wir haben mittlerweile mehrere solche Seminare durchgezogen und werden das Programm weiter fortsetzen. Ich darf gleich sagen: Wir haben einige Erfahrungen gesammelt. Ich würde sogar Wert darauf legen, wenn wir Abgeordnete einladen, daß sie vielleicht einmal an einem solchen Seminar teilnehmen, um sich einmal auch selber einen Eindruck davon zu verschaffen, wie das über die Bühne geht. Wenn ein solcher Wunsch vorhanden ist, würde ich Ihnen eine solche Einladung zukommen lassen. (Abg. Ing. Turek: „Auch anderen vielleicht?“) Ich habe gesagt, wer Interesse hat, ist eingeladen. (Abg. Ing. Turek: „Das würde mich interessieren!“) Wenn Sie es auch haben, geschätzter Herr Abgeordneter Turek, dann würde ich mich sehr, sehr freuen, wenn ich Sie dort sehen würde. (Abg. Ingenieur Turek: „Ich melde mich an!“) Ich würde meinen ganzen Charme als Gastgeber aufwenden, um Sie zu befriedigen. (Heiterkeit.)

Nun zu Fragen, die hier angemeldet wurden, nämlich das Privatzimmervermietungsgesetz und das Fremdenverkehrsgesetz. Wir befassen uns damit. Die Vorlage ist, ich würde sagen, im Rohbau gezimmert. Gut Ding braucht Weile. (Abg. Brandl: „Ganz hervorragend!“ — Abg. Ing. Turek: „Es braucht schon fast so lange wie das Sozialhilfegesetz!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Ich sage Ihnen gleich, ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube. Ich bin ein Gegner von vielen Gesetzen, darüber soll es gar keinen Zweifel geben. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Die Schladminger dürfen sich das Privatzimmervermietungsgesetz gar nicht wünschen, nicht wahr?“) Herr Abgeordneter Laurich, ich will Sie da jetzt nicht in irgendeine Enge bringen. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Laurich. — Landeshauptmann Doktor Niederl: „Was wäre in Schladming, wenn es ein Privatzimmervermietungsgesetz gäbe?“) Nein, das hat nicht er gefordert. So vorsichtig ist er schon. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das hat der Dr. Dorfer gefordert!“ — Heiterkeit.) Laurich hat das Fremdenverkehrsgesetz gefordert. Das ist im Rohbau fertig und das hoffen wir dann in entsprechende Beratung zu nehmen. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wann ist die Gleichfeier?“) Sebastian möchte auch eine Einladung.

Was die Frage der Privatzimmervermietung angeht, so sind die Dinge hier noch nicht so weit ausgereift, als daß ich jetzt in der Lage wäre, sofort und spontan Stellung zu nehmen. Was ich mir vorstelle, ist mir klar, aber ich bin ja nicht verpflichtet, es sofort zu sagen.

Nun, meine Damen und Herren, ich habe versprochen, kurz zu sein — es ist mir das fast gelungen. (Abg. Schön: „Dir werde ich eine neue Uhr kaufen!“) Es war kein Wahlversprechen! Ich bin von dieser Stelle aus verpflichtet, ein herzliches Danke zu sagen, ein herzliches Danke der ganzen steirischen Fremdenverkehrsgemeinschaft, allen, die in ihr tätig sind, allen Organisationen und allen Vereinen und allen, die mit dazu beigetragen haben, daß der

steirische Fremdenverkehr ein Wirtschaftsfaktor wurde, auf den die Steiermark für die Gegenwart und für die Zukunft nicht nur mit Genugtuung blicken kann, sondern auf den sie auch im Hinblick auf seine Bedeutung ein wenig stolz sein darf. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Wir kommen nun zum dritten und letzten Teil der Gruppe 7, „Wirtschaftsförderung“. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zoisl. Ich erteile es ihm.

Abg. Zoisl: Herr Präsident, Hohes Haus!

Wenn auch ich zu einer Gruppe Stellung nehme, die in den Bereichen der Landwirtschaft eingeordnet ist, so deswegen, weil es sich gleichfalls um ein Naturprodukt handelt. Ein weiteres Moment ist auch, daß die beiden Landeshauptmänner Ehrenhutträger des Bergbaues sind, diese wurden ihnen am vergangenen Sonntag in Zangtal verliehen.

Aber zum Bergbau im allgemeinen: Die Steiermark gewinnt aus den Kohlengruben der GKB rund 30 Prozent der österreichischen Braunkohlenförderung. Es werden im heurigen Jahr rund 2,4 Millionen Tonnen sein. Wir rechnen auch trotz der Stilllegung von Frantschach und von Pölfing-Bergla, daß wir im kommenden Wirtschaftsjahr bei knapp über zwei Millionen Tonnen liegen werden.

In den Jahren 1974 und 1975 wurde durch die GKB ein ausgedehntes Bohrungsprogramm durchgeführt, Auftraggeber war das Handelsministerium mit Minister Staribacher. Die Ergebnisse waren für das Unternehmen derart erfreulich, daß man die Aussage machen kann, daß wir die abbauwürdigen Kohlenvorräte mit 1. Jänner 1975 um 17,2 Millionen Tonnen auf rund 49 Millionen Tonnen erhöhen konnten. Den GKB gelang es als einzigem österreichischen Kohlenvorkommen bzw. Kohlenunternehmen, die Vorratsbasis beträchtlich zu erweitern und zu steigern. Die Hauptmenge dieser nachgewiesenen Kohle liegt im Bereich Oberdorf—Voitsberg. Wir hoffen, daß wir im nächsten Jahr mit den Aufschlußarbeiten für den Großtagbau beginnen können. Allerdings wird auf Grund der großen zu bewältigenden Abraummengen eine Inbetriebnahme erst 1980 möglich sein. Immerhin ist das Braumgut im Umfang von 139 Millionen Kubikmeter zu bewältigen und wir freuen uns, daß unsere aufgelassenen Tagbaumulden hiezu entsprechend Gelegenheit geben, das Braumgut abzulagern. Somit kann auch das Projekt einer Mülldeponie Karlschacht fallengelassen werden und wird uns hier besser Gewähr geboten, das Braumgut unterzubringen.

Im Jahr 1975 wurde der Aufschluß des Zangtal-Unterflözes fertiggestellt und Mitte November die Kohlenförderung aufgenommen, nachdem sich die Lieferung von Geräten und Maschinen um rund drei Monate verzögert hat. Der Abbau dieses Flözes läßt eine Lebensdauer von zirka acht Jahren erwarten und sichert rund 250 Kollegen den Arbeitsplatz. Aus Mitteln der Bergbauförderung wurden hiezu 42 Millionen Schilling, von der Steiermärkischen Landesregierung 10,7 Millionen Schilling und noch weitere 4,3 Millionen Schilling von seiten der Landesregierung bei Rechnungslegung zur Verfügung gestellt oder in Aussicht gestellt.

In Pölfing-Bergla wird die Förderung Ende Dezember eingestellt. So bedauerlich dieser Schritt ist, so haben wir sicher alle miteinander und auch die im Bergbau Beschäftigten kein Recht, vorwurfsvoll den einen oder anderen anzugreifen. Ich war auch im vergangenen Jahr bei der Bergbaukonferenz in Pölfing-Brunn, zu welcher der Herr Landeshauptmann geladen hatte. Ich glaube, alle Stellen waren bemüht, das Problem im Sinne der Belegschaft zu lösen. Leider ergibt sich auf Grund der minderen Kohlenvorkommen, auf Grund der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens keine andere Möglichkeit. Allerdings besteht die hoffnungsvolle Aussicht, daß die Wolfram-Hütte Ende 1976 in diesem Gebiet die Arbeit aufnehmen wird, daß ein Großteil der in Bergla beschäftigten Kollegen dort Arbeit finden wird und daß der übrige Teil arbeitsmäßig dahingehend gesichert ist, daß ein Angebot vorliegt, im weststeirischen Revier nach Kohle graben zu können und daß wir in einer Art Schließungsprämie den Kollegen immerhin auch eine Absicherung geben können, die auch den Vorstellungen der Betriebsfunktionäre gerecht wurde.

Die Situation im Bergbau selbst hat seit der Ölkrise etwas Auftrieb erhalten, wenn auch nicht für den Bergmann im einzelnen, so doch für den Bergbau, da die Einstellung der Öffentlichkeit zum Bergbau eine bessere geworden ist. Wir glauben, daß die letzten Jahre das Gesamtbild der Energieversorgung entscheidend beeinflusst haben.

Wir möchten aber als Reviervertreter anmerken, daß es uns nicht nur um die Impulse auf die Wirtschaft geht, die wir in der nächsten Zeit im Raume Voitsberg mit dem Bau des „ODK-Voitsberg 3“ erfahren werden — es wird immerhin mit über zwei Milliarden Schilling ein Kraftwerk erbaut. In einem Antrag der sozialistischen Genossen wurde gefordert, die Fernwärme in diesem zu erbauenden Kraftwerk zu nützen. Der Bergbau allein hat sicher noch 25 bis 30 Jahre seine Lebensberechtigung und was dann? Hier müßten nach unserer Ansicht Strukturverbesserungsmaßnahmen getroffen werden, einerseits durch den Ausbau des Straßennetzes, andererseits müßten zukunftssträchtige Betriebe schrittweise in unser Gebiet gebracht werden. Wir glauben und hoffen, daß die Fabrikshallen von JUNIOR durch eine Förderung wieder einer zukunftssträchtigen Sparte Arbeit geben können.

Wir hoffen, daß die gute Gesinnung uns gegenüber in diesem Hohen Haus, die in den letzten Tagen anlässlich der Barbarafeier durch die Verleihung des Doktorhutes an die beiden Landeshauptmänner — wir Knappen sagen, das war ein „Ehrenhauersprung“ unserer beiden Regierungsmitglieder — dokumentiert wurde, weiter anhält, denn für die Aufschließung des Großtagbaues brauchen wir sicher wieder Geld, das nur die öffentliche Hand finanzieren kann und bitten um Unterstützung aus diesem Haus. Ich danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pölzl.

Abg. Pölzl: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit 15 Jahren habe ich die Ehre, beim Budget

in diesem Hohen Haus dabei sein zu dürfen und es war jedesmal der Fall, daß die „Wirtschaft“ in einer sehr „verbrauchten Atmosphäre“ drangekommen ist. Die Wirtschaft, und ich meine jener Teil, der dafür verantwortlich ist, daß alles, was vorher besprochen, gefordert und gesagt wurde, überhaupt ermöglicht werden kann. Der wichtigste Teil, wie ich meine, ohne arrogant zu sein, kommt zu einem Zeitpunkt, in dem die Damen und Herren Kollegen schon auf die Uhr schauen und sagen: „Es ist entsetzlich, wir sitzen schon drei Tage da und haben eigentlich das Wichtigste noch nicht hinter uns gebracht!“ Nun, meine Aufgabe heuer ist es, zu zwei Punkten Stellung zu nehmen: Zur praktischen Betriebsberatung, die vor vier Jahren gegründet wurde und zum Exportring bzw. zur Frage des österreichischen Exportes. Insgesamt sind das 4,280.000 Schilling im Voranschlag 1976 — kein wesentlicher Betrag, für den ich mich bei den Damen und Herren des Hohen Hauses bedanken möchte, daß er eingesetzt ist, daß er gegeben wird und daß er etwas ermöglicht, was vielen Menschen in diesem Lande zugute kommt.

Die praktische Betriebsberatung, die im Rahmen des steirischen Modells der Wirtschaft geschaffen wurde — nicht zu verwechseln, Herr Kollege Turek, mit dem „Steirischen Herbst“, es braucht kein Gruseln dabei sein (Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: „Das war völlig überflüssig!“) — Herr Präsident, ich habe dabei nicht an dich gedacht —, wurde eingerichtet, weil man draufgekommen ist, daß der Unternehmer genauso dem Wandel der Zeit unterliegt wie alles übrige in diesem Lande, weil er eine Beratung braucht, um die geänderte Situation sofort oder so schnell als möglich zu erkennen, um sich noch rechtzeitig umzustellen. Wenn wir daran denken, daß wir im Laufe des Jahres von dieser Stelle aus sehr oft Probleme der Wirtschaft besprochen haben und Probleme, die dann den einzelnen berühren, besprochen haben, dann sieht man, wie wichtig es ist, daß die Unternehmer einen Beratungsdienst haben. Es wurden über 1690 Betriebe vom Jänner bis Oktober in der Steiermark beraten und zwar in betriebswirtschaftlichen Fragen, in fachtechnischen, in bautechnischen, in werbetechnischen Fragen, in ladenbautechnischen Fragen — ein Ausdruck, der für viele vielleicht etwas Neues bedeutet —, in Kreditfragen und in verschiedenen Fragen des Raumes, in dem sich der Betrieb befindet. Diese Beratung hat vielen Unternehmern geholfen, die Arbeitsplätze, die er zu vergeben hat, zu sichern, aber auch geholfen dem Unternehmer selber, wo er allein tätig war, seinen eigenen Arbeitsplatz zu sichern.

Wir werden im nächsten Jahr eine Schwerpunktaktion, die heuer im Bezirk Feldbach durchgeführt wurde, bei der 220 Betriebe, die sich dem Fremdenverkehr widmen, beraten wurden, auf das ganze Land Steiermark übertragen, um so dem Fremdenverkehr von der Unternehmerseite her zu helfen und weiter zu unterstützen, damit er effektiver werden kann. Es gibt sechs Mitarbeiter bei diesem Verein der praktischen Betriebsberatung, die sich eine 40-Stunden-Woche nicht leisten können, die ständig unterwegs sind und die sehr viel Idealismus zum Nutzen unseres steirischen Volkes aufgebracht ha-

ben. Ich möchte allen danken, die das unterstützt haben, Ihnen, meine Damen und Herren in diesem Hohen Haus, daß es weiter gesichert bleibt, und den Mitarbeitern und auch jenen, die sich beraten lassen, denn das ist gar nicht so ein einfaches Problem: Der Unternehmer drängt sich nicht so sehr zur Beratung, weil er meint, er weiß es ja eh, er merkt den Wandel nicht so schnell, wie es notwendig ist. Daher meinen Dank.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Frage, die ich vielleicht mit sehr vorsichtigen Worten anbringen möchte. Ich spreche nicht von einer Katastrophe oder von sehr großer Gefahr, aber ich möchte sehr eindringlich sagen: Von Jänner bis Oktober des heurigen Jahres ist der österreichische Export um drei Prozent zurückgegangen, und zwar in Ziffern: von 110 Milliarden im Jahr 1974 auf 107 Milliarden im Jahr 1975 in den ersten zehn Monaten. Man kann schon mit großer Wahrscheinlichkeit sagen, daß etwa 4 Milliarden Schilling weniger Umsatz sein wird im Außenhandel, das heißt, daß um 3,5 Prozent weniger ins Ausland verkauft wurde, in Schillingen ausgedrückt. In Wirklichkeit ist es aber ein Rückgang, der, wenn man die Inflation betrachtet, an die 10-Prozent-Grenze gerechnet werden muß. Ich sage noch einmal, Herr Präsident Ileschitz, die Ziffern, wenn Sie sie sich aufschreiben wollen: 110 Milliarden Schilling vom Jänner bis Oktober, 107 Milliarden Schilling heuer, das sind um 3 Milliarden Schilling weniger. Wenn Sie die Inflation rechnen, denn die Güter wurden ja teurer, ist also mengenmäßig rund um zehn Prozent weniger verkauft worden als in der übrigen Zeit. Darum sage ich Ihnen, man muß es ernst nehmen, es bricht ja nicht die Welt zusammen, nur, ein Rückgang von zehn Prozent — in Schillingen allein sind es über 3,5 Prozent — setzt natürlich Arbeitsplätze frei und bringt noch etwas, was erst viel später erkannt wird und viel später spürbar ist. Wenn man beim Auslandsgeschäft einen Markt verloren hat, dann kann man nicht einen Knopf drücken und sagen: „Die Situation hat sich geändert, jetzt will ich wieder diesen Markt voll beherrschen“, dann dauert es bis zu zehn Jahre, bis man einen Auslandsmarkt wieder erobert hat, bis das Vertrauen wiederhergestellt ist. Das ist ein ganz sensibles Instrument, das man auch nicht politisch betrachten kann, wenn man meint, daß wir Österreicher nur auftreten müßten und die anderen würden kaufen. Es ist ja sehr bedenklich, daß die Verkäufe österreichischer Güter in die Schweiz im heurigen Jahr um 2,7 Milliarden Schilling zurückgegangen sind (Abg. Ing. Turek: „Langsam, ich schreibe auch mit!“), nach England um 900 Millionen Schilling und nach Amerika um 1,1 Milliarden Schilling. Wir konnten in Afrika und in Asien je um eine Milliarde Schilling mehr verkaufen, vor allem bei den Öländern. Aber wenn wir im Jahr 1976 einen gleichen Prozeß vorfinden, dann, Herr Präsident Ileschitz, ist das ein Einbruch in den Export, den wir alle, wie wir hier sind, sehr spüren werden. (Abg. Ing. Turek: „Du ruderst wie der Zinkanell!“) Es wird weniger produziert, wenn weniger verkauft wird, es wird das, was produziert wird, teurer produziert. Es wird das Vormaterial, weil nicht mehr in der gleichen Menge, teurer eingekauft, es gibt also eine

Kette von Problemen, die wir alle gemeinsam sehr ernstnehmen müssen. Das ist vielleicht ein Vorwurf an die Bundesregierung, man hat hier, gerade bei diesem Punkt leichtfertig von flankierenden Maßnahmen gesprochen. Man hat zweimal den österreichischen Schilling aufgewertet und hat Maßnahmen versprochen, um es den Export in keiner Weise spüren zu lassen. Es ist nicht gelungen, das beweist also die Ziffer. Es ist der Bundesregierung nicht gelungen, einen Rückgang des Verkaufes österreichischer Waren in das Ausland zu verhindern. (Abg. Ileschitz: „Das war doch eine weltweite Rezession, das müssen Sie doch ins Kalkül ziehen! Es ist doch ein Unsinn zu sagen: ‚Die Bundesregierung‘, dabei wissen Sie ganz genau, wie die internationale Verflechtung der Wirtschaft ist!“) Herr Präsident Ileschitz, ich kenne die internationale Verflechtung der Wirtschaft, ich nehme an, ich kenne es ein bisserl, sehr gut ja auch nicht, aber ich bin nicht so überheblich wie manche Herren in der Bundesregierung, die hier herumwerfen mit ausländischen Abnehmern, ausländischen Staaten und die vor allem mit der Währung so manipulieren, nur aus innerparteilichen politischen Gründen, denn für die zweimalige Aufwertung des österreichischen Schillings war ja in gar keiner Weise die Voraussetzung gegeben. (Abg. Ileschitz: „Wie können Sie das feststellen?“) Das war doch ein rein politischer Akt. (Abg. Preamberger: „Wirtschaftspolitik!“) Fragen Sie die Puchwerke, warum sie nach Amerika keine Fahrräder verkaufen! Sie haben schon einmal in diesem Hohen Haus erklärt, daß das Management schlecht war. (Abg. Preamberger: „Die Dollarabwertung!“) Es gibt da andere Gründe. (Abg. Preamberger: „Die Dollarabwertung war schuld!“) Herr Kollege Preamberger, wir treffen uns, nämlich Schillingaufwertung oder Dollarabwertung ist das gleiche. (Abg. Preamberger: „Wenn der Dollar von 25 Schilling auf 16,30 oder 16,40 Schilling fällt, wie es war, ist das eine Katastrophe!“) Ich danke Ihnen für die Hilfe, die Sie mir gegeben haben, ich habe das gleiche gesagt. Wissen Sie, das ist so ähnlich wie beim Steirischen Herbst: Haben Sie jetzt das Glas halbleer oder halbvoll? Wir haben den Schilling aufgewertet und das hat die Dollarabwertung ergeben und das, Herr Kollege Preamberger, ist der Grund, warum nicht exportiert werden konnte, warum heute ein österreichisches Fahrrad nicht nach Amerika verkauft werden kann. (Abg. Ileschitz: „Die Schillingaufwertung ist schuld!“ — Landesrat Bammer: „Um wieviel hätten wir den Schilling abwerten müssen, damit sie verkauft worden wären?“ — Abg. Ileschitz: „Auf 50 Groschen!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist eine unzulässige Frage!“) Wenn der Schilling gleichgeblieben wäre, hätte es diese Probleme nach Aussagen der Fachleute, bei den Puchwerken nicht gegeben. (Abg. Ileschitz: „Wer sind die Fachleute? Wer hat Ihnen den Unsinn erzählt von den Puchwerken? Wer ist der Fachmann?“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Herr Kollege Ileschitz, Unsinn ist doch ein unpassendes Wort!“ — Abgeordneter Ileschitz: „Aber das ist doch ein Unsinn!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Aber die Meinung darf er doch äußern!“ — Präsident: „Ich bitte den Redner fortzufahren!“) Herr Präsident Ileschitz, ich bin überzeugt davon, daß es in der Arbeiterkammer Fach-

leute gibt, die Ihnen die nötigen Unterlagen besorgen können, wie sehr sich die Abwertung oder Manipulation bei einer Währung auf die Möglichkeiten des Verkaufs, auf die Möglichkeiten der Arbeitsplätze, aber auch auf die Möglichkeiten der Löhne, steigend oder fallend, bezieht. Meine Aufgabe sehe ich darin, in diesem Hohen Haus auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß über 3000 Millionen Schilling von Jänner bis Oktober im heurigen Jahr weniger ins Ausland verkauft wurden. Ich nehme die Fachleute, von denen auch einige Ihrer Partei angehören, sehr ernst. (Abg. Ileschitz: „Ich möchte nur wissen, wer der Fachmann war!“) Herr Präsident Ileschitz, man rechnet also mit 4000 Millionen Schilling weniger Export im Jahr 1975 nicht deswegen, weil irgend jemand aus Bösartigkeit nicht verkaufen wollte und auch nicht wegen der Rezession. Wenn Sie sich das nämlich anschauen, daß der Verkauf in die Schweiz um 2,7 Milliarden Schilling zurückgegangen ist, dann sagt Ihnen das etwas, denn in der Schweiz sind diese Rezessionsprobleme nicht aufgetreten. (Abg. Ileschitz: „Frag' einmal die Schweizer, um wie viele Millionen oder Milliarden Schweizer Franken jährlich verkauft wird!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der Schweizer Franken ist überbewertet; er ist viel zu teuer!“) Der Schweizer Franken ist nicht vom Schweizer Bankpräsidenten oder von der Schweizer Regierung manipuliert, sondern der ist von den übrigen Währungen hinaufgezogen worden und die Schweiz muß intervenieren, um den Wert ihres Geldes in Grenzen zu halten. (Abg. Ing. Turek: „Nein, du bist schon ein Märchenerzähler!“) So ähnlich hat man es vorher bei der Deutschen Mark gemacht. Die Deutschen haben Milliarden aufgekauft — Dollar noch und noch — bis es dann zur offiziellen Abwertung des Dollars gekommen ist. (Abg. Ing. Turek: „Wir haben hier keine Märchenstunde da! Sie erzählen uns da schöne Geschichten!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß es auch angebracht wäre, Herr Präsident Ileschitz, wenn Sie Ihre Fachleute dem Kollegen Turek zur Verfügung stellen, denn ich glaube, er wünscht auch hier nähere Unterlagen zu bekommen. (Abgeordneter Ing. Turek: „Wir haben hier keine Märchenstunde, lieber Kollege Pölzl! Das mag ja amüsant sein, aber jetzt stellen sich die Haare zu Berg bei diesem Blödsinn. Entschuldige schon!“)

Man muß nicht auf jeden Zwischenruf eingehen und ich darf Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend folgendes sagen: Wenn die Bundesregierung annimmt, man kann mit politischen Thesen den Weltmarkt beeinflussen oder beherrschen, wenn die Bundesregierung annimmt, man kann mit politischen Phrasen Arbeitsplätze sichern und im Inland Wertschöpfung sichern, dann wird sie von der Wirklichkeit eines Besseren belehrt werden. Unsere Aufgabe als steirische Abgeordnete ist es, die steirische Bevölkerung zu vertreten, sie aufzuklären und auf solche Mißmeinungen der Bundesregierung oder der sozialistischen Mehrheitspartei aufmerksam zu machen, das über alle Parteigrenzen hinweg. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Pinegger hat das Wort.

Abg. Pinegger: Herr Präsident, Hohes Haus!

Lassen Sie mich, beeindruckt von den letzten Barbara-Feiern, die wir im weststeirischen Raum unter der Devise „Das steirische Klima ist nicht tot“ anlässlich dieser Barbara-Woche durchführten, folgendes sagen: Mein Kollege Peter Zoisl hat hier wunderbar ausgeführt, daß Herr Landeshauptmann Dr. Niederl, Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian und Präsident Ileschitz zu Ehrenhauern befördert wurden und den „Ledersprung“ nach Bergmannssitte gewagt haben. Anlässlich dieser Barbara-Feiern wurde, auf den Bergbau bezogen, „grünes Licht“ im Zusammenhang mit der Erschließung des Unterflözes Zangtal gegeben. Dieses grüne Licht wurde aber auch im gleichen Atemzug von der Auskohlung des Franz-Schachtes in Köflach und Lankowitz, sowohl Grube als auch Tagbau, überschattet. Die Prospektierung — und zwar unter Einsatz von Mitteln des Bundes, aber auch des Landes — wird nunmehr in Erfüllung des wirtschaftspolitischen Konzeptes des Bezirkes zur Durchführung gelangen.

Die Arbeitsmarktlage, meine Damen und Herren, im Bezirk Voitsberg ist nach wie vor eine trübe. Es zeichnet sich auch kaum ein Bild der Hoffnung ab, und ich darf Ihnen hier ganz kurz die Sorgen dieses Industrieraumes darlegen. Die Metall- und die Textilindustrie haben arge Rückschläge zu verzeichnen. In weiterer Folge scheinen Strukturschwächen der heimischen Glasindustrie auf. Diese sind überwiegend auf den Rückgang des Exportes in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen; zusätzlich auch noch auf die Konkurrenz im Zusammenhang mit der Ostliberalisierung — Glas von Polen und Rußland hat den deutschen Raum erobert und uns dort zum Teil verdrängt. Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Junior-Werke wurde in diesem Hohen Haus schon oft diskutiert. Wir haben aber — und auch wir selbst als Vertreter des Bezirkes — noch keinen Weg gefunden, der diese leerstehenden Fabrikhallen, die von einstiger Blüte Kunde hinaus in diesen unseren Raum tragen, wieder mit neuem Leben zu erfüllen in der Lage ist. Weitere Betriebe, meine Damen und Herren, wie DAU und Seiffert im Raume Ligist, sind durch das Zugrundegehen des Mutterwerkes in Deutschland in ärgste Schwierigkeiten gekommen. Vom Schicksal der Betriebsgründungen in diesem unserem weststeirischen Raume wissen viele Bürgermeister ein Lied zu singen. Ich darf stellvertretend den Bürgermeister der Marktgemeinde Maria Lankowitz anführen, der schon drei praktisch sterbende Betriebe in seiner Gemeinde registrieren mußte.

Diese Situation, meine Damen und Herren, veranlaßte die Bundesregierung, und dies ist sicher lobenswert, in dieser Phase des Höhepunktes wirtschaftlichen Niedergangs einen Krisengipfel in unserem Raume zu kreieren. Wir selbst, und zwar hier auch wieder im Sinne des steirischen Klimas, waren bei diesem Krisengipfel zugegen. Wir haben dort Ankündigungen vernommen, die uns wieder voll Hoffnung, bezogen auf eine wirtschaftliche Belebung, erfüllen. Bis dato, meine Damen und Her-

ren, zählt aber — und hier bediene ich mich einer Äußerung von Sozialminister Häuser, der erst jüngst via Fernsehen, aufgrund einer Rundfrage von einem Reporter auf die Frage hin, wie die wirtschaftliche Situation in diesem weststeirischen Raum sei, offen diese Stellungnahme abgab — der Raum Voitsberg—Köflach und in weiterer Folge auch der Raum Feldbach nach wie vor zu den Krisengebieten der Steiermark. Der Bezirk Voitsberg hat gegenwärtig den höchsten Stand an Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt. Wird die Saisonarbeitslosigkeit, die sicher jahreszeitlich bedingt zutage tritt, mitberücksichtigt, haben wir ca. 1500 Arbeitslose zu verzeichnen.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten (Abg. Zoisl: „Kurzarbeit!“) — ja, lieber Kollege Zoisl, die Kurzarbeit ist eine moderne Umschreibung einer bestimmten Art der Arbeitslosigkeit, das möchte ich nur einblendend bemerken — darf ich ganz besonders den Stellen des Landes herzlichst Dank sagen, für eine Spontanreaktion zugunsten vieler Familien, die, da sie Doppelverdiener waren, mit dem Hausbau begonnen hatten und zur Zurückzahlung von Wohnbaurdarlehensmitteln verpflichtet waren. Da hat das Land spontan gehandelt, und hier darf der Rechtsabteilung 14 herzlichst gedankt werden. In der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg waren 2 Sprechtaggerade für diese Fälle anberaumt, um diesen Menschen in dieser schwierigen Zeit der Arbeitslosigkeit die Rückzahlungsraten zu stunden. Ich darf dafür danken.

Im Zusammenwirken mit den Interessentenvertretungen und hier auch der politischen Parteien des Bezirkes, der Gemeinden und der Steiermärkischen Landesregierung und des Bundes sind für diese Region in Zukunft Maßnahmen zu setzen. Über 14.000 unselbständige, erwerbstätige Menschen bangen hier um den Arbeitsplatz. Ich darf Ihnen hier dokumentieren, daß wir auf der Basis der Zusammenarbeit weit über die politischen Grenzen hinaus uns bemühen werden, Hand in Hand zu versuchen, diese Probleme zur Befriedigung dieser Menschen in diesem Raum zu klären.

Darf ich Ihnen kurz einen Maßnahmenkatalog, der wieder einen Querschnitt dieser Zusammenarbeit darstellt, in die sowohl die Kammern, ob nun Arbeiterkammer oder Handels- und Gewerbekammer, und die Gewerkschaft hier miteinbezogen sind, vorlegen. Wir bitten die Vertreter dieses Hohen Hauses, mit uns auch Sprachrohr für diese Region zu sein. Lassen Sie mich nun diese Maßnahmen im einzelnen anführen: Erstens: eine rasche Fortsetzung der Aufschließung der durch die Prospektion gefundenen Braunkohlenvorkommen in diesem Raum und die Bereitstellung der nötigen Mittel hiezu. Zweitens: die Errichtung des kalorischen Kraftwerkes 3 im Raume Voitsberg so schnell als möglich. Drittens: die Ansiedlung eines Betriebes als Ersatz für die Junior-Werke, damit wieder neues Leben aus diesen Ruinen erblühe und damit dort wieder — und das ist auch eine Sorge des Bezirkes — die Frauen beschäftigt werden können, die ja sicher ganz besonders in diesem unseren Raum schwerpunktmäßig zu den Opfern dieser Betriebsschließung wurden. Viertens: die forcierte Förderung

der heimischen noch gesunden Betriebe, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Des weiteren die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe und hier vor allem der Familienbetriebe, die noch eigenständige Unternehmerinitiative an den Tag legen und die somit ein Garant sind, daß auch in diesen kleinsten Bereichen die Arbeitsplätze gesichert werden können. Hinter einem Arbeitsplatz steht immer das Schicksal einer ganzen Familie.

Diese Maßnahmen, würde ich sagen, sind kurzfristige Maßnahmen. In weiterer Folge wären auch noch Maßnahmen, die man unter der Devise mittelfristig darlegen könnte. Hier wieder: Erstens: die Unterstützung von heimischen Unternehmen und Bereitstellung von ERP-Mitteln, die langfristig und zinsbegünstigt zum Investitionsanreiz gewährt werden sollen. Des weiteren der Ausbau des Telefonnetzes und der hiezu notwendigen Wählerämter.

An langfristigen Maßnahmen, und hier, meine Damen und Herren, das wird wohl das Zusammenwirken eben der vorgenannten Institutionen, Interessenvertretungen, Gemeindevertretungen sowie in weiterer Folge Land und Bund betreffen. Wir fordern für diesen unseren Raum — und das ist hier praktisch keine Setzung von Prioritäten, sondern das ist vielleicht egoistisch bezogen auf unseren Raum ein vorrangiges Problem — den raschen Weiterbau der Autobahn Süd in Richtung Kärnten, dann die Fertigstellung der Gaberl-Bundesstraße. Ich habe heute, ich glaube vom Abgeordneten Lind, im Zusammenhang mit Straßenbauvorhaben die Begriffsbestimmung „Stiefkind“ vernommen und habe auch so das leichte Gefühl, daß dieser berühmte Tausch Soboth — Gaberlstraße dem Bezirk Voitsberg nicht zum Vorteil gereichte. Diese Gaberlstraße ist in der Schau des Bundes eben doch ein Stiefkind. Des weiteren, meine Damen und Herren, gerade diese Gaberlstraße würde eine Verbindung unseres Bezirkes mit dem Norden schaffen und würde in den industriellen Raum Judenburg münden. Der Ausbau der B 70, der Pakker-Bundesstraße, zu einer Schnellstraße, ist ein Wunschtraum des um die Existenz ringenden Bezirkes Voitsberg und zwar von Söding bis zum Autobahnanschluß und in weiterer Folge auf die Pack. Ich habe es bei der Darlegung der Wünsche in Zusammenhang mit den schulischen Sorgen in unserem Raum dargelegt: Es sollte eine höhere technische Lehranstalt errichtet werden, die damit einen Beitrag leisten könnte, daß wir hochqualifizierte Fachleute auf dem Metallsektor in unserem Raume selbst ausbilden könnten.

Hohes Haus, dieses Forderungsprogramm für eine Region, die um die wirtschaftliche Existenz ringt, geht uns alle an. Ich appelliere vor allem an dich, lieber Kollege Peter Zoisl — ich darf sagen, die Zusammenarbeit ist bei uns auf dieser Bezirksebene gegeben —, ich appelliere in weiterer Folge an die Vertreter des Landes und nicht zuletzt an die Vertreter des Bundes. Wenn im Zusammenwirken all dieser Kräfte für diesen unseren Bezirk wieder eine Aufwärtsentwicklung gegeben wäre, dann würden wir uns glücklich schätzen. Darf ich mit Goethe schließen und darf ich die Hoffnung in diesen Raum stellen, das sagt sich jeder innerhalb unseres Be-

zirkes: „Oh glücklich, wer noch hoffen kann.“ Enttäuschen Sie Hoffende nicht. In diesem Sinne erlaube ich mir, die Sorgen dieses weststeirischen Industrieraumes darzulegen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kollmann.

Abg. Kollmann: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn Sie gestatten, darf ich mich eingangs meiner Ausführungen zum Thema „Wirtschaft und Wirtschaftsförderung“ mit fremden Federn schmücken. In der Heiligen Schrift steht der beunruhigende Traum des Pharaonen aufgezeichnet. Es handelt sich um die Geschichte von den sieben mageren Kühen, die die sieben fetten im Heißhunger verschlingen. Der ägyptische Josef hat diesen Traum gedeutet und wurde beauftragt, die ökonomischen Konsequenzen zu ziehen. Dieser ägyptische Josef schöpfte den Überfluß der sieben fetten Jahre vom flachen Land ab, er ließ das Getreide in die Städte bringen und häufte es dort auf, wie Sand am Meer. Ganz anders hat sich unsere Bundesregierung verhalten, sie hat zwar auch den Überfluß in der langen Periode der Hochkonjunktur eifrig abgeschöpft, dem einzelnen Unternehmer hat sie die Bildung von Reserven weitgehend unmöglich gemacht, auch sie hat den gesammelten Ertrag dieser glücklichen, hinter uns liegenden Periode behandelt wie Sand am Meer. Sie hat ihn ausgestreut für eine ehrgeizige Reformpolitik. Reserven aber für die mageren Jahre, die nach menschlicher Erfahrungen sicherlich nicht ausbleiben konnten, hat sie leider nicht gebildet. Sie hat sie nicht gebildet und ist daher auch nicht imstande, eine echte Konjunkturpolitik zu betreiben.

Meine Damen und Herren, das waren fremde Federn, denn mit diesen Gedanken hat der Herr Präsident der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark, Hans Mayer-Rieckh, am 2. Dezember des Vorjahres die Kammervollversammlung eröffnet. Dieser Vergleich, angestellt von einem integren und erfahrenen Wirtschaftsfunktionär, traf damals den Nagel auf den Kopf und trifft ihn noch heute. Denn damals, vor einem Jahr, hoffte man noch offiziellerseits, daß es sich trotz der drohenden Gewitterwolken nur um einen kurzen, konjunkturellen Platzregen handeln werde, der da auf Österreichs Wirtschaft niedergehen würde. Aber die von der Bundesregierung noch vor Jahresfrist vorhergesagte Aufheiterung erfolgte nicht, es kam ein kalter, anhaltender Landregen, sein Ende kann noch nicht abgeschätzt werden, die ersten Konjunkturschwalben sind noch nicht am Himmel aufgetaucht. Und die Inflation bekommt nun schon einen unangenehmen Bundesgenossen: die Arbeitslosigkeit. Damit droht sie zur wirtschaftsgefährdenden Stagflation zu werden. Die Wirtschaft, übrigens schon lange Opfer ungerecht verteilter Stabilisierungsversuche, ist zusehends in Unordnung geraten. Die katastrophal gewordene Ausgabenwirtschaft des Bundes trifft zwar alle Staatsbürger, die dadurch erzeugte Inflation aber zwingt zu weiterem inflationärem Verhalten.

Meine Damen und Herren, wenn der Unternehmer seine Preise erhöhen muß, weil er den Tarif- und Steuererhöhungen des Bundes folgen muß, wird er zum Preistreiber gestempelt. Wenn der Herr Finanzminister Tarife und Steuern erhöht, dann klingt das so, wie es der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede formulierte: „Mit der Erhöhung des vollen Mehrwertsteuersatzes und der Posttarife wird schon jetzt für die folgenden Jahre vorgesorgt, um die konjunkturbedingte Öffnung der Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verringern. Diese Maßnahmen wurden aus wirtschaftlicher Verantwortlichkeit getroffen.“ Nun, meine Damen und Herren, ich muß doch sagen, aus wirtschaftlicher Verantwortung Steuern erhöhen, Tarife erhöhen, das kann doch nicht ganz stimmen. Wenn wir als Unternehmer das tun, weil wir eben diesen Tarifierhöhungen und Steuererhöhungen folgen, dann haben wir selbstverständlich auch eine Schere zu schließlich, wir aber werden als Preistreiber bezeichnet.

Meine Damen und Herren, an die Stelle der freien Marktwirtschaft tritt nun die Reglementierung. Man spricht von überhöhten Handelsspannen, man spricht von Unternehmergewinnen, die gigantisch seien, wider besseren Wissens natürlich. Denn der 1970 bei 64 Prozent gelegene Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen wird 1975 auf 72 Prozent gestiegen sein, während der Anteil der Einkommen aus der Unternehmertätigkeit im selben Zeitraum von 36 Prozent auf 28 Prozent zurückgegangen sein wird. Die Folge davon sind negative Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit und damit die Gefährdung der Arbeitsplätze. In dieselbe Sackgasse führen auch der zunehmende Mangel an Eigenkapital und die durch die hohen Inflationsraten stark anwachsende Scheingewinnbesteuerung, die in Verbindung mit der progressiven Besteuerung nicht nur zu erheblichen Substanzverlusten der Unternehmer führt und Investitionen zur Produktionsverbesserung überhaupt verhindert, sondern sogar Ersatzinvestitionen in sehr vielen Fällen unmöglich macht. So sieht es aus, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und diese Regierung, die jetzt an der Macht ist, behauptet immer noch, gut zu wirtschaften und die Arbeitsplätze zu sichern.

Wie aber, verehrte Damen und Herren, will man dies bewerkstelligen, wenn die Unternehmer buchstäblich finanziell ausgehungert werden und man sie mit der Steuerschraube praktisch zwingt, auf Rationalisierungsinvestitionen zu verzichten. Damit steigt folgerichtig die Gefahr, daß der Unternehmer konkurrenzunfähig wird und die Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Hohes Haus, es muß wieder einmal klar ausgesprochen werden: Nur wer einen Gewinn erzielt, kann investieren und wer nicht zeitgerecht investieren kann, geht früher oder später zugrunde und damit gehen auch die Arbeitsplätze verloren. Es gibt Alarmzeichen genug. Die Insolvenzen steigen ständig an, Unternehmer müssen sich zu Produktionseinschränkungen entschließen oder sperren zu. Das, meine Damen und Herren, ist keine Art, das freie Wirtschaften zu erhalten, ist auch nicht mit stiller Strukturbereinigung zu bezeichnen. Das, verehrte Damen und Herren, scheinen mir schon

die Früchte bewußter Versuche zur Umgestaltung unseres Wirtschaftssystems zu sein.

Wir, die ÖVP, bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft, denn unsere wirtschaftlichen Ziele sind weltanschaulich fundiert, und wir glauben auch, daß der Weg von der reinen, sozialen Marktwirtschaft zur qualitativen sozialen Marktwirtschaft im Interesse aller Staatsbürger ist, da es uns für die Zukunft angesichts der spürbar werdenden Grenzen eines quantitativen Wachstums wichtiger erscheint, die Produktion und die Leistung eher qualitativ als quantitativ zu verbessern. Aber auch dieses unser Modell von der qualitativen sozialen Marktwirtschaft wird gekennzeichnet sein durch unternehmerische Freiheit, freie Konsumwahl, den ordnenden Wettbewerb und schließlich das Leistungsprinzip. Und dieses Leistungsprinzip, Hohes Haus, hat im Interesse unserer Gesamtwirtschaft für alle zu gelten, für die Unternehmer, für ihre Mitarbeiter, aber auch selbstverständlich für die Lehrlinge.

Apropos Lehrlinge. Wissen Sie, meine Damen und Herren, daß es in der Steiermark rund 32.000 Lehrlinge gibt, die in 10.500 Lehrbetrieben ausgebildet werden? Namens dieser 10.500 Lehrherren verwahre ich mich entschieden gegen die ungeheuerliche Pauschalverdächtigung des Herrn Präsidenten der Arbeiterkammer Ileschitz in seiner Generalrede. (Beifall bei der ÖVP.) Wir Lehrherren, meine Damen und Herren, sind keine Ausbeuter der Lehrlinge. Der Abgeordnete Ileschitz ist leider nicht da, ich müßte ihm ansonsten sagen (Abg. Dr. Dorfer: „Das sind Einzelfälle!“), daß ich ihm selbstverständlich als langjährigen Abgeordneten dieses Hauses vollen Respekt zolle, daß aber dieser Respekt in diesem Augenblick aufhört, in dem er in der Argumentenkiste des vorigen Jahrhunderts kramt und in dieselbe Kerbe wie der Finanzminister schlägt, der vor etwa einem Jahr ebenfalls pauschal die Unternehmer der Steuerhinterziehung bezichtigte. Was würde sich ein Arbeiterkammerpräsident vorstellen, oder wie würde er reagieren, wenn irgendein Handelskammerpräsident auftauchen würde, der plötzlich behauptet, die Gewerkschaften oder die Arbeiterkammer würden die Unselbständigen ausbeuten. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich das einmal vor, was das für ein Rauschen im Blätterwald gäbe, stellen Sie sich, Herr Präsident Ileschitz, einmal vor, wie Sie da reagieren würden. Finanzminister Androsch und Sie, Herr Präsident Ileschitz, verfolgen beide ein und dieselbe Methode. Die Methode ist gleich, der Zweck ist verschieden. Der Finanzminister nannte uns Staatsbürger Steuerhinterzieher, um eine „Aktion scharf“ durchziehen und dann im Anschluß daran — eben nun im kommenden Jahr — die Mehrwertsteuererhöhung durchführen zu können. Und Sie, Herr Präsident, wollen mit Ihrer Aussage, mit Ihren Pauschalverdächtigungen nichts anderes, als das duale Ausbildungssystem umbringen. Aber ich schwöre Ihnen, das wird Ihnen nicht gelingen. (Abg. Premberger: „Denkt niemand daran!“ — Abg. Ileschitz: „Welche?“) Darf ich Ihre Aussage vorlesen, Herr Präsident, ich habe sie hier: „Und wir glauben, daß unsere so arbeitswillige Jugend oft richtig als Kapital einer Nation bezeichnet, nicht für gewisse Lehrherren Zinsen brin-

gen soll, sondern vor etwaigen Übergriffen zu schützen ist." Wer sind diese gewissen Herren? Wer sind diese gewissen Lehrherren? Das ist eine Pauschalverdächtigung. (Abg. Zinkanell: „Das ist eine sonderbare Auslegung, ‚gewisse‘ und ‚pauschal!‘“) Ja, selbstverständlich ist das eine Pauschalverdächtigung. (Abg. Dr. Dorfer: „Gewisse Lehrherren!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ich habe kein schlechtes Gewissen. Bitte kommen Sie zu mir!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Bitte, wenn Sie etwas wissen, dann sagen Sie es hier öffentlich. (Präsident Ileschitz: „Kommen Sie zu mir, dann sage ich Ihnen, wen ich mit den gewissen meine! Ich habe voriges Jahr Namen genannt von gewissen Firmen. Da ist am nächsten Samstag in der ‚Tagespost‘ gestanden: ‚Unfair. Sowas war noch nie da!‘ Kommen Sie zu mir!“) Herr Präsident Ileschitz, ich weiß nicht, ob die von Ihnen vertretenen Arbeitnehmer Ihre Äußerung unterstützen. Ich glaube nicht, daß sie diese Äußerung verstehen würden, da ja die von Ihnen vertretenen Arbeitnehmer letztlich auch Arbeitgeber haben, die ihre Arbeitsplätze sichern. Ich kann sehr gut verstehen, daß Ihnen das nicht paßt, was ich hier sage, denn schon der Karl Farkas hat einmal gesagt, in der politischen Küche kocht man am besten mit der Butter, die die anderen Leute auf dem Kopf haben. Und Sie haben in diesem Fall der Lehrlingsausbildung Butter auf dem Kopf. (Abg. Ileschitz: „Warum regen Sie sich auf? Fühlen Sie sich betroffen?“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist Präpotenz!“ — SPO: „Unerhört!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Die falschen Propheten sind meistens die mit den besten Lungen. Ich hoffe, sie sind nicht unbedingt immer die falschen Propheten. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Nach diesen Bemerkungen, meine Damen und Herren, darf ich eine verfassungsmäßig verankerte Feststellung anknüpfen. (Abg. Ileschitz: „Das sind keine Feststellungen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das sind beleidigende Entgleisungen!“) Ich habe niemand beleidigt, ich habe nur zitiert. Und daß der Herr Finanzminister uns Unternehmer Steuerhinterzieher genannt hat, ist auch belegt. Sie können es in der „Neuen Zeit“ nachlesen. (Abg. Ileschitz: „Sie müssen noch viel lernen!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Preamsberger: „Das ist unfair gegen einen Präsidenten, eine solche Ausdrucksweise! Das ist für die Steiermark eine harte Ausdrucksweise!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Keine Pauschalverdächtigungen!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Auch der Herr Präsident Ileschitz steht nicht unter dem Glassturz, genau so wenig wie der Herr Landeshauptmann oder irgend ein anderer. (Abg. Preamsberger: „Aber ‚Butter am Kopf‘ ist eine Ausdrucksweise, die nicht zu gebrauchen ist!“ — Abg. Dr. Maitz: „Was ist mit dem Wort ‚unanständig‘?“) Ja, das wurde von Ihnen gestern gebracht. (Abg. Dr. Maitz: „Was ist mit dem Wort ‚unanständig‘?“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. Glockenzeichen des Präsidenten. — Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: „Meine Damen und Herren. Herr Abgeordneter Kollmann, ich unterbreche Sie jetzt. Ich möchte die Damen und Herren aufmerksam machen, daß es so wirklich nicht geht,

und ich bin überzeugt, daß in diesem Sturm von Zwischenrufen und Zwischengesprächen manche Verbalinjurien enthalten gewesen sind wie ich jetzt am Schluß gehört habe, Verbalinjurien, die vielleicht einen Ordnungsruf verdient hätten. Ich will jetzt nicht sagen auf welcher Seite, aber ich habe den Eindruck gehabt, daß es eine sehr, sehr ungute und allzu lebhaft stürmische Debatte war, die eigentlich dem Stoff des Redners nicht angemessen gewesen ist. Ich bitte Sie, auf beiden Seiten, meine Herren, die Zwiegespräche, die Sie abseits vom Redner halten, wirklich außerhalb der Landstube zu halten und den Redner endlich fertigreden zu lassen. Ich bitte sehr.“)

Nach diesen Bemerkungen darf ich vielleicht eine verfassungsmäßig verankerte Feststellung treffen. Handel und Gewerbe sind gemäß der Bundesverfassung Bundessache. Ich weiß nicht, ob das der Grund ist, weshalb es sich der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede am 12. November hat angelegen sein lassen, die Bundesländer zur Mithilfe aufzufordern, denn er meinte, zur Unterstützung der budgetären Belebungsmaßnahmen des Bundes wird an die anderen Gebietskörperschaften appelliert usw. usf. Zum Schluß geht es auch um die Kreditaktionen, die die anderen Gebietskörperschaften durchführen sollen. Wobei ja die Gemeinden etwas verschont, aber die Länder auf Grund ihres geringen Verschuldungsgrades, wie der Finanzminister glaubt, stärker zur Kasse gebeten werden. Der Finanzminister hat also die Bundesländer aufgefordert und damit auch das Land Steiermark, konjunkturpolitisch tätig zu werden und Kreditaktionen durchzuführen.

Nun, in der Steiermark hat man die Aufforderung des Herrn Finanzministers vom 12. November 1975 schon im Jahre 1967 ernst genommen und seit dieser Zeit bis heute nicht weniger als 4600 Förderungsfälle mit einer Gesamtsumme von 1,8 Milliarden Schilling erledigt. Über 90 Prozent der Förderungswünsche kamen aus dem Sektor der Klein- und Mittelbetriebe, für die der Kammer-Land-Kredit und die Jungunternehmerförderung geschaffen wurden. In dankenswerter Weise wird diese Art der Wirtschaftsförderung auch im Jahr 1976 fortgesetzt werden. Besondere Bedeutung kommt dabei der seit 1973 existierenden und für Österreich bahnbrechenden Jungunternehmerförderung zu. In etwa 250 Fällen wurde dabei jungen Menschen mit einer Gesamtsumme von 30 Millionen Schilling die Starthilfe für die Gründung oder Verbesserung von Betrieben gegeben.

Vergangene Woche hatte ich Gelegenheit, einigen jungen Kaufleuten aus meinem Bezirk die Lehrabschlußprüfungszeugnisse zu überreichen, sie hatten die Lehrabschlußprüfung durchwegs mit ausgezeichnetem Erfolg bestanden, und ich habe im Anschluß daran mit ihnen ein Gespräch geführt. Ich habe sie auch gefragt, ob jemand von ihnen ins Auge gefaßt hätte, irgend wann einmal selbständig zu werden. „Eigentlich nicht“, war die einhellige Antwort. Allzu großes Risiko, überdurchschnittliche zeitliche Inanspruchnahme, zu hohe Verantwortung und vor allem mangelndes Startkapital, waren die am häufigsten genannten Gründe für ihre vorläufige Entscheidung, nicht selbständig werden zu wollen.

Sicherlich deprimierend für so ein Gespräch, aber zum Glück gibt es immer noch junge Menschen, die bereit sind, unternehmerisches Risiko zu tragen und die Freude am wirtschaftlichen Handeln haben. Da sollte es natürlich an der finanziellen Hilfe nicht scheitern. Wenn auch im kommenden Jahr für die Jungunternehmerförderung nur 4 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden, daher die Darlehensaktion vorläufig eingefroren werden muß, wird doch auf der Zinsenzuschußseite durch den neuen Modus eines kapitalisierten Zinsenzuschusses für maximal 200.000 Schilling eine Mindestanzahl von 100 Förderungswerbern befriedigt werden können.

Aber auch die Kammer-Land-Kredit-Aktion ist für die kleineren und mittleren Wirtschaftstreibenden von außerordentlicher Bedeutung. Allerdings übersteigt der erwünschte Kreditbetrag auf Grund der preislichen Entwicklung schon in sehr vielen Fällen die mögliche Höchstgrenze von 200.000 Schilling. An dieser Stelle müßte eigentlich bereits der ERP-Mittelkredit einsetzen, der bis zu 500.000 Schilling reicht. Hier gibt es allerdings Schwierigkeiten, und zwar liegen die in der komplizierten Abwicklung und in der relativ langen Erledigungsfrist, weshalb die Forderung erhoben werden muß, die ganze Abwicklung einfacher zu gestalten und auch die Erledigungsfristen kürzer zu halten. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung darf jedoch keinesfalls vergessen werden, daß gerade die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Kaufleute zu den besten Arbeitsplatzsicherern gezählt werden müssen.

Während der Herr Finanzminister das Land auffordert, tätig zu werden, und das Land seit 1967 bereits vorbildlich arbeitet, vergißt der Herr Finanzminister, daß er als verfassungsrechtlich Verpflichteter wenigstens ebensoviel zur Wirtschaftsförderung beitragen müßte, als die freiwillig fördernden Länder zusammengekommen. (Abg. Pölzl: „Will er ja nicht!“) Aber wie sieht diese Förderung tatsächlich aus? Schon das Match Steiermark gegen Bund steht 330 zu 244 Millionen Schilling; also 330 Millionen Schilling der Steiermark, ohne Fremdenverkehrs und Fondsmittel, gegen 244 Millionen Schilling des Bundes, ebenfalls ohne Fremdenverkehrs- und Fondsmittel. Dieser Vergleich bringt mich zur Vermutung, daß die Bundesregierung für die Wirtschaft zu wenig tut. Sie schöpft zwar ständig ab und sie beschwichtigt durch wohlgesetzte Worte des Bundeskanzlers oder des Finanzministers. (Abg. Pölzl: „Kollege Preamberger, haben Sie das gehört? Die Bundesregierung tut zu wenig!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Wenn also der Bund schon ein gestörtes Verhältnis zur Unternehmerschaft hat, dann wahrscheinlich erst recht die regierende SPÖ. Für die SPÖ scheinen wir Unternehmer manchmal wirklich nicht zu existieren. Ein klarer Beweis ist dieses Servicehandbuch, das die SPÖ herausgegeben hat, wo für alle Berufsschichten, für alle Standesgruppen, für die jungen Menschen, für die älteren, für die Arbeiter und Angestellten, sogar für die Bauern, für die Rentner und Pensionisten Ratschläge enthalten sind, aber kein einziger Ratsschlag für die Wirtschaftstreibenden. Meine Damen und Herrn, im Vorwort steht deutlich: „In der vor-

liegenden Broschüre sind vor allem jene Leistungen des Bundes für den Staatsbürger berücksichtigt, die unter der Regierung Kreisky neu eingeführt wurden.“ In diesem Buch steht nichts über Wirtschaftsförderung, also ist auch keine eingeführt worden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Die Logik ist umwerfend! Steht da etwas von Adam und Eva drinnen?“) Es haben also die Förderungsmaßnahmen des Landes direkte positive Auswirkungen auf die Arbeitsplatzbeschaffung und nicht zuletzt auch auf die Sicherung der Lehrplätze und natürlich auch des gewerblichen Nachwuchses. Herr Kollege Heidinger, es steht deutlich geschrieben: „Was unter der Regierung Kreisky gemacht wurde.“ Und da wurde eben nichts gemacht oder zumindest zu wenig. (Abg. Preamberger: „Ich streite nicht mit Ihnen!“)

Im Zusammenhang mit der Förderung des Landes darf ich dem zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Peltzmann, und seinen beamteten Mitarbeitern für die wirklich aufopfernde Tätigkeit in diesem Referat recht herzlichen Dank sagen. Ich möchte ihm den Erfolg eines Wirtschaftswachstums in der Steiermark wünschen.

Im Hinblick auf die vielfältigen Aufgaben der gewerblichen Wirtschaft werden auch im kommenden Jahr die Mittel der Wirtschaftsförderung gut und für uns, egal wo wir stehen, gewinnbringend angelegt sein, denn gerade der kleine und mittlere Unternehmer trägt in sehr besonderem Maß zur Hebung der Lebensqualität, zur Verbesserung des Konsumangebotes und schließlich zu einer konjunkturpolitisch höchst notwendigen Erhöhung produktiver Investitionen bei. Wir können uns glücklich schätzen, noch freie Unternehmer zu haben, die initiativ, risikobereit, den Wettbewerb bejahend, leistungsfreundlich und doch einkommensgenügsam für unsere Heimat arbeiten. Mehr denn je braucht unser Land heute den Erneuerungsreichtum, die Phantasie und die Gestaltungskraft jener Menschen, die unternehmerisch denken und tätig sind.

Meine Damen und Herren, die steirische Wirtschaft, jene Unternehmer und ihre Mitarbeiter, die durch diesen Landesvoranschlag eine Förderung erfahren werden, werden Ihnen durch Leistung und Produktivität für den kommenden Landtagsbeschluß danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimmeler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimmeler: Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich hoffe, Sie mit meinen Ausführungen weniger zu strapazieren und die Gemüter wieder ein wenig zu beruhigen. Ich möchte zur Lehrlingsfrage nur ganz kurz sagen, daß ich mich schon seit vielen Jahren als Lehrmeister in meinem Berufe betätige und eine Reihe von Lehrlingen ausgebildet habe, die, soweit ich es weiß, alle die Probe in ihrem Leben bestanden haben. Aber wenn es Ihnen vielleicht so ergeht, wie es mir ergangen ist, als ich einem Lehrling die Handhabung des Hammers erklärte und er mir dann entgegenhielt „wie ich den Hammer halte, das ist meine Sache“, dann fängt man natürlich an zu denken, ob es nicht doch da und

dort neuzeitliche, das betone ich ausdrücklich, disziplinäre Maßnahmen geben sollte. (Unverständlicher Zwischenruf.) Das darf man nicht, Kollege Heidinger!

Nun möchte ich doch noch auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Zinkanell, zur Frage der Landwirtschaft zurückkommen, mit der er bekanntgegeben hat, daß die Gewerbepensionisten mehr als alle anderen an Zuschüssen zu ihren Pensionsversicherungen vom Bund, sprich von der Regierung, bekommen. Das ist sicher richtig, das möchte ich auch nicht bestreiten, aber um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß ich doch ergänzen, daß sich das der Bund, mehr als er uns gibt, in Form der heute nicht mehr gerechtfertigten Gewerbesteuer zuerst von uns holt. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pölzl: „Da gibt es sogar Applaus von der ÖVP!“) Ich danke schön. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die Strafe für die selbständige gewerbliche Tätigkeit!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit der Nationalratswahl ist die Sicherung der Arbeitsplätze und die Situation der Wirtschaft zu einem ständigen Gesprächsstoff geworden. Man hat gehäht, daß in vielen Bereichen, besonders dort, wo kräftigere Kapitalgesellschaften, oder der Staat selbst einen Ausgleich schaffen, um nicht zu sagen zuschießen können, eine zeitlang Zurückhaltung geübt wird in der Hoffnung, neuen Auftrieb zu erwarten. Ich möchte aber betonen, daß diese Zurückhaltung auch und ganz besonders bei den Klein- und Mittelbetrieben geübt wird, mit dem Unterschied nur, daß diese die Kosten, die daraus entstehen, aus ihrer eigenen Tasche zu tragen haben. Sicher, meine Damen und Herren, trägt auch das bevorstehende Weihnachtsfest dazu bei, daß die Schrumpfung unserer Wirtschaft nicht in dem Maße sichtbar wird, wie sie tatsächlich vorhanden ist.

Wenn ich daher bei meiner Wortmeldung zum Kapitel Straßen auf die Notwendigkeit sorgfältiger und weitschauender Planung hingewiesen habe, dann eben in dem Bewußtsein, daß dies die Voraussetzung für Sparsamkeit, also für die bestmögliche Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel, darstellt. Wir müssen, meines Erachtens, dort sparen, wo es möglich ist und wo es ohne Schaden möglich ist, wie der Kollege Loidl, glaube ich, gestern ausgeführt hat, um in solchen Situationen Mittel zur Verfügung zu haben, um die Wettbewerbsverhältnisse unserer Betriebe zu erhalten und zu verbessern, um damit die Arbeitsplätze zu sichern. Das, meine Damen und Herren, ist, glaube ich, die soziale Aufgabe der Wirtschaft, die jeden einzelnen von uns, den Arbeitgeber in gleicher Weise wie den Arbeitnehmer, die Industrie, den Handel, das Handwerk trifft, eine Aufgabe, für die beide Teile in gleicher Weise auch die Verantwortung tragen.

Meine Damen und Herren, in Österreich sind die Arbeitskosten von 1970 bis 1974 nicht weniger als um 34,5 Prozent gestiegen, beinahe doppelt so stark wie in der Bundesrepublik Deutschland. Die Folge einer solchen Entwicklung ist selbstverständlich die Verminderung des Ertrages und damit die Verminderung der Möglichkeit, Investitionen, Verbesserungen der betrieblichen Struktur vornehmen zu können. Besonders hart — und das, glaube ich,

ist unbestritten — ist das Gewerbe und der Kleinhandel von dieser Entwicklung betroffen, die die ständig steigenden Gesteungskosten allmählich nicht mehr verkraften können: Eine ähnliche Entwicklung wie sie in der Landwirtschaft besteht. Sie könnten und können einen Ausgleich nur durch Mehrarbeit, durch Verzicht auf mehr Freizeit und Urlaub und dadurch schaffen, meine Damen und Herren, daß die Ehefrau ihre Mitarbeit als starkes Gewicht meistens kostenlos in die Waagschale wirft. Jene Teuerungen machen nämlich eine gewerbliche Arbeitsstunde unter Umständen so teuer, daß sie sich dann niemand leisten kann und will. Damit wird schließlich und endlich auch das Pflüschwesen gefördert, das wir alle miteinander nicht haben wollen.

Beim Handel, meine Damen und Herren, hat die Rationalisierung und die Konzentrierung, besonders in Ballungszentren, zur Errichtung von Supermärkten geführt, die ganz einfach größere Möglichkeiten, bessere Möglichkeiten des Ausgleichs haben. Dazu kommen noch die Genossenschaften, von denen auch schon heute die Rede war, Genossenschaften verschiedener Prägung und Färbung, die außer den besseren Möglichkeiten auf dem Gebiete der Preisgestaltung auch noch über andere Möglichkeiten, z. B. über gewisse Abhängigkeiten, verfügen, um die Konsumenten zu binden. Hand in Hand mit dieser Entwicklung hat sich schließlich ein grundlegender Wandel in der Einstellung der Handelsunternehmen vollzogen. Während es früher, meine Damen und Herren, die Aufgabe des Kaufmannes gewesen ist, den Bedarf der Bevölkerung zu decken, haben die neuzeitlichen Werbemethoden dazu geführt, daß aus dem Bedarfsdecker ein Bedarfswecker geworden ist. Nicht der ist heute ein tüchtiger Kaufmann, der seine berufliche Aufgabe in der Versorgung der Bevölkerung sieht, sondern der, dem es mit welchen Mitteln immer gelingt, den Kunden dazu zu bringen, daß er das kauft, was er nicht braucht, mit dem Geld, das ihm nicht gehört. Daß auf diese Weise das Wort reell, das bisher einen Geschäftsmann ausgezeichnet hat, seine Bedeutung etwas verloren und dem Manager das Übergewicht gegeben hat, ist eine logische Folge. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist kein Gegensatz!“) Na ja, ich habe ausdrücklich das Übergewicht betont. Es ist nicht unbedingt ein Gegensatz. (Abg. Pölzl: „Liegt das Übergewicht bei ‚reell‘ oder bei ‚Manager‘?“) Beim Manager, jawohl. Im Interesse der Versorgung der Bevölkerung aber glaube ich, muß es unsere Aufgabe sein, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Und ich glaube, im Handel wäre gewiß das Verbot, Waren unter dem Einstandspreis abzugeben, ein solcher Weg. Sicherlich gibt es auch andere, aber es wäre ein Weg.

Aber auch dem Gewerbe kann man auf die Dauer nicht alle Lasten aufbürden, wenn es seine Aufgabe in der Gemeinschaft erfüllen soll. Alle Risiken, ob finanzieller oder arbeitstechnischer Natur, lasten auf dem Betrieb, und der Staat geht sogar so weit, daß er die Steuern einhebt, bevor sie als Arbeitslohn vorliegen. Den erzielten Gewinn, meine Damen und Herren, hält dann noch zwei Jahre lang der Auftraggeber in Form eines Haftrücklasses zurück, für den er außerdem noch, meines Erachtens wider-

rechtlich, die Bankzinsen kassiert, die eigentlich dem Arbeiterbringenden gehören. Der Ausgleich kann also nur mit kostspieligen Krediten herbeigeführt werden, die natürlich wieder zu Lasten des Gewinnes und zu Lasten der Möglichkeit, Investitionen vorzunehmen, gehen und auf diese Weise die Entwicklung des Betriebes beeinträchtigen. So glaube ich, daß auch hier das Maßhalten ein Grundsatz sein muß, und zwar das Maßhalten nach einem Grundsatz, der auch in der heutigen Zeit Geltung haben muß, nach dem Grundsatz: „leben und leben lassen“, und zwar nicht zuletzt im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze und im Interesse aller, so daß der Wirtschaft und dem Handwerk die Luft zum Atmen bleibt. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Marczik. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Marczik: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie bitte, daß ich ganz kurz, als Ergänzung zu dieser Debatte, gleichsam aus einer Segmentperspektive, die Situation in der Region Aichfeld-Murboden beleuchte. Die wirtschaftliche Lage, in der sich die Betriebe in unserer Region befinden, ist sicher sehr verschieden und daher auch die Beurteilung sehr unterschiedlich durchzuführen. Generell aber kann ich folgendes sagen. Eine Reihe von Betrieben verfügt auf Grund ihres sehr flexiblen Produktionsprogramms über eine positive Auftragslage. Weiters ist etwa das VOEST-Alpine-Werk Zeltweg mit seiner hochqualifizierten Finalproduktion, insbesondere etwa der Streckenvortriebsmaschinen, sowie im Anlagenbau sehr gut ausgelastet — was bedeutet, meine Damen und Herren, daß wir diese Sparte, nämlich die Finalproduktion, in Hinkunft ganz besonders forcieren müssen. Es ist weiters, zumindest seit der vorjährigen, prekären Situation auf dem Energiesektor, auch der Wert heimischer Energiereserven, so auch des Kohlenbergbaues Fohnsdorf, unbestritten. Trotzdem, meine Damen und Herren, ist die Sorge und Unsicherheit von dieser Grube noch nicht gewichen, da einerseits die Paritätische Kommission im gegenständlichen Fall die geforderten Preiskorrekturen nach oben nur zum Teil bewilligt hat und andererseits der Bund als Eigentümer weder eine klare Aussage für die Zukunft getroffen noch die Bergbauförderungsmittel in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt hat, um die dringend notwendigen Investitionsvorhaben zu realisieren. Eine zumindest anteilsweise finanzielle Hilfestellung seitens des Landes Steiermark zur Realisierung wichtigster Investitionsmaßnahmen, etwa analog dem weststeirischen Muster, wäre äußerst wünschenswert und dringend notwendig. Ich darf die Steiermärkische Landesregierung um ihre diesbezügliche Überprüfung, Kontaktnahme und Unterstützung sehr herzlich bitten.

Vom Beschäftigungsrückgang auf dem Stahlsektor hart getroffen wurde auch die gesamte VEW, das heißt die Vereinigte Edelstahl-Werke AG, und dies, meine Damen und Herren, im Zeitpunkt der Fusion der drei Teilbetriebe Böhler, Schoeller und Styria. Ausdruck dieser Situation — wir hoffen ja,

daß sie bald vorübergeht — ist, daß die Arbeitszeit in der Styria bisher für 822 Arbeitnehmer auf vier Tage verkürzt wurde und ab 1. Jänner 1976 diese Maßnahme leider laut Aussage des Vorstandsvorsitzenden der VEW auf den gesamten Betrieb, das heißt auf sämtliche 2000 Arbeitnehmer, ausgedehnt werden müssen wird. Die ausfallenden Arbeitsstunden werden derzeit zu 70 Prozent des Nettoverdienstes von der Arbeitsmarktförderung vergütet und ich kann nur sagen, Gott sei Dank ist dies derzeit noch möglich!

Die VOEST-Alpine — um dies noch in einem Satz zu erwähnen — mußte ja in dieser Rezessionsphase nicht nur die Fremdarbeiter zur Gänze weggeben und nicht nur die Überstunden nahezu zur Gänze reduzieren, sondern darüber hinaus auch, wie Sie wissen, Aufträge mit sehr hohen Verlusten hereinnehmen. Meine Damen und Herren, ich bekrittele das nicht, ich bejahe das, ich stelle aber fest, daß das heuer der VOEST-Alpine, vorsichtig geschätzt, einen Abgang oder ein Defizit von zirka 2 Milliarden Schilling bringen wird. Nun mögen Sie das vielleicht als politische Pointe auffassen, wenn ich sage: Es wäre jetzt an der Zeit, daß der Herr Bundeskanzler die seinerzeit als Morgengabe anlässlich der Fusionierung versprochenen 2 Milliarden Schilling dieser VOEST geben würde, damit der Betrieb die Schwierigkeiten leichter überwindet und leichter wieder seine Investitionen durchführen kann. Bisher ist, meine Damen und Herren, wie auf vielen Gebieten — mein lieber Freund Karrer, du lachst, das freut mich sehr, aber ich muß es dir sagen — auch hier versprochen worden und nichts geschehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluß, ich will Sie nicht lange aufhalten, möchte ich nur eines sagen: Die Styria in Judenburg hat sicherlich noch außer dieser jetzigen Rezessionsphase Schwierigkeiten zu überwinden, nämlich, wenn es gilt, demnächst die Produktionsbestimmungen vorzunehmen. Sie wissen — und Kollege Karrer wird mir da recht geben —, die Erstfusionierung hat hier kaum Schwierigkeiten gebracht, hier aber, bei diesen drei Teilwerken, sind die Produktionsüberschneidungen nahezu in sämtlichen Bereichen gegeben. Das heißt, es wird diese Bereinigung alles eher als leicht sein. Wir Judenburger, meine Damen und Herren, erwarten aber, daß bei eventuellen Produktionsverlagerungen nicht nur technische, sondern auch regionale Überlegungen berücksichtigt werden müssen. Die Investitionstätigkeit war in den letzten fünf Jahren für uns befriedigend, wobei vor allem die Anschaffung der Langschmiedemaschine, die Umstellung des Werkes auf Erdgas, aber auch die Anschaffung der ESU-Anlage, die bereits bestellt ist, durchgeführt wurde; ich möchte nur noch sagen und um weitere Unterstützung bitten: Wir möchten, daß der vom Aufsichtsrat bereits beschlossene neue Lichtbogenofen bald kommt, wir möchten, daß die Halle für die Kaltbearbeitungswerkstätte kommt, und wir möchten, daß die Wärmebehandlungsanlagen als Investitionen raschest realisiert werden. Und zwar, meine Damen und Herren, damit der Bestand der steirischen Gußstahlwerke, nun als Glied der VEW, als Edelstahlwerk, auch in Zukunft langfristig gesichert ist.

Zum Schluß möchte ich sagen, es wären — nicht von uns hier, aber sicher von der staatlichen Seite — und der Herr Landesrat Gruber ist ja einer der Fachleute, die da drinnen vertreten sind — auch in Österreich endlich einmal Überlegungen anzustellen, ob es nicht notwendig wäre, unsere so stark exportorientierte verstaatlichte Industrie und darüber hinaus überhaupt die Industrie, denn es gibt ja nur eine österreichische Wirtschaft — da hat der Herr Landesrat Peltzmann immer sehr recht, wenn er das betont —, durch eine entsprechende Exportförderung seitens des Staates zu unterstützen, wie dies in anderen Ländern schon sehr häufig der Fall ist. Ich könnte Ihnen hier sehr viele Beispiele anführen, und zwar deshalb, damit die Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe, meine sehr verehrten Damen und Herren, gegenüber Drittländern gewährleistet ist und auch für die Zukunft gesichert werden kann.

Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Preamberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Preamberger: Wenn ich ganz kurz noch auf die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Kollmann eingehen darf, so möchte ich ein paar Worte dazu sagen: Ich bin sehr glücklich, daß ich Arbeitgeber und Vertreter von Arbeitgebern kenne, die eine andere Ausdrucksweise haben als er.

Wenn man heute von der österreichischen Wirtschaft spricht, muß man korrekterweise auch ein wenig zurückblenden, die Gegenwart und auch die Zukunft kurz betrachten. Die österreichische Gesellschaft war seit dem Zweiten Weltkrieg eine erfolgreiche Konsum- und Leistungsgesellschaft. Ihr Motor war der Leistungswille, ihr Weg eine gemischte Wirtschaft, gesteuert mit dem Instrumentarium der modernen Konjunkturpolitik, ihr Ziel war ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Von der Weltwirtschaft her erleben wir seit Jahren einen fast nicht zu beherrschenden Inflationsprozeß, einen Nachfragerückgang, der die Vollbeschäftigung gefährdet durch Rohstoffverknappung und durch einen damit verbundenen Rückgang des Wirtschaftswachstums. Die Erdölkrise hat uns drastisch vor Augen geführt, daß die Zeiten des rasanten Wirtschaftswachstums und der dadurch ermöglichten Konsumsteigerung, von der Rohstoffseite her gesehen, vorbei sind. Die weltweite Inflation hat zuerst die Weltkonjunktur angeheizt und endete in gewissen Industriestaaten 1972 mit einem Konjunkturrückgang. Es ist alarmierend, daß nach Angaben des internationalen Arbeitsamtes in Genf in den 23 größten Industrieländern der Welt im Monat September des Jahres 1975 über 17 Millionen Menschen arbeitslos waren. Dies ist die höchste Zahl seit 40 Jahren. Damit kommen wir sehr nahe an die katastrophale Wirtschaftskrise der Dreißigerjahre heran. Damals gab es mehr als 25 Millionen Arbeitslose. (Abg. Pölzl: „Bei viel weniger Menschen als heute!“) Österreich blieb von diesen Erscheinungen aus folgenden Gründen weitgehendst verschont: erstens durch die Investitionsfreudigkeit der österreichischen Wirtschaft — Herr Ingenieur Fuchs, bin ich

korrekt? —, von 1970 bis 1974 erreichten die Investitionen einen Wert von über 109 Milliarden Schilling.

Damit wurde die Struktur unserer Wirtschaft verbessert, die Leistungsfähigkeit der Betriebe gehoben, was aber entscheidend war: in Österreich herrschte sozialer Friede.

Als die Investitionsfreudigkeit in Österreich nachließ und die Rezession aus dem Ausland auf Österreich überzugreifen drohte, setzte die sozialistische Bundesregierung sofort zusätzlich Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze ein. Rund 47 Milliarden Schilling wurden flüssiggemacht, Kredite mußten aufgenommen werden, denn Österreich kann sich eine große Arbeitslosigkeit nicht leisten. Der Um- und Ausbau der Papierindustrie kommt auch der Steiermark zugute, denn Leykam wird bis 1978 2,2 Milliarden Schilling investieren. Und wenn der Bautenminister Moser heute in diesem Haus so oft kritisiert wurde, so müssen wir als Steirer doch auch zur Kenntnis nehmen, daß ja für diese Umbauten aus dem Wasserwirtschaftsfonds 700 Millionen Schilling für die Steiermark flüssiggemacht werden mußten. Seitens der ÖVP wirft man nun der Bundesregierung aus diesem Grund die Verschuldung vor. Wenn man sich die Statistik ansieht, so betrug die Staatsverschuldung pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1974 in ziemlich reichen Ländern, reicher als Österreich — Amerika pro Kopf über 43.000 Schilling, in Belgien, auch ein ziemlich reiches Industrieland, über 42.000 Schilling in England über 37.000 Schilling und in der Schweiz, die als sparsam bekannt ist, betrug die Verschuldung pro Kopf über 9000 Schilling und in Österreich betrug die Verschuldung über 8000 Schilling. Hinter uns liegen Japan und Frankreich. Ich bestreite nicht, daß die Steuerschuld noch im Steigen begriffen ist, um die Vollbeschäftigung in Österreich, wenn möglich, aufrecht zu erhalten.

Als Gewerkschafter — und das möchte ich besonders unterstreichen — begrüße ich die gezielten Maßnahmen der Regierung. Zusätzlich bereitete uns sowohl in Österreich als auch in der Steiermark der Strukturwandel in der Investitionsgüterindustrie Schwierigkeiten. Die Investitionsgüterindustrie hat kaum ein marktbeherrschendes Produkt so wie zum Beispiel die Uhrenindustrie in der Schweiz. (Landesrat Peltzmann: „Das stimmt schon!“ — Weiterer unverständlicher Zwischenruf.) Herr Landesrat Peltzmann, Sie stören mich am laufenden Band — bei der Jugend und jetzt bei der Wirtschaft auch. Nachher werden Sie mir noch dementsprechend die Antwort geben.

Die Investitionsgüterindustrie muß sich in erster Linie im Export ihre Aufträge holen. Der Export, hier bin ich nicht ganz Ihrer Meinung, Kollege Pölzl, weitete sich im Oktober nominell, das habe ich aus der Zeitung entnommen, um 11 Prozent aus und liegt damit auch im realen Wert über dem Vorjahr. Das ist in diesen Tagen in der Zeitung zu lesen gewesen. (Abg. Ing. Turek: „In welcher Zeitung war das?“) Ja, muß ich Ihnen die Zeitung sagen, aus der Sie das lesen können, Sie können sich dann zu Wort melden. (Landesrat Bammer: „Oeconomist!“ — Abg. Ing. Turek: „Die Monatsberichte zeigen etwas anderes!“ — Landesrat Bammer: „Das ist eine

OVP-Zeitung!") Im Grund genommen ist dies ohne weiteres möglich, denn 1973 stellte man in der exportausgerichteten Industrie, weil im Inland soviel Aufträge vorhanden waren, fest, daß der Exportauftrag in Betrieben 30 Prozent betrug. 1974 auf 1975, als die Investitionsfreudigkeit in Österreich nachließ, mußten die meisten Betriebe in das Exportgeschäft einsteigen. Der Export betrug in einzelnen Betrieben bis über 70 Prozent, zum Teil in gewissen Sparten sogar über 90 Prozent. (Abg. Ing. Turek: „War die Steigerung bei den Kleinen oder bei den Größeren?“) Aber schauen Sie, ich werde Ihnen was sagen, erkundigen Sie sich bei diesen Betrieben, ich weiß es, ich komme aus einem Betrieb, wo dies der Fall ist. (Abg. Ing. Turek: „Ich darf Sie ja fragen!“) Herr Turek, kommen Sie mir nicht mit solchen Dingen, melden Sie sich dann zu Wort. (Abg. Ing. Turek: „Bei eurem Betrieb ist es zurückgegangen. Bei der Schwerindustrie ist es auch zurückgegangen!“) Trotz dieser erfreulichen Entwicklung muß sich die exportausgerichtete Industrie umstellen, da es gegenwärtig schwer möglich ist, Einzelprodukte im Export abzusetzen. Man muß versuchen, Anlagen oder Anlagenkomponenten zu liefern, zum Beispiel nicht nur einen Kessel, sondern ein Kraftwerk, eine komplette Halle, nicht nur eine Stahlkonstruktion. Dazu kommt folgendes: Die Länder, die unsere Produkte kaufen, fertigen die einfachen Gegenstände selbst an und wollen zusätzlich noch die gesamte Montagearbeit selbst übernehmen. Für diese einfachen, zum Teil im unteren Bereich der komplizierten Konstruktionen liegenden Arbeiten müssen wir die Konstruktionspläne, das heißt die Ingenieurarbeit liefern. Damit geht viel Arbeit für die Produktion im Inland verloren. Es geht so weit, daß in Jugoslawien die im eigenen Land zu fertigenden Teile in letzter Zeit sogar gesetzlich geregelt sind. Das heißt, eine Auftragserteilung aus Jugoslawien zwingt den Auftragnehmer, Ingenieurarbeit zu liefern, um überhaupt einen Teil der Produktion in Österreich durchführen zu können. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „In Rumänien ist es dasselbe, in Bulgarien auch!“) Ja, bedauerlich, es nimmt immer mehr zu. Die österreichische Exportindustrie muß gegen härteste internationale Konkurrenz und, was besonders peinlich ist, gegen Billigstbieter, gegeben aus der Konjunkturschwäche in den übrigen Ländern, Aufträge hereinnehmen. Dies ist in den verschiedensten Ländern mit übergroßen Risiken verbunden. Das erleben wir zum Beispiel in den unterentwickelten Ländern.

Durch die vorher aufgezeigte Entwicklung im Ausland wird die Auslastung der österreichischen Exportindustrie meistens einer Fehleinschätzung unterzogen. Denn es werden die Auftragssummen mehrmals in die Statistik aufgenommen und man verabsäumt, in diesen Auftragssummen die Unterlieferanten in Abzug zu bringen. Das war aber auch schon in der Vergangenheit der Fall. (Abg. Pölzl: „Herr Kollege Preamsberger, es gibt ein gutes Mittel, die reine Ziffer zu erfahren. Es muß für jedes Gut, das exportiert wird, etwas bezahlt werden und für jedes Gut, das importiert wird, etwas abgezogen werden!“) Es sind ja Unterlieferanten im Ausland, im Auftragsland und zum Teil in der Nähe liegender Länder, die in der Gesamtsumme, die der

Auftrag bringt, nicht separat aufscheinen. Das muß man berücksichtigen. (Unverständlicher Zwischenruf des Abgeordneten Pölzl.) Meine Genossen werden schon böse, weil ich zu lange rede, Herr Kollege Pölzl, lassen Sie mich weitersprechen. Diese Entwicklung bereitet gerade in den Industriebetrieben, die aus ihrem Erzeugungsprogramm heraus größere Montageabteilungen und große Montagegeräte führen müssen, besondere Sorge für ihre beschäftigten Monteure. Dabei darf man nicht übersehen, daß diese Arbeitskräfte aus wirtschaftsarmen Gebieten kommen und trotz Großausgaben von Gemeinden und Ländern für die Neugründung von Betrieben und damit von Arbeitsplätzen in ihrer Heimat keine Arbeit finden können. Das sind auch die zum Teil vorher schon diskutierten Nebenerwerbslandwirte, die als Monteure überhaupt erst in der Lage sind, zusätzlich für ihren Haushalt etwas zu verdienen. Hier müßte man unter Umständen doch einen Weg finden, daß bei momentanen Konjunkturschwächen nicht diese Fremdfirmen die Monteure gleich auf die Straße setzen, denn diese Menschen trifft es besonders hart.

Die verminderte Stahlerzeugung in der Welt bringt auch die steirische Schwerindustrie in eine ungünstige Auftrags- und Beschäftigungslage. Mit Umschulungen von Teilen der Belegschaft versucht man nun dies zu überbrücken, und ich bin überzeugt, wenn auch jetzt zum Teil bei der Stahlfusionierung Kritik erhoben wurde, daß die Fusionierung der VOEST und Alpine zu einem Zeitpunkt, wo Sie nicht unserer Meinung waren, mithilft, daß die Auswirkungen nicht so schwer sind, wie sie international verspürbar sind.

Die Erscheinungen in der Schwerindustrie wirken sich auch in einer Verminderung der Eisenverarbeitung aus. Ein paar Vergleiche: die Produktion zwischen Jänner und September 1974 und 1975 betrug in der Sechsergemeinschaft, in der EWG, 99,2 Millionen Tonnen im Jahre 1974 und 1975 nur mehr 79,9 Millionen Tonnen. In England waren es 1974 16,7 Millionen Tonnen, im Jahre 1975 nur mehr 15 Millionen Tonnen. In Amerika waren es 1974 101 Millionen Tonnen und im Jahre 1975 nur mehr 81,7 Millionen Tonnen. Japan hielt sich am besten: 1974 78,5 Millionen Tonnen und 1975 78,2 Millionen Tonnen. Das ergibt ein Minus von 50 Millionen Tonnen, das sind 16 Prozent weniger als im Jahr 1974.

In den letzten Jahren hat Österreich zu den anderen Industriestaaten aufgeholt und hier fällt das nämlich hinein, was mein Vorredner sagte, daß die Arbeitskraft teurer wurde, wir hatten ja auch einen Aufholbedarf, wir haben schon aufgeholt, aber wir haben noch weiter aufzuholen (Abg. Pölzl: „Wobei? Bei der Produktivität!“), das möchte ich ausdrücklich sagen. Die Wertschöpfung pro Kopf betrug 1974 in Österreich 70.000 Schilling, in Deutschland 103.000 Schilling, in Schweden 125.000 Schilling und in Amerika 140.000 Schilling.

Auch der Strombedarf pro Kopf stellt einen Maßstab für den Wohlstand dar. Österreich verbraucht pro Kopf 3700 kW, Deutschland 4800, Schweden 8500 und Amerika 9500 kW. In der Steiermark liegt der Verbrauch im Schnitt bei 2950 kW pro Kopf und Jahr. (Abg. Pölzl: „Was heißt das? Ist das

Licht später aufgegangen?“) Nein, ich habe ja ausdrücklich darauf hingewiesen — als Wirtschafts-
 experte, Kollege Pölzl, kommst du mir da mit kom-
 mischen Fragen —, daß auch der Strombedarf pro
 Kopf natürlich einen Standard der Bevölkerung auf-
 weist. (Abg. Pölzl: „Wir liegen aber unter dem
 Durchschnitt, hast du gesagt!“) Um das noch Auf-
 zuholende zu erreichen, ist nicht die Frage, ob wir
 ein Nullwachstum ansteuern sollen, sondern was
 wir unternehmen werden, um nicht rasch zu einem
 Nullwachstum zu gelangen, entscheidend. (Abg.
 Pölzl: „Ein Nullwachstum gibt es nicht, da wächst
 ja nichts!“) Dies wurde hier auch schon erwähnt.
 Für Amerika besteht für 1976 die Voraussage einer
 günstigeren Wirtschaftsentwicklung, als man erwar-
 tet hat. Leider hört man das von Deutschland noch
 nicht.

Die wirtschaftlichen Aufgabenbereiche für 1976
 werden für Österreich sein — das ist meine be-
 scheidene Meinung:

1. Die Exportaufträge müssen zumindest in dem
 Umfang von 1975 gehalten werden können. (Abg.
 Pölzl: „Ihr Wort in Gottes Ohr!“ — Abg. Klobasa:
 „Wollen Sie es nicht?“ — Abg. Dr. Dorfer: „Wie
 steht es mit unserer Exportfinanzierung?“) Das
 setzt voraus, daß für die Exportfinanzierung genü-
 gend Mittel vorhanden sind, und es wird auch
 darauf zu achten sein, daß die Belastung bei der
 Vorfinanzierung der Exportaufträge nicht höher
 liegt als bei unserer Konkurrenz im Ausland. Das
 ist ein wichtiger Faktor. (Abg. Dr. Dorfer: „Das
 ist aber eine wesentliche Bedingung!“) Ja bitte,
 das ist klar. Wir liegen jetzt ein bißchen höher.
 (Abg. Ing. Turek: „Deswegen haben wir weniger
 verkauft!“) Wir müssen also sehen, daß wir unsere
 exportausgerichtete Industrie in dieser Form halten.
 (Abg. Pölzl: „Bravo!“) Das sage ich ja ausdrücklich.
 (Abg. Ing. Turek: „Wie werden wir das machen?“)
 Herr Turek, fahren Sie hinaus und sagen Sie es.
 (Unverständliche Zwischenrufe.)

2. Durch gemeinsames Bemühen ist der Preisauf-
 trieb unter Kontrolle zu halten. Wir haben erfreu-
 licherweise 1975 — das habe ich auch der Zeitung
 entnommen, Sie werden es wieder bestreiten oder
 in Frage stellen und fragen, welche Zeitung es war
 — eine Preissteigerung von 7 Prozent zu verzeich-
 nen.

3. Die Investitionsfreudigkeit in der österreichi-
 schen Wirtschaft muß wieder zunehmen. (Abg. Ing.
 Turek: „Das wünschen wir uns auch!“) Ja, selbst-
 verständlich muß sie wieder zunehmen und das
 Vertrauen muß wieder gestärkt werden.

4. Die Fortsetzung der gezielten Maßnahmen zur
 Strukturverbesserung der steirischen und der öster-
 reichischen Industrie. (Abg. Dr. Dorfer: „Bei den
 Steuererhöhungen?“) Herr Dr. Dorfer, wenn Sie
 mich fragen, ich bin ein Optimist, ich sage ja. (Abg.
 Pölzl: „Bravo!“)

5. Trotz härterer Gangart gewisser Kreise — da
 gehören auch Sie dazu, Kollege Pölzl, ich habe da
 etwas gelesen, daß Sie Streiks wünschen und so
 weiter. (Abg. Pölzl: „Was?“) Ich habe gelesen, daß
 Sie Bemerkungen in Ihrem Kreis gemacht hätten.
 Eine etwas härtere Gangart haben Sie dort emp-
 fohlen. (Abg. Pölzl: „War das die gleiche Zeitung

von der Sie die ganze Zeit reden?“) Ich muß Ihnen
 sagen, mit diesen Dingen soll man nicht spielen.
 (Abg. Pölzl: „Zeigen Sie mir die Zeitung!“) Ich wün-
 sche mir unter Punkt 5, daß trotz härterer Gangart
 gewisser Kreise in Österreich der soziale Friede er-
 halten bleibt. (Abg. Dr. Dorfer: „Welche Kreise sind
 das?“ — Abg. Ing. Turek: „Das ist eine Unterstel-
 lung!“) Ich habe zum Beispiel in der Zeitung ge-
 lesen, daß der neue Präsident der Handelskammer in
 Wien ebenfalls empfohlen hat, eine härtere Gangart
 einzuschlagen. Auch Rieckh in Graz als Präsident
 der Handelskammer der Steiermark, hat eine eben-
 solche Empfehlung herausgegeben. Ich hoffe, es war
 nur der Eifer des Gefechtes. Sie haben heute, Herr
 Dr. Dorfer — ich bin oft überrascht, denn Sie kön-
 nen bei gewissen Ausführungen ganz giftig sein —,
 hier eine sehr gute Aussage gemacht: Sie haben
 den sozialen Frieden hoch geschätzt und auch für
 die Zukunft gewünscht. Eine sehr gute Einstellung.
 (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist nie anders gewesen!“ —
 Abg. Pölzl: „Herr Kollege Prensberger, wer wünscht
 sich das nicht?“)

Ich begrüße das Landesbudget 1976, weil auch
 dieses Budget konjunkturbelebend wirkt. (Abg.
 Dr. Dorfer: „Leider nicht, muß ich sagen!“) Leider
 nicht? (Abg. Dr. Dorfer: „Das Bundesbudget nicht!
 Das steirische Budget ja!“) Das steirische, habe ich
 gesagt, stören Sie mich nicht, ich habe die Steier-
 mark gelobt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.
 (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr
 Abgeordnete Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag! Meine sehr
 geehrte Damen und Herren!

Der Herr Kollege Prensberger hat so vieles ge-
 sagt, was ich ohne weiteres unterschreiben würde
 und es ist überhaupt in diesem Zusammenhang so
 vieles gesagt worden, was von beiden Seiten nicht
 widersprochen zu werden braucht, so daß ich mich
 auf einen Punkt beschränken kann. Es ist von der
 Wirtschaftsförderung gesprochen worden und von
 den konjunkturbelebenden Maßnahmen. In diesem
 Zusammenhang möchte ich etwas kritisch Stellung
 zur Frage nehmen, warum wir versuchen, die Wirt-
 schaft über das Budget zu beleben, soweit das in
 dem bescheidenen Rahmen unseres steirischen Lan-
 desbudgets möglich ist, und zur selben Zeit ein
 anderes Instrument, das uns auch zur Verfügung
 steht, vernachlässigen.

Die STEWEAG hat gemeinsam mit allen anderen
 österreichischen Energieversorgungsunternehmen
 beim Handelsminister einen Strompreisantrag ein-
 gebracht. Dieser Strompreisantrag ist in mehrfacher
 Hinsicht aus meiner Sicht zu bekritteln und ich
 möchte Ihnen ganz kurz sagen, in welchen Punkten
 ich glaube, daß man vielleicht in Zukunft etwas
 vorsichtiger umgehen müßte.

Erstens stört es mich, daß dieser Strompreisan-
 trag von allen Landesgesellschaften gemeinsam ein-
 gebracht wurde. Wir reden immer vom Föderalis-
 mus, wir reden davon, daß wir eine Landesgesell-
 schaft haben wollen, damit wir mit dieser Gesell-
 schaft Maßnahmen setzen können, wenn es uns
 für richtig erscheint. In Wirklichkeit benehmen sich

die Landesgesellschaften fast so, als ob es ein großes Kartell von Stromversorgungsunternehmen gäbe und besorgen damit das Geschäft der Leute, die sowieso am liebsten eine Verbundgesellschaft für ganz Österreich sehen möchten und denen die regionalen oder diese Kantönlisituationen nicht recht sind. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist geplant! Das wurde öffentlich ausgesagt!“)

Der zweite Punkt, der mich stört, ist die Höhe des Antrages, denn es kann mir niemand erklären, daß eine Strompreiserhöhung zwischen 20 und 30 Prozent — etwa in der Größenordnung spielt sich das ab — in der heutigen Zeit wirklich belegbar ist.

Der dritte Punkt ist die Tatsache, daß nach meinen Informationen der Aufsichtsrat der STEWEAG zur Tatsache einer Strompreiserhöhung zugestimmt hat, ohne sich beim Vorstand zu erkundigen, in welcher Höhe diese beabsichtigt ist. Ich glaube, daß das auch etwas ist, wo der Aufsichtsrat, selbst wenn er nach dem Gesetz im Interesse des Unternehmens zu handeln hat, sich bei einer Landesgesellschaft zu erkundigen hat. (Landesrat Gruber: „Haben wir keine Aufsichtsratsmitglieder da?“) Ja, die sind alle leider im Moment nicht hier. (Abg. Dr. Dorfer: „Werden schon kommen!“) Wohl, einer ist da, einer ist stellvertretend hier! (Landesrat Gruber: „Da geht es dir wie mir bei der Fürsorge!“) Ich glaube, hier müßte man auch nachdenken, ob man in Zukunft sich gerade in so einer Zeit nicht mehr erkundigen sollte.

Der vierte Punkt ist die Begründung des Antrages. Es wird, um einen Strompreisantrag zu begründen, die Kostenrechnung zum Anlaß genommen. Nun ist das mit der Kostenrechnung so eine Sache! Natürlich muß die STEWEAG sehen, daß sie auf ihre Kosten kommt und es ist wahrscheinlich die Kalkulation die einzige Möglichkeit, und man wird ganz zu Recht darauf verweisen, daß ja jeder ordentliche Kaufmann seine Kosten entsprechend in Rechnung setzen muß. Der STEWEAG, oder den Landesgesellschaften allgemein fehlt aber ein Punkt in der Angelegenheit, mit dem sich jeder andere ordentliche Kaufmann zu beschäftigen hat und das ist der Markt. Denn ein Unternehmen, das ein Gebiet zu versorgen hat, in das kein anderer Unternehmer hineinliefern kann, der sozusagen ein Monopol hat, daher am Markt keiner Konkurrenz ausgesetzt ist, der tut sich natürlich bei der Kalkulation des Preises relativ leichter als ein Unternehmen normaler Form, das mit der Konkurrenz zu rechnen hat. In dieser Situation und gerade in Anbetracht der konjunkturellen Lage würde ich glauben, daß man nicht nur auf die Kostenrechnung schauen soll. Ich glaube, daß die Abschreibungen in dieser Kostenrechnung einen sehr wesentlichen Posten einnehmen und es hier eine Frage ist, über welchen Zeitraum ich sie verteile, wie ich sie verteile. Man hätte hier die Möglichkeit wirklich vom Land aus konjunkturpolitisch den Strompreis so zu steuern. Es ist eben notwendig, um in der heutigen Zeit die Wirtschaft insgesamt, auf die Erhöhungen von allen Seiten zukommen — die Bahn, die Post, das Telefon, die Löhne, alles steigt und in Wirklichkeit sinken die Weltmarktpreise für die industriellen Produkte — zu stützen. Wir hätten hier eine bescheidene Möglichkeit gehabt, durch eine Zurückhaltung im

Strompreis einen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Steigerung der Exportfähigkeit steirischer Betriebe zu unternehmen. Wenn man aber schon sagt, die Kosten spielen eine Rolle und wenn man schon die Kosten zur Basis eines Antrages macht, dann glaube ich — und das ist jetzt durchaus ein kritischer Punkt —, dann muß man aber auch wirklich den Mut haben, die Kosten als Basis für die Erhöhung der einzelnen Tarife zu nehmen. Denn man kann nicht sagen: „Global gesehen haben wir diese Kosten und die schmeiße ich alle in einen Topf und dann erhöhe ich alle Tarife linear“, sondern dann muß ich halt wirklich sagen: „Bitte schön, was kostet mir in der Stromversorgung mehr?“ Dann kommt es im Klartext möglicherweise dazu, daß der Haushalt eine stärkere Erhöhung in Kauf nehmen muß und daß die STEWEAG bei den Großabnehmern in der Wirtschaft, wo es dann wirklich ins Gewicht fällt und wo die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt wird, mit einer geringeren Erhöhung auskommen wird.

Das, meine Damen und Herren, ist wieder eine politische Entscheidung und wird auch des Mutes derer bedürfen, die im Aufsichtsrat sitzen, auch der Politiker und uns aller, daß wir uns zu so einer Haltung bekennen. Denn ich kann nicht einerseits die Kosten für die Erhöhung verantwortlich machen und auf der anderen Seite sagen: „Aber die Kosten interessieren mich in der Einzelkalkulation nicht mehr, wenn ich die verschiedenen Tarifgruppen anschau.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wahrscheinlich ist diesmal die Kuh schon aus dem Stall. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Nein!“) Noch nicht? Wenn nicht, dann möchte ich das als Anregung deponieren und würde bitten, daß man sich mit diesem Gedanken eingehend befaßt. Danke sehr. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Anton Peltzmann. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Peltzmann: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Abgeordnete Pölzl hat bereits angezogen, daß wir rund 80 Prozent derzeit für die Gruppen 0 bis 6 brauchen. Bei der Gruppe 7 da geht es schon dem Schluß zu, da haben wir dann nicht mehr soviel Zeit, und die Gruppe 9 werden wir dann wahrscheinlich in 30 Minuten erledigen. In der Gruppe 9 schlägt sich eigentlich all das nieder, was dem Land an Wirtschaftskraft zur Verfügung steht. Dort schlagen sich dann die Zahlen nieder, mit denen wir praktisch die Gruppen 0 bis 7 und auch 8 bedienen können. Es war nie gut, wenn einer mehr ausgegeben hat, als er verbraucht hat, und so erlauben Sie mir einige Ausführungen zur wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit.

Es wurde uns ganz deutlich gezeigt, daß in der Wirtschaftspolitik kein Platz für Überheblichkeit, Maßlosigkeit und Sozialromantik vorhanden ist. Die Expansionisten des Wohlfahrtsstaates haben geglaubt, die Wirtschaft sei so etwas wie Aladins Wunderlampe. Man müsse sie nur kräftig reiben, dann könne man sich von ihrem dienstbaren Geist

alle Wünsche erfüllen lassen. Man kann aber, meine Damen und Herren, die Wirtschaft nicht überfordern und Gesellschaftspolitik rücksichtslos über die Sachzwänge einer vernünftigen Wirtschaftspolitik stellen. Wenn wir nun den eingetretenen Knick im Wachstumstrend betrachten, der die bisherigen durchschnittlichen Wachstumsraten im Zeitraum von 1955 bis 1974 von 5,1 Prozent auf einen zwischen minus 1 und plus 2 Prozent liegenden Wert reduzieren wird, dann kommt einer realistischen, von ideologischem Wunschdenken freien Wirtschaftspolitik erhöhte Bedeutung zu.

Während sich unsere Bundesregierung von einer komplexbeladenen Einstellung zur Wirtschaft nicht befreien kann und einen Knebelungsversuch nach dem anderen startet, sind ihr ihre Parteifreunde in Deutschland schon wieder ein Stück voraus. Man hat dort bereits begriffen, daß man ein Klima unternehmerischer Ermutigung schaffen muß, daß das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft nicht ein einseitiges Nehmen sein darf, sondern von der Erkenntnis der gegenseitigen Angewiesenheit getragen sein muß.

Der Finanzreferent Dr. Klauser meinte in seiner Einbegleitungsrede, daß die steirischen Unternehmer wieder das Selbstvertrauen finden müssen. Das, Herr Kollege, setzt eine breite Vertrauensbasis voraus. Die Finanz- und Wirtschaftsgesetzgebung liegt nun einmal verfassungsmäßig beim Bund. Die derzeitige Bundesregierung müßte die Vertrauensbasis schaffen, auf der ein gemeinsamer Weg aus der Rezession herausgefunden werden könnte. Unsere Regierung kopiert das Ausland jedoch immer nur dort, wo es um Beispiele der Belastung der Wirtschaft geht. Wenn es um wirtschaftlich notwendige Maßnahmen geht, kommt der Lernprozeß ins Stocken. Das ist freilich kein Wunder; der Herr Bundeskanzler glaubt ja stolz darauf sein zu dürfen, daß er von der Wirtschaftspolitik nichts versteht. Es wäre jedoch besser, er würde sich ein Beispiel an seinem Genossen Schmidt nehmen. Schmidt hat die Forderungen nach einem kollektiven Vermögensbildungsfonds, staatlicher Investitionslenkung und härterer Steuerbelastung für die Unternehmer vorerst abgeblockt, obwohl diese von seinen linken Parteigenossen vorangetrieben wurden. Auch zeigen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik eine weit größere wirtschaftliche Vernunft: Sie begnügen sich mit Lohnforderungen teilweise unter der Inflationsrate, weil, meine Damen und Herren, bei schrumpfendem Wachstum ja auch eine Inflationsabgeltung inflatorisch und einkommensumverteilend wirkt: Die Ertragslage der Betriebe wird geschmälert und damit die Investitionsbereitschaft zum Erlahmen gebracht. Umgekehrt in Österreich: Gerade jetzt, wo es darum ginge, zur Konjunkturbelebung ein gutes Klima privatwirtschaftlicher Investitionsbereitschaft zu schaffen, werden seitens der Bundesregierung Schockmaßnahmen gesetzt, die das Vertrauen der Wirtschaft in den guten Willen der Bundesregierung beeinträchtigen. Die wirtschaftspolitischen Gruselspiele stehen weiter auf dem Spielplan.

Es ist mit wirtschaftlichem Hausverstand einfach nicht faßbar, warum der Herr Sozialminister zum

Beispiel gerade jetzt nicht nur eine Erhöhung des Mindesturlaubes einführen will, sondern auch noch einen Pflegeurlaub für kranke Familienmitglieder und einen Zusatzurlaub für gesundheitsgefährdete Arbeitnehmer (Abg. Loidl: „Furchtbar!“) — wobei, lieber Herr Kollege, das Arbeitsinspektorat in freiem Ermessen feststellen kann, welche Gruppen nun gesundheitsgefährdet sind. Man weiß bei unserem Herrn Sozialminister nie, ob man seine sozialpolitischen Einfälle, zum Beispiel die Idee, daß man mit mehr Urlaubsgewährung bei vollem Lohnausgleich die Arbeitslosigkeit verhindern könne, mit der Naivität des Rotkäppchens oder mit der Mentalität des bösen Wolfs erklären soll.

Das Institut für höhere Studien hat errechnet, daß die Arbeitskosten in der österreichischen Industrie in der ersten Jahreshälfte 1975 auf Dollarbasis um 36,6 Prozent gestiegen sind, in Deutschland betrug diese Steigerung nur 25,9 Prozent. Gleichzeitig ging in der Industrie die Produktion im 2. Quartal 1975 um 10,5 und die Produktivität im ersten Halbjahr um 5,4 Prozent zurück. Diese Kostenschere gefährdet die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Unternehmungen und damit auch die Arbeitsplätze. (Abg. Loidl: „30 Jahre!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Und es wird immer schlechter!“) Was dieser Lohnkostendruck für unsere Exportwirtschaft bedeutet, kann man sich unschwer ausdenken.

Auch die steirische Exportwirtschaft sieht sich bei einem schrumpfenden Welthandel auf ausländischen Märkten einer harten Konkurrenzsituation gegenüber. Von den ausländischen Wettbewerbern wird nicht nur zu Grenzkosten angeboten, sondern es werden auch, infolge entsprechender Wirtschaftsförderungsmaßnahmen ihrer Regierungen, Konditionen offeriert, bei denen unsere an Eigenkapital schwachen Betriebe nicht mithalten können. So müssen längere Zahlungsziele gewährt werden, die endgültige Auslieferung wird seitens der Besteller verzögert, kostenlose Serviceleistungen müssen geboten werden, was alles wiederum zu Lasten der Liquidität dieser Betriebe geht.

Die Volkseinkommensstatistik des Österreichischen Statistischen Zentralamtes zeigt, daß die Bruttolöhne seit 1971 ständig mit einer Rate von mehr als 10 Prozent gestiegen sind und damit nur noch zu 35 Prozent durch Produktivitätssteigerungen gedeckt gewesen sind. Die nicht gedeckten Lohnkostensteigerungen mußten durch inflationär wirkende Preissteigerungen oder aber durch Gewinneinbußen gedeckt werden. Während die Industrielöhne im Jahre 1975 noch zwischen 7 bis 11 Prozent real wuchsen, ging die Produktivität um 5,4 Prozent zurück. Die endgültigen Zahlen liegen aus der Volkseinkommensstatistik noch nicht vor, da aber schon 1973 die Einkommen aus Besitz und Unternehmung real nicht wuchsen, kann für 1975 ganz eindeutig gesagt werden, daß Reallohnsteigerungen zu Lasten der Unternehmereinkommen gehen. Dies beweist auch, daß in manchen Betrieben, meine Damen und Herren, Arbeitsplätze aufrechterhalten werden, obwohl dies wirtschaftlich bei vielen Arbeitsplätzen nicht mehr gerechtfertigt war. Der SPÖ-Generalsekretär Marsch hat vor dem 5. Oktober die Industriellenvereinigung bezichtigt, aus politischen Motiven Kündigungen zu provozieren. Ich

möchte jetzt, da die Unhaltbarkeit dieser Diffamierung offenbar ist, vor einem warnen: Wenn die Wirtschaft fortgesetzt zum Watschenmann gestempelt wird, produziert man Arbeitslosigkeit. Es werden dann nämlich jene moralischen Dämme abgebaut, die bisher den Abbau von Arbeitskräften in jenem Ausmaß verhindert haben, welches von der Wirtschaftlichkeit her gesehen zweckmäßig wäre.

Die Lohn-Preis-Spirale hat sich in Zeiten hoher Wachstumsraten lange genug gedreht. Bei Stagnation und Schrumpfung verwandelt sich diese Spirale in ein Katastrophenkarussell. Obwohl die gewerkschaftlichen Lohnforderungen alle über 10 Prozent liegen, damit man sich Abschlüsse noch über der Inflationsrate heraushandeln kann, reagiert unsere Bundesregierung, die so gerne von Stabilität redet, bei diesen Lohnforderungen sehr merkwürdig. Da besinnt sie sich darauf, daß dies Sache der Sozialpartner ist, da spielt sie den Schiedsrichter, den das gar nichts angeht. Wenn es aber um Preisfragen geht, wird sie munter und pfeift ein Foul nach dem anderen, auch wo es gar keines zu pfeifen gibt. So hat der Herr Minister Staribacher einen Preisgesetzentwurf vorgelegt, der den Ausspruch bestätigt: „In Österreich kann man kein politisches Kabarett machen, denn Österreich ist zur Zeit eines.“ Dieser Entwurf reiht sich nämlich nahtlos in die Serie kabarettistischer Einfälle, die vom Naßrasieren zwecks Einsparung der Energie bis zum Autobahnpickerl reichen. Bei der Durchführung dieser Preisadministration werden wir abwechselnd aus dem Lachen und dem Weinen nicht herauskommen. Meine Damen und Herren, der Begriff allein „volkswirtschaftlich gerechter Preis“ ist eine so dunkle Leerformel, daß seine Feststellung in Verbindung mit ruinösen Strafen ein heilloses Wirrwarr von Unbilligkeit und Behördenwillkür stiften wird. Man kann, meine Damen und Herren, wie gerade das Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, auch ohne eine administrative Preisregelung durch sachgerechte Wirtschaftspolitik, insbesondere verantwortungsvolle Lohnpolitik und konsequente Wettbewerbspolitik viel beachtlichere Erfolge bei der Inflationsbekämpfung erzielen, als dies eine amtliche Preispolitik vermag.

Das Verwerfliche an diesen Schildbürgerstreichen ist die Verständnislosigkeit gegenüber wirtschaftlichen Vorgängen und die bewußte Spitze gegenüber den Selbständigen. Ein typisches Beispiel in diesen Richtungen ist auch der Wegfall der steuerlichen Absetzbarkeit von Bewirtungsspesen. Es besteht wohl kein Zweifel, daß diese Spesen, die der Geschäftsanbahnung dienen — deswegen hat man ja die Exportgeschäfte miteinbezogen, das heißt, dort beläßt man die Möglichkeit —, Betriebsausgaben darstellen. Selbstverständlich müssen sie in einer vernünftigen Relation zum betrieblichen Zweck stehen. Die Beurteilung, inwieweit solche Spesen gerechtfertigt sind, obliegt bis jetzt den Betriebsprüfern des Finanzamtes, welche bei den Prüfungen durchaus strenge Maßstäbe anlegen. Wenn nun der Herr Finanzminister seinen Prüfern dieses Urteilsvermögen abspricht, trifft er damit seine Beamten. Vor allem trifft er aber auch das Gastgewerbe, und das macht diese Aktion fiskalisch sinnlos. Die Beträge, die sich der Finanzminister hier holen kann und

will, verliert er gleichzeitig bei der Steuerleistung der Gastbetriebe. In der Bundesrepublik hat man die steuerliche Absetzbarkeit der Bewirtungsspesen nur der Höhe nach begrenzt, bei uns wird das Kind mit dem Bad ausgeschüttet.

Außerdem hat man bei dieser Regierungsvorlage — das macht das ja noch so spannend — das Begutachtungsrecht der Handelskammer einfach übergangen. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf das eigenartige Verhältnis der Regierungspartei zum Rechtsstaat. Die Formel: „Der Staat ist ein Hebel zum Sozialismus“, umfaßt offenbar auch, daß das Recht nur ein Hebel zur gesellschaftlichen Veränderung ist. Man beruft sich nur so lange auf den Rechtsstaat, als man selbst nicht an der Macht ist, jedoch muß das Recht der Sicherung von Machtansprüchen dienen.

Schlecht verfaßte Gesetzesentwürfe werden mit kurzen oder überhaupt ohne Begutachtungsfristen durch das Parlament geschleust und sind bald wieder novellierungsbedürftig. Kein Wunder, allein das Einkommensteuergesetz wird seit dem Jahr 1972 zum sechsten Mal novelliert. Meine Damen und Herren, der Unternehmer soll jedoch im Finanzrecht, Arbeitsrecht, Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht sowie Zivil- und Strafrecht beschlagen sein und soll zahlreiche verwaltungsrechtliche Bestimmungen und Erlasse kennen. Unter diesen Gesichtspunkten wird der Satz „Unkenntnis des Gesetzes schützt nicht vor Strafe“, zu einer reinen Farce. Der so reformfreundige Justizminister sollte einmal darüber nachdenken lassen (Landesrat Gruber: „Generalabrechnung mit der Bundesregierung!“), wie man die Voraussetzungen dafür schaffen könnte, daß der Staatsbürger das geltende Recht überhaupt übersichtlich, lesbar und verständlich vorfindet. Wir sind in vielen Fällen schon bei einem Maßnahmenrecht angelangt, das mit schwerwiegenden Haftungs- und Straffolgen verknüpft ist. Dabei stellt die Unübersichtlichkeit der Rechtslage meines Erachtens genauso einen Grund der Milderung der Haftung und Strafe dar als irgendwelche Gemütsverwirrungen, die man dem Rechtsbrecher heute sehr freizügig zugute hält. Das ist bei uns nicht der Fall. Ich habe ein Beispiel gehört: Der türkische Fernfahrer, der einen Gendarmeriebeamten zu Tode fuhr, zahlte angeblich 6000 Schilling Strafe. Bei Überschreitung eines der Preisgesetze wird mit Strafen bis zu 60.000 Schilling gedroht. Ob das eine Vergleichsbasis darstellt, das muß ich ehrlich sagen, wundert mich ein bisserl. (Landesrat Dr. Klauser: „Von Fahrlässigkeit und ‚dolus‘ hast du noch nie etwas gehört!“) Ja, ja, das kann man dann immer hindrehen. Aber, lieber Kollege Klauser, heute kennen sich die Juristen nicht mehr bei allen Gesetzen aus. Ich möchte wissen, ob ein Richter in der Lage ist, mir bezüglich der Einkommensteuergesetzgebung eine bindende Aussage zu machen. Man wird selten einen solchen finden. Nur bei Gewerbetreibenden ist das kein Versäumnis, sondern ein Verbrechen. Wenn Sie heute einen Verwaltungsbeamten über die Einkommensteuer oder das Umsatzsteuerrecht befragen, wird er sagen: „Was geht das mich an, das ist nicht mein Fachgebiet.“

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat 1970 eine Wirtschaft mit guter Konjunktur und

geordnete Staatsfinanzen übernommen. Aber sie hat in falscher Einschätzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten und mit ihrer gigantischen Umverteilung das erreicht, daß sie sich selbst heute nicht über die Fortsetzung der Wirtschaftspolitik mehr klar ist. Das zusammengefaßte Budgetdefizit der Jahre 1975 und 1976 wird beinahe 100 Milliarden Schilling betragen. Und ich habe die Budgetrede des Herrn Finanzministers gehört und es ist heute schon in der Diskussion angekommen, er meinte, die Länder seien zu niedrig verschuldet — er bezifferte die Verschuldung mit 12 Prozent — und sie müßten mehr mit ihren Mitteln eingreifen, um Aufgaben des Bundes zu erfüllen. Um das geht es nämlich letztendlich.

Die Schwierigkeit unserer Unternehmen liegt darin, daß die Eigenkapitalsquote der österreichischen Betriebe nun mit 30 Prozent einen ohnehin beängstigenden Tiefstand erreicht hat. Durch die Fortsetzung der Steuerschraube, durch die Fortsetzung der Inflation, durch das Hineinwachsen auch heute mittlerer Einkommen in höhere Progressionsstufen wird ja diese Umverteilung erreicht. Es geht ja nicht nur um den Selbständigen, es wird auch den Unselbständigen so gehen, man rechnet heute doch damit, daß auch die Löhne und Gehälter in der Höhe von zirka 8000 Schilling in den nächsten vier Jahren mit doppelten Steuerlasten zu rechnen haben werden. Man hat bei uns auch die Investitionssteuer beibehalten, in der Bundesrepublik Deutschland jedoch zahlt man Investitionsprämien für vorgegebene Zeitabschnitte. Obwohl die Investitionssteuer dem Bund bereits über vier Milliarden Schilling mehr einbrachte, als ihm die Altvorsattentlastung gekostet hat, wird diese Steuer immer noch beibehalten. Wenn zum Beispiel die Anhebung der Vermögenssteuer geplant ist, geht das heute sehr einfach. Seit kurzem sind alle Einheitswerte im zentralen Finanzcomputer gespeichert, die Anhebung der Berechtigungsgrundlage erfordert also nur etwas Programmierarbeit. Daß aber die Erhöhung der ertragsunabhängigen Vermögenssteuer in einer Zeit sinkender Erträge nicht mehr aus den Gewinnen finanziert werden kann, stört den Finanzminister offenbar sehr wenig. Ebenso die Beschränkung des Touristenexportes. Dr. Dorfer ist auf diese Dinge bereits eingegangen. Hier wird doch ein Gebiet betroffen, das von beiden Seiten, vom Bund und Land, als erstrangig förderungswürdiges Gebiet erklärt wird, das Grenzland, die Grenzlandzonen. Wenn man sagt, die 2000 Schilling seien ein Bagatellfall, so stimmt das nicht; aufgrund der Zollbestimmungen kann die Mehrheit der Ausländer in unserem Land nicht mehr einkaufen. Hier werden wir auch wieder eingreifen müssen. Das heißt: Land, kümmer dich um deine Grenzgebiete, denn alles, was der Bund hier an Fehlern macht, haben wir dann wieder auszumerzen.

In Deutschland und Dänemark diskutiert man bereits sehr intensiv über die Grenzen des Sozialstaates und kommt zur Erkenntnis, daß die zu weit gehende Ausdehnung des Sozialstaates immer vom sozial Schwachen bezahlt wird, weil falsch geleitete Wohlfahrt den Wohlstand erstickt.

Die öffentliche Hand muß gezielt und maßvoll eingreifen, wobei nach dem ökonomischen Grund-

prinzip mit den eingesetzten Mitteln der optimale Erfolg erzielt werden soll. Wie schaut die Realität aus? 80 Prozent der steirischen Arbeitgeberbetriebe haben unter zehn Beschäftigte. Hier müssen wir also nicht nur aus versorgungspolitischen, sondern auch aus beschäftigungspolitischen Gründen fördernd eingreifen, um diese Betriebe konkurrenzfähig zu halten. Auch stoßen wir, besonders bei den Grenzbetrieben, auf eine neue Armut. Die Einkommen dieser Grenzgewerbetreibenden bei einer über 50 Prozent höheren Arbeitszeit sind weit unter dem Durchschnittseinkommen und kollektivvertraglichen Mindesteinkommen der Unselbständigen. Hier muß das Land Maßnahmen setzen, die vom Bund verabsäumt wurden. Daher haben wir in der Steiermark Förderungsmaßnahmen geschaffen, mit denen wir ein Beispiel setzen, wie die öffentliche Hand gezielt und sinnvoll eingreift.

Nicht die Marktwirtschaft ist heute in der Krise, sondern der Staatsdirigismus. Sehen Sie, in vielen Bereichen der Wirtschaft würde es genügen, wenn durch eine vernünftige Steuerpolitik eine Eigenkapitalbildung der Unternehmen möglich wird, mit der sie aus eigener Kraft wirtschaften können. Wo dies nicht der Fall ist, müssen wir der Wirtschaft zu Hilfe eilen. Und es haben viele unserer Abgeordneten in der Diskussion zur Gruppe 7 das eine oder das andere anklingen lassen, ich kann es mir ersparen, Zahlen aus der Wirtschaftsförderung unseres Budgets nochmals zu wiederholen.

Aber, lieber Herr Kollege Ileschitz, ich muß schon sagen, die Lehrlingsfrage ist bei Ihnen ein Trauma. Ich meine, das hat die Arbeiterkammer, Ihr Vorgänger, schon überwunden, aber das ist bei Ihnen allem Anschein nach die neue Leitlinie der Arbeiterkammer. Das streiten wir gar nicht ab: Wenn ich jetzt die runde Zahl von 32.000 Lehrlingen annehme, da werden 31.800 Lehrlinge einen guten, einen der Ausbildung angemessenen Arbeitsplatz vorfinden. Bei 200 wird das wahrscheinlich nicht der Fall sein. Das ist so ähnlich als wenn auf einer Universität 200 Studenten streiken und Krawall machen und 19.800 Studenten brav studieren, da spricht keiner von den braven, sondern man spricht nur von den 200, die es verstehen, sich in Szene zu setzen. Lieber Kollege Ileschitz, es ist nicht Ihr erster Angriff und ich habe Sie vor Jahren schon gebeten und gesagt: „Ich verspreche Ihnen in jedem Fall die Abstellung von Vorkommnissen“, ich habe aber bis heute noch keinen einzigen ins Büro gemeldet erhalten. (Abg. Pölzl: „Da schau her!“) Keinen einzigen, Herr Kollege Ileschitz, jetzt sind Sie bei mir nicht mehr glaubwürdig. Ich kann Sie wirklich gut leiden, aber der Ihnen das dort zusammenschreibt, der kennt die Verhältnisse wirklich nicht. Auch in Ihrer Generalrede schreiben Sie: „Es fehlen noch immer entsprechende Konzeptionen auf Landesebene. Diesen Rückstand in der Steiermark aufzuholen setzt sich die Bundesregierung zum Ziel. Das ist eine große und nicht schnell zu lösende Aufgabe. Wenn man das Ausmaß des Rückstandes in Betracht zieht, wird es schwer sein, 25 Jahre“ — wir haben es schon wieder — „Versäumtes nachzuholen.“ Aber, Herr Ileschitz, Sie schreiben auf der Seite 12 in Ihrem gleichen Konzept: „Ein für die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark sehr be-

zeichnendes Ergebnis zeigt eine vom Österreichischen Forschungsinstitut durchgeführte Untersuchung über die österreichische Industriekonjunktur im heurigen Jahr. Diese Studie zeigt deutlich, daß unser Bundesland nach Oberösterreich den geringsten Rückgang des Beschäftigungsstandes im Industriebereich aufweist." Diese relativ gute Stellungnahme widerlegt alle anderen Aussagen.

Nun darf ich aber noch was sagen, lieber Herr Kollege Ileschitz. Auch die Zahlen werden Sie genau kennen. Von den steirischen Arbeitnehmern beschäftigt am Stichtag 1. Juli 1975 das Gewerbe 69.999, die Industrie 107.928, der Handel 37.028, Geld- und Kreditwesen 7689, der Verkehr 20.351 und der Fremdenverkehr 11.882. Das heißt, daß die Klein- und Mittelbetriebe — und das zeigt auch die Beschäftigungsstrukturaufteilung der Arbeitgeberbetriebe nach Größe — 20.000 Arbeitnehmer mehr beschäftigen als die Industrie in der Steiermark. (Abg. Pölzl: „Wird ein anderer Arbeiterkammerpräsident gewählt?“) Es muß uns also daran gelegen sein. Ich wehre mich immer wieder, daß man in der Wirtschaft eine Salami-Taktik anwendet, das heißt, einmal das Handwerk, einmal den Handel, einmal die Industrie, einmal das Geld- und Kreditwesen und einmal den Fremdenverkehr herausgreift. Wir, Herr Ileschitz, wollen eine einheitliche Wirtschaft und der eine Teil braucht genau den anderen. Was täte die Autoindustrie ohne die Servicebetriebe der Mechaniker mit allem Drum und Dran? So ließen sich viele Beispiele anführen. Wir sind aber nun einmal leider ein Land der kleinen Strukturen und aus dieser Sicht heraus werden unsere Förderungs-mittel in erster Linie eingesetzt.

Nun darf ich ein paar Antworten geben: Herr Kollege Preamsberger, ich habe mich immer zur Sozialpartnerschaft bekannt. Nur darf das keine Einbahn werden. Sie dürfen Ihre Rechte nicht mißbrauchen. Wären wir Unternehmer so, wie Sie uns hinstellen, würden uns unsere Mitarbeiter nicht die Treue halten. Und noch etwas, Herr Preamsberger: Auch in der Rezession 1966 haben die Klein- und Mittelbetriebe am wenigsten Arbeitskräfte freigestellt. Heute ist es gleich, ich muß nur eine einzige Sparte ausnehmen: die Bauwirtschaft. Aber sind Sie mir nicht böse, wenn der Investitionsstoß nicht da ist, der diesem Sektor die Aufträge bringt, dann gelingt es den großen Betrieben genausowenig wie den kleinen, die Arbeitskräfte durchzuhalten.

Ich darf zum Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs bezüglich der Strompreisregelung STEWEAG ganz kurz etwas sagen: Ich habe die Unterlage mit den Ansätzen der Anträge. Ich kann jetzt nicht beschwören, ob sie bei der Sitzung diskutiert oder dargelegt wurden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Laut Generaldirektor Altziebler sind sie nicht vorgelegt worden!“) Und ich möchte noch sagen, daß der Zug noch nicht abgefahren ist, weil — wie die Entwicklung in Wien ausgeht, ist noch fraglich — die Aufteilung innerhalb der Landesgesellschaften eine Angelegenheit des Landes darstellt und nicht der Bundesbehörden. Das darf ich sagen und hier werden wir noch sehr langwierige Verhandlungen führen müssen, um einen Weg zu finden, der uns die steirischen Arbeitsplätze sichert. Um das wird es letzten Endes gehen müssen. (Beifall bei der ÖVP.

— Unverständliche Zwischenrufe. — Landesrat Bammer: „Herr Kollege, bei der Sitzung hat der Herr Landeshauptmann den Vorsitz geführt!“)

Meine Damen und Herren, noch einige Fragen zu den Vergleichen, die immer wieder angezogen wurden. Der Herr Abgeordnete Preamsberger war mit seinen statistischen Unterlagen reichlich bei der Hand. (Abg. Schrammel: „Chef von Waagner-Birol“) Lieber Kollege, ich vergleiche die Statistik nicht mit einem leichten Mädchen auf der Kärntnerstraße, wie man das gerne tut, man braucht die Statistik. (Heiterkeit. — Abg. Preamsberger: „So einfach ist das nicht!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Lieber Kollege Preamsberger, die Neuordnung des den Abgeordneten heute vorliegenden Vorschlages bzw. die Vereinheitlichung ist auf Anregung der Vereinten Nationen für den Bund, die Länder und die Gemeinden gemacht worden. Warum? Damit man über die Vereinheitlichung auch gewisse Vergleichsziffern erhält. Denn heute werden ja teilweise Makkaroninudeln mit Stahl verglichen, und das bringt nichts. (Abg. Preamsberger: „Nein, nein, so war es nicht!“) Ja, so sind die Dinge. Und, Herr Preamsberger, ich würde Ihre Firma bitten, sie nie ins Ausland als Verkäufer zu schicken, denn wenn sie hinunterfahren und zu einem sagen, er sei unterentwickelt, dann können Sie wieder nach Hause fahren. (Heiterkeit. — Abg. Preamsberger: „Dich hätten sie nach Beirut mitnehmen sollen!“)

Lieber Kollege Kollmann, du hast ja die Förderungsfälle bereits dargelegt, herzlichen Dank, das brauche ich nicht mehr zu tun. Die Voitsberger Problematik kennen wir in der Steiermärkischen Landesregierung ganz genau, wir verfolgen sie eingehend. Das gleiche gilt auch für das Gußstahlwerk Judenburg. (Abg. Dipl.-Ing. Turek: „Und Gleisdorf und die Oststeiermark!“)

Meine Damen und Herren, ich hatte in den letzten Wochen bei etlichen Jubilarehrungen Gelegenheit, unseren geschätzten Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl vertreten zu dürfen. Es war wirklich nett und es herrschte auch eine gewisse Offenheit. Ich habe gesagt, man merkt es, daß die Wahlen vorbei sind, daß für 1976 keine mehr heranstehen. (Landesrat Bammer: „Aber nicht bei allen!“) Aber auf der anderen Seite sind wir noch irgendwie Geteilte. Wir freuen uns über die 40jährige Betriebszugehörigkeit — ich auch bei meinen Leuten —, auf der anderen Seite verlangen wir die Mobilität der Arbeitskräfte. Wir danken den Leuten, daß sie so brav sparen und wissen ganz genau, daß dies zur Zeit der größte Blödsinn ist, weil wir den Konsumstoß brauchen. Wir sind ewig Geteilte. Der eine ist froh und sagt: „Bei der Personalvertretungswahl in meiner Gemeinde waren von 39 abgegebenen Stimmen 39 sozialistische. Bravo! Was bin ich für ein Patentdemokrat!“ Mein Gott, gelernt haben wir seit dem Jahr 1945, ich würde nicht sagen nichts, aber sehr, sehr wenig. Das muß ich zugeben. (Abg. Preamsberger: „Nur ein paar!“) Nennen wir die Dinge, wie sie jeder sieht und nicht, wie das Parteikonzept es momentan vorschreibt. Ich glaube, damit würden wir über viele Dinge leichter hinwegkommen.

Herr Zoisl, das gleiche gilt für Pöfing-Bergla. Das Land Steiermark hat nicht nur für die Prospek-

tion, nicht nur für die Aufschließung Mittel zur Verfügung gestellt, wir haben auch für die Neuansiedlung der Wolframerzverhüttung unseren nötigen Obolus angeboten und die ersten Anträge sind bereits durch die Regierung durchgegangen. Das Land tut, was es kann. Das schlägt sich im Voranschlag nieder. Hier geht es ja auch um die Mobilität der Arbeitskräfte. „Wunderbar“, wird der eine sagen: „Was ist denn dabei, wenn einer von Bergla nach Voitsberg herüberfährt, ist das denn etwas? In Amerika fahren sie noch viel weiter.“ Ich fühle mit den Menschen, denn dort, wo ich mein Heim, mein Haus habe, soll auch meine Arbeitsstätte liegen und außerdem wird dann die 40-Stunden-Woche schön langsam uninteressant, wenn ich 20 Stunden in der Woche für Ab- und Zufahrt rechnen muß. Ich weiß um diese Dinge, und hier müssen wir das eine oder andere versuchen, um das in diesen Regionen besser zu gestalten.

Lieber Pölzl (Landesrat Bammer: „Er sitzt jetzt am linken Flügel!“), hier hat es eine kleine Auseinandersetzung gegeben und ich will bei Gott keine Abhandlung über währungspolitische Maßnahmen hier durchführen. Aber eines, meine Damen und Herren: Wenn der Unternehmer auf Dollarbasis abschließt — die kleineren Exporteure können gar nicht anders und der Amerikaner kauft auch aus Prinzip nicht anders —, dann ändern sich Dinge, wenn sich die Relation des Dollars zum Schilling von 1 zu 25 auf 1 zu 16 und etwas ändert, dann, Kollege Präsident Ileschitz, dann spielt für den Betrieb, der unter diesen Voraussetzungen sein Produkt verkaufen muß, jede geringste Aufwertung eine Rolle. Das kann man nicht wegleugnen, Herr Ileschitz. Ob es recht oder nicht recht war, ob es falsch oder nicht falsch war, will ich gar nicht zur Diskussion stellen, denn hier würde es Hunderte von Ansichten geben. Aber abstreiten kann ich solche Dinge doch nicht.

Nun, lieber Dr. Dorfer, die Sperrstunde: Das Sperrstundenkarussell ist so alt wie die Gewerbeordnung. Das wirst gerade du wissen als ehemaliger Gewerbereferent draußen in einer Bezirksstadt. Hier werden wir uns mit der Rechtsabteilung 4 Gedanken machen müssen, wie weit wir die Delegierung erleichtern und die Hemmnisse in der Vollziehung, und zwar vom Bürgermeister her, beseitigen können. Das werden wir tun und werden das früh genug — dir geht es in erster Linie um den Bereich der Fremdenverkehrsregionen — den Bezirkshauptmannschaften mitteilen.

Meine Damen und Herren, wem soll ich eigentlich danken? (SPO: „Uns, weil wir zugehört haben!“) Einem Abgeordneten? Danken kann ich nur den Steuerzahlern in diesem Land (Beifall bei der OVP.), die arbeiten, die produzieren, die ihr Hirn anstrengen, die geistig und materiell für dieses Land wirken, denen müssen wir danken, denn wenn wir die nicht hätten, so bräuchten wir nicht hierzusitzen. Herzlichen Dank. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Ich erteile daher dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Ich verzichte auf das Schlußwort und stelle den Antrag auf Annahme der Gruppe 7.

Präsident: Ich bitte jene Damen und Herren, die den Posten und Ansätzen der Gruppe 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8: Dienstleistung. Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich nehme an, daß die Gruppe 8 sehr rasch abgehandelt werden kann. Sie umfaßt Dienstleistungen, das sind die Betriebe des Landes, insbesondere die Landwirtschaftsbetriebe, Forstgärten sowie den Abgang und Zuschuß zu den Steiermärkischen Landesbahnen. Einnahmen sind vorgesehen 35,676.000 Schilling, Ausgaben 69,526.000 Schilling. Ich bitte, den Ansätzen der Gruppe zuzustimmen.

Präsident: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichtstatters zustimmen, mögen ein Händezichen geben.

Der Antrag ist angenommen, die Gruppe 8 ist angenommen.

Gruppe 9: Finanzwirtschaft. Berichterstatter ist der Abgeordnete Josef Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Loidl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die Gruppen 0 bis 8 des Landesvoranschlages 1976 sind nunmehr nach umfangreichen Diskussionen vom Hohen Haus beschlossen worden und damit die darin enthaltenen Ausgaben getätigt. Viele zusätzliche Wünsche wurden angemeldet, die aber auf Grund der finanziellen Situation nicht berücksichtigt werden können. Die entsprechenden Grenzen werden insbesondere durch die Zahlen, die ich Ihnen bei meinem Bericht über die Gruppe 9 Finanzwirtschaft zu nennen habe, gezogen. Diese Gruppe ist in zehn Abschnitte aufgeteilt und die Gesamteinnahmen betragen 5.387,759.000 Schilling. Dem stehen Gesamtausgaben von 1.097,344.000 Schilling gegenüber.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit der Gruppe 9 ebenfalls ausführlich beschäftigt, und ich darf im Namen dieses Ausschusses den Antrag stellen, der Gruppe 9 Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Landesrat Dr. Klausner.

Landesrat Dr. Klausner: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Eine Zeitlang habe ich mich während der Wirtschaftsdebatte schon Sorgen hingegeben, weil die Kollegen Dorfer und Pölzl mit mir vereinbart haben, daß ich ein dreiviertelstündiges Schlußwort halte,

falls die Wirtschaftsdebatte der Gruppe 7 mindestens drei Stunden benötigt. Sie hat, wie ich festgestellt habe, nur zweieinhalb Stunden benötigt, und ich darf daher feststellen, daß ich von dieser Verpflichtung entbunden bin. (Allgemeiner Beifall.)

Ich habe auch keinen Ghostwriter bestellt gehabt und bin daher auch nicht verpflichtet, ein Konzept hier durchzuackern, überhaupt dann, wenn ich dazu keine Lust mehr verspüre. Es ist ja heuer dasselbe wie alle Jahre, daß die Behandlung der Gruppen des Landesvoranschlages, die die Ausgabenverteilung betreffen, immer sehr breit diskutiert werden — es wird immer sehr lang darüber beraten und geredet, wo man denn zu wenig ausgibt — und daß jene Gruppe, in der der Hauptteil der Einnahmen aufscheint, praktisch in der Diskussion untergeht. Das ist auch typisch insofern — meine Damen und Herren, seien Sie mir bitte nicht böse, wenn ich diese Behauptung aufstelle —, als darin auch das Ressortdenken und die Art der Interessenvertretung in diesem Hohen Haus zum Ausdruck kommt, weil jeder mehr haben will, aber keiner sagt, woher dieses Mehr kommen soll. Darum geht es aber letzten Endes ja. Wenn wir alle miteinander da oder dort Ansätze im Landesvoranschlag finden, bei denen wir der Ansicht sind, daß sie nicht genügend bedeckt sind, so machen wir es uns auch ein wenig zu leicht, nur das Mehr zu fordern, aber nicht gleichzeitig zu sagen, wo es herkommt. Und insofern muß ich dem Kollegen Peltzmann ganz recht geben, daß wir bei den Debatten samt und sonders eine Art Scheingefecht führen, das allerdings — vielleicht dient das zur Entschuldigung — längst Tradition geworden ist. Das gebe ich schon zu, aber bis zu einem gewissen Grad reden wir an den Dingen vorbei, weil wir so tun, als ob wir uns mit dem Fordern nach mehr begnügen könnten und uns der Problematik des Verteilungsprozesses gar nicht stellen. Das ist noch nie dagewesen. Jeder findet nur, dort oder da ist zu wenig, aber woher dieses Mehr bedeckt werden soll, darüber unterhalten wir uns nicht, meine Damen und Herrn. Und das bedaure ich. Wir werden ja sehen, ob es beim Fernsehschilling im Haus zu einer Debatte kommt. Das ist ein Mehr, zu dem wir uns entschließen, das aber ganze 30 Millionen Schilling ausmacht, das aber zu den 12 Milliarden, die wir beschließen werden, doch nur einen ganz kleinen Tropfen auf dem heißen Stein darstellt.

Ein paar Bemerkungen zu einigen Themen, die im Laufe dieser drei Tage angeschnitten worden sind, möchte ich aber doch machen:

Es ist Mode geworden, immer wieder von der Kosten-Nutzen-Rechnung zu sprechen, Hohes Haus. Aber dabei machen wir es uns, glaube ich, insofern zu leicht, als wir überall glauben, der Nutzen lasse sich so ohne weiteres in eine ziffernmäßige Darstellung bringen. Ein ganz erheblicher Teil der Leistungen des Landes spielt sich aber in Wirklichkeit in Bereichen ab, wo man über das, was dort unter Nutzen zu verstehen ist, erst einmal diskutieren müßte, das heißt, es wäre zu klären, welche Definition man anwendet. Das ist auch mit ein Grund für die Schwierigkeit, zu Definitionen, zu Reihungen und Rangordnungen zu kommen, dies ist auch ein Grund dafür, daß wir bis heute zu der immer wieder

geforderten mittelfristigen Finanzplanung oder Budgetvorschau nicht gekommen sind. Ich sage ganz offen, daß wir auf Grund der Diskussionen, die wir mit den Beamten der Rechtsabteilung 10 auf Grund dieses Antrages, der im Haus eingebracht wurde, gehabt haben, einfach zur Feststellung kommen mußten, daß die Beamtschaft, die Rechtsabteilung 10, und auch ich, meine Damen und Herren, dabei überfordert sind, solange solche Reihungen und Rangordnungen von jenen, die die politische Willensbildung vorzunehmen haben, nicht vorgenommen wurden. Denn sonst würde in jeder Budgetvorschau, die die Rechtsabteilung 10 erstellt, in Wirklichkeit ein Maß an politischer Wertung drinnenstecken, zu dem ich mich nicht berufen und auch nicht beauftragt fühle. Und dort liegt es in Wirklichkeit. Ich gebe schon zu, daß man auf der Einnahmenseite gewisse Zahlenspiele veranstalten könnte, aber selbst auf der Einnahmenseite wissen Sie und wissen wir, wie schwierig das ist, wenn man dabei von den bestehenden gesetzlichen und kostenmäßigen Voraussetzungen ausgeht und wie rasch sich die Dinge in Wirklichkeit verändern können.

Der Kollege Peltzmann hat auch in der Antwort auf das, was der Abgeordnete Pölzl zur Währungspolitik gemeint hat, die Exportschwierigkeiten infolge der Kursbewegungen der Währungen angeschnitten. Aber, meine Damen und Herren, in Wirklichkeit ist ja der Dollarkurs von so überwältigender Bedeutung, daß ich dir, lieber Freund, nicht zustimmen kann, daß die geringfügigen Bewegungen des Schillings im Vergleich zu 30- bis 40prozentigen Kursbewegungen des Dollars eine entscheidende Rolle spielen. Die Vergleiche mit dem Dollarkurs und mit den währungspolitischen Maßnahmen in den USA sind deswegen schwierig, weil dort der Chef der Notenbank eine so extrem abgesicherte Rolle spielt und gleichzeitig eine Politik so abenteuerlicher Deflation betreibt, daß alle Wirtschafts- und Währungswissenschaftler davor zittern, was dem Herrn in Amerika jetzt einfallen könnte, weil er ja am besten Weg ist, den Aufschwung in den USA mit aller Gewalt umzubringen. Das ist ja die Problematik, in der wir uns befinden. Und wir alle wissen, daß dieses Umbringen dort uns zum Zahlen bringt, ohne daß wir auch nur den geringsten Einfluß darauf haben. Leider werden die Dinge so dort gespielt und sie werden sich, fürchte ich, im amerikanischen Wahljahr ja auch kaum ändern.

Aber etwas muß ich auch noch dazu sagen, zu dem, was du gesagt hast, Kollege Peltzmann: Die Bundesrepublik Deutschland als Vorbild hinzustellen ist auch nicht richtig. (Landesrat Peltzmann: „Als Vergleich, nicht als Vorbild!“) Als Vorbild hast du sie hingestellt und du hast gesagt, wir sollten uns jene Maßnahmen zum Vorbild nehmen, zu denen sich der Herr Bundeskanzler Schmidt bereitgefunden hat. Ich habe schon in der Budgeteinbegleitung gesagt, daß ich mich durchaus dazu bekenne, daß wir in dem Ausmaß nicht mittun und daß ich finde, daß sich der Preis, den wir dafür zu zahlen haben — 2 Prozent mehr Inflation —, im Gegensatz zu den Schwierigkeiten, die in der Bundesrepublik Deutschland durch eine übersteigerte Deflationspolitik hervorgerufen worden sind, durch-

aus dafürsteht. Natürlich müssen die Deutschen heute alle möglichen Hilfen ergreifen, weil sie übers Ziel geschossen haben. Das ist halt dieser offensichtlich irgendwo nicht zu vermeidende Hang zum Extrem, den unsere deutschen Brüder immer wieder irgendwo zeigen und dem sie nachgeben. Wir bremsen doch ein bißchen rechtzeitiger ein. Es ist ja überall die Parallele zu sehen und verhältnismäßig leicht erkennbar. Aber wenn ich mir das Ganze anschau, alle Seiten, nicht nur die Inflationsrate, dann hoffe ich doch, daß sich in diesem Hause die große Mehrheit dazu bekennt, daß wir in einer glücklicheren Situation sind als die Bundesrepublik Deutschland. Ich jedenfalls für meine Person wiederhole das ganz ausdrücklich.

Meine Damen und Herren, ein Wort noch zur Frage, die auch immer wieder in die Debatte geworfen wird, zur Umstellung auf EDV, zur Einführung zahlloser Datenverarbeitungseinrichtungen auch im Lande. Ich glaube, wir sollten uns davor hüten, hier Wunder zu erwarten. Wir stecken da noch in den Kinderschuhen und müssen zur Kenntnis nehmen, daß leider jeder heute, der der EDV den kleinen Finger reicht, nicht mehr zurück kann, daß er gefressen wird mit Haut und Haaren, und daß wir leider Folgen auf uns nehmen müssen, die mit dem ganzen System und mit der Einführung verbunden sind, obwohl der Nutzen wahrscheinlich erst dann erkennbar sein wird, wenn das Ganze sich eingespielt hat, wenn wir in der Lage sind, das Mehr an möglicher Information überhaupt auszunützen, zu verwerten, zu lesen. Das steckt ja in Wirklichkeit drinnen, dieses Mehr an Information. Aber bis wir rasch genug zu dem Mehr kommen, bis wir wissen, was wir damit anfangen können — so weit sind wir noch lange nicht und inzwischen stellen wir alle miteinander fest, daß wir erheblich mehr Kosten bei vorläufig zumindest sehr wenig Einsparungen auf uns genommen haben, die dem gegenüberzustellen wären. Ich weiß auch keinen Ausweg. Wir sind Gefangene unserer eigenen Entschlüsse, diesen Weg zu begehen, und wir entkommen dem nicht mehr. Wir können nur hoffen, daß es uns gelingt, ihn zu einem Ende oder zu einem Ziel zu führen, das uns dann einigermaßen entlastet, was die Folgen dieser Beschlüsse betrifft. Ich bin noch nicht ganz sicher, daß wir wirklich entlastet dastehen werden. Derzeit scheint mir das noch durchaus offen zu sein. Es ist ja leider so, meine Damen und Herren, geben wir uns keiner Täuschung hin. Den Monopolen, die diese EDV anbieten, fällt ja ununterbrochen etwas Neues ein und man weiß überhaupt nicht, wie man dem entgegen kann. Da muß man fast mittun, ganz egal, was es kostet. Das wird von so wenigen angeboten, daß die in Wirklichkeit den Preis diktieren. (Landeshauptmann Doktor Niederl: „Die neue Theologie!“) Ja beinahe, Herr Landeshauptmann. Und die diktieren den Preis und man hat fast keine Möglichkeit, auf den Preis Einfluß zu nehmen. Ich für meine Person finde heute nur eine einzige Antwort darauf: Je langsamer wir dort weitertun, desto besser ist es. Um Gottes Willen, beschleunigen wir den Prozeß nicht, denn je mehr wir das beschleunigen, desto mehr Lehrgeld, fürchte ich, werden wir zu bezahlen haben.

Ich bin schon am Ende, meine Damen und Herren. Das, was ich am Beginn über das Mißverhältnis der Behandlung von Einnahmen zu Ausgaben gesagt habe, habe ich nicht nur so als Gag angebracht, sondern ich fände eigentlich, daß es Anlaß sein sollte, uns einmal darüber den Kopf zu zerbrechen, ob wir nicht über diese Einnahmenseite bei einer Budgetdebatte im Hohen Haus reden könnten, ohne daß jeder darauf wartet, daß der Herr Präsident seine Weihnachtsansprache hält. Das ist ja in Wirklichkeit die Problematik. (Präsident: „Die wird sehr kurz!“) Ja, Herr Präsident, aber die kann ja schon zu diesem Zeitpunkt fast nicht mehr kurz genug sein und da geht es Ihnen so ähnlich wie dem Referenten der Gruppe 9, der das Schlußwort hält.

Ich habe keinen Anlaß, am Schluß einer Stellungnahme des zuständigen politischen Referenten alle jene aufzuzählen, denen zu danken wäre. Wir alle miteinander erfüllen unsere Pflicht so gut wir können und dasselbe hoffe ich auch von jenen, die nicht in diesem Hause sitzen. Ich hoffe von uns, daß die Annahme des Voranschlages für das Jahr 1976 mit nicht allzu viel Enttäuschungen bei der Verwirklichung verbunden sein wird, und daß wir auf ein erträgliches Maß an Erfüllung kommen, um einigermaßen damit zufrieden sein zu können. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich bitte um ein Händezeichen, wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen.

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen nun zum außerordentlichen Haushalt. Berichterstatter ist Abgeordneter Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gesamteinnahmen im außerordentlichen Voranschlag in den Gruppen 0 bis 9 betragen auf Grund der Bedeckung, die vorgesehen ist, 1.203.900.000 Schilling. Im gleichen Betrage sind die Ausgaben vorgesehen.

Ich bitte um Annahme des außerordentlichen Haushaltsvoranschlages.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört, ich lasse abstimmen und bitte um ein Händezeichen, wenn Sie dem Antrag zustimmen.

Der außerordentliche Haushalt ist angenommen.

Wir kommen nun zu den Beschlüßanträgen. Bevor ich zur Abstimmung dieser Beschlüßanträge schreite, gebe ich dem Hohen Haus bekannt, daß insgesamt 25 Beschlüßanträge vorliegen. Davon werden 20 Anträge von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt. Fünf Anträge werden von der ÖVP und SPO unterstützt, wobei die FPÖ zustimmt.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die den 25 Beschlüßanträgen zustimmen, eine Hand zu erheben.

Die Beschlüßanträge sind angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Karl Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Dienstpostenplan liegt Ihnen in einer neuen Form als EDV-Ausdruck vor. Er umfaßt im Bereich, der für 1976 vorgesehen ist, in der Hoheitsverwaltung 5724 Dienstposten, das ist ein Minus von sechs gegenüber dem Vorjahr. In den Sanitätsanstalten einschließlich der angeschlossenen Anstalten 7981, das ist gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 117. Sonstige Dienststellen 1456 Dienstposten, das ist ein Plus von 33, Wirtschaftsbetriebe 620 Dienstposten, das sind minus drei gegenüber dem Vorjahr. Der Dienstpostenplan umfaßt daher 15.781 Dienstposten, das ist gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 141.

Der Dienstpostenplan wurde im Finanz-Ausschuß beraten. Im Namen dieses Ausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und er suche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag!

Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan für das Jahr 1976 sieht keine wesentlichen Veränderungen gegenüber 1975 vor. Ich darf im Namen des Finanz-Ausschusses um die Zustimmung ersuchen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händenzeichen, wenn Sie zustimmen.

Damit ist auch der Systemisierungsplan für die Kraftfahrzeuge genehmigt.

Wir haben noch über den Antrag des Herrn Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 412/1, abzustimmen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Abg. Brandl: Ich verzichte auf das Schlußwort. Ich habe einleitend den Antrag auf Annahme gestellt.

Präsident: Wer mit den Anträgen und Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 412/1, einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Damit ist der Landesvoranschlag 1976 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu den nächstfolgenden Punkten der Tagesordnung.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 203/5, über den Antrag der Abgeordneten Feldgrill, Dipl.-Ing. Schaller, Prof. Dr. Eichinger, Neuhold, Lind, Jamnegg und Pinegger, betreffend die Senkung des Zinssatzes für Wohnbaukredite.

Berichterstatter ist Abgeordneter Prof. Dr. Karl Eichinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Hohes Haus!

Die Vorlage behandelt einen Antrag der Abgeordneten Feldgrill, Dipl.-Ing. Schaller, Eichinger, Neuhold, Lind, Jamnegg und Pinegger und betrifft die Senkung des Zinssatzes für Wohnbaukredite. Dieser Antrag, der seinerzeit gestellt wurde, hatte die Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung zum Gegenstand, die Bundesregierung zu ersuchen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, daß der Zinsfuß für Kapitalmarktdarlehen, die für die Errichtung von geförderten Wohnbauten erforderlich sind, wieder gesenkt werde. Damit bleibt die finanzielle Belastung der Wohnungsinhaber in Grenzen, und man kann wieder von einem sozialen Wohnbau sprechen.

Dazu teilte die Bundesregierung mit, daß die Festsetzung der Kreditkonditionen in die ausschließliche Zuständigkeit der Kreditinstitute falle und es wegen der Beispielfolgen bisher immer vermieden worden sei, Einfluß auszuüben.

Diese Vorlage wurde im Ausschuß beraten, und ich bitte das Hohe Haus um die Annahme.

Präsident: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, mögen ein Zeichen geben.

Der Antrag ist angenommen.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 252/6, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Lackner, Koiner, Dr. Heidinger und Lind, betreffend Verbesserung der finanziellen Verhältnisse entlegener Berggemeinden und einkommenschwacher Wohnsitzgemeinden.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dipl.-Ing. Doktor Siegfried Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Beim gegenständlichen Antrag wird festgestellt, daß das Problem vor allem beim nächsten Finanzausgleich zur Diskussion gestellt und einer Regelung zugeführt werden muß. Die Landesregierung ist jedoch bestrebt, für besondere Härtefälle durch Förderungsmaßnahmen den Berggemeinden Unterstützung zu gewährleisten.

Ich stelle den Antrag, diesen Bericht anzunehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich er suche die Damen und Herren, die ihm zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist angenommen.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 273/3, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Lackner, Prof. Dr. Eichinger, Ritzinger und Prantkh, betreffend die Unterstützung von finanzschwachen Gemeinden bei außerordentlich hohen Schneeräumungskosten.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hoher Landtag!

Die Abgeordneten Dipl.-Ing. Eberdorfer, Lackner, Prof. Dr. Eichinger, Ritzinger und Prantkh haben

vor einiger Zeit einen Antrag auf Unterstützung von finanzschwachen Gemeinden, betreffend die außerordentlich hohen Schneeräumungskosten, eingebracht. Die Antwort zu diesem Antrag liegt nun in Form dieser Vorlage vor und sieht im wesentlichen vor, daß aus den Katastrophenfondsmitteln für solche Zwecke keine Mittel bereitgestellt werden können und daß ein Ausgleich des Haushaltes bei solchen Gemeinden nur über Beihilfen erfolgen kann.

Ich darf namens des Finanz-Ausschusses um Annahme der Vorlage bitten.

Präsident: Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 413/1, betreffend Fa. Alucon Ges. m. b. H. & Co. KG. Altenmarkt bei Sankt Gallen, Ausfallhaftung des Landes für 20 Millionen Schilling.

Berichterstatte ist der Abgeordnete Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Hoher Landtag!

Die Fa. Alucon Gußradiatorenerzeugung in Altenmarkt bei St. Gallen beschäftigt 78 Personen und hat für die erste Ausbaustufe 36 Millionen Schilling aufgewendet. Sie benötigt für eine Betriebsausweitung weitere 20 Millionen. Die Raika-Kredit Oberösterreich ist bereit, diesen Betrag zu gewähren, wenn das Land Steiermark die Ausfallhaftung für den Kapital- und Zinsendienst übernimmt. Die näheren Bedingungen sind in der Vorlage enthalten. Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, diese Ausfallhaftung zu übernehmen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich ersuche nun die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 416/1, betreffend den Abverkauf eines landeseigenen, zum Gutsbestand des Landesgutes Wagna gehörigen Grundstückes an Herrn Walter Ebner, Landesbeamter, 8430 Leibnitz, Alter Sportplatz 6.

Berichterstatte ist der Abgeordnete Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Hohes Haus!

Der Antrag liegt Ihnen schriftlich vor. Er wurde im Finanz-Ausschuß beraten und namens des Ausschusses stelle ich den Antrag:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Abverkauf der landeseigenen, zum Gutsbestand des Landesgutes Wagna gehörigen Parzelle Nr. 250/121 im Ausmaß von 710 m² und des darauf befindlichen Holzwohnhauses an Walter Ebner, Landesbeamter, Leibnitz, zu einem Gesamtpreis von 212.200 Schilling wird zur Kenntnis genommen und genehmigt. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren um ein Händezeichen, wenn sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen.

Der Antrag ist angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 421/1, über den Verkauf des Restgrundstückes Nr. 394/10, KG. Murau, EZ. 329, im Flächenausmaß von voraussichtlich 2888 m² (Restfläche nach Abtretung eines noch nicht vermessenen Grundstreifens zur Errichtung der Umfahrungsstraße Murau — Landesstraße Nr. 250) an die Landesbahnbediensteten Anton Huez, Friedrich Reiter und Herbert Spreitzer zu ungefähr je einem Drittel der Grundfläche zum Preis von 100 Schilling je Quadratmeter, das ist zu einem Gesamtkaufpreis von voraussichtlich 288.000 Schilling.

Berichterstatte ist der Abgeordnete Georg Prandkh. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prandkh: Es handelt sich dabei, wie der Herr Präsident schon gesagt hat, um den Verkauf eines Restgrundstückes im Ausmaß von 2888 Quadratmetern zum Preis von 100 Schilling je Quadratmeter an drei Landesbahnbedienstete. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 29, Einl.-Zahl 422/1, Gesetz über die Einhebung eines Fernseh- und Rundfunkschillings (Steiermärkisches Fernseh- und Rundfunkschillinggesetz).

Berichterstatte ist Abgeordneter Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren!

Die gegenständliche Gesetzesvorlage beinhaltet die Einhebung eines Fernseh- und Rundfunkschillings als ausschließliche Landesabgabe, wie sie derzeit schon die Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Salzburg, Tirol und Wien einheben. Die Abgabe soll für Inhaber einer Fernseh- und Rundfunkhauptbewilligung 7 Schilling, für Inhaber einer Rundfunkhauptbewilligung 3 Schilling für jeden Monat betragen. Das Erträgnis der Abgabe ist für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit und für kulturelle Aufwendungen des Landes zu verwenden. Das Gesetz soll mit dem seiner Kundmachung folgenden Monatsersten in Kraft treten.

Ich ersuche namens des Ausschusses um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben.

Der Antrag ist angenommen.

9. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 31, Einl.-Zahl 439/1, Gesetz, mit dem die Gemeindeordnung 1967 geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1975).

Berichterstatler ist der Herr Abgeordnete Alexander Haas. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Haas: Hoher Landtag!

Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß hat sich mit der Gemeindeordnungsnovelle 1975 befaßt und stellt nach eingehender Beratung den Antrag: Der Hohe Landtag wolle das in der Regierungsvorlage, Beilage Nr. 31, enthaltene Gesetz mit folgenden Abänderungen beschließen:

Im § 40 Abs. 3 ist eine neue lit. a einzufügen, die zu lauten hat:

„a) die Wahrnehmung der Anzeigenpflicht nach § 47 Abs. 2.“

Die bisherigen lit. a bis c werden lit. b bis d.

Im § 43 Abs. 2 ist als neue lit. d einzufügen:

„d) das Einschreiten bei Gerichten und Verwaltungsbehörden, sofern dies nicht zur laufenden Verwaltung (§ 45 Abs. 2 lit. c) gehört, die Bestellung von Rechtsvertretern sowie Stellungnahmen im Anhörungsverfahren in bestimmten Angelegenheiten.“

Die bisherigen lit. d und e werden lit. e und f.

§ 105 a hat neu wie folgt zu lauten:

„Die Landesregierung hat Gesetzesentwürfe, die die allgemeinen Interessen der Gemeinden berühren, vor ihrer Einbringung in den Landtag sowie Entwürfe von Rechtsverordnungen solchen Inhaltes dem Steiermärkischen Gemeindebund und der Landesorganisation Steiermark des Österreichischen Städtebundes zur Begutachtung zu übermitteln.“

Ich bitte den Steiermärkischen Landtag um Annahme dieser Gemeindeordnungsnovelle 1975.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Turek: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte gleich diese Wortmeldung zum Anlaß nehmen, auch zu den folgenden drei Tagesordnungspunkten, und zwar zu den Einlaufzahlen 440/1, 441/1 und 443/1, auf einmal Stellung zu beziehen und ich bitte um Ihr geschätztes Einverständnis.

Meine Damen und Herren, diese vier Tagesordnungspunkte sind schon, nachdem sie ja der Presse bekanntgegeben wurden, in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Ich möchte doch von hier aus gerade heute abend einige Dinge dazu sagen, unter welchem Licht die Beschlußfassung dieser vier Vorlagen erfolgt. Und zwar glaube ich, meine Damen und Herren, daß es sicherlich in der Öffentlichkeit keinen sehr guten Eindruck macht, wenn wir nach drei Tagen Budgetdebatte am letzten Tag und dann um halb zehn Uhr am Abend vier Vorlagen beschließen, die sich in irgendeiner Form mit der Politikerbezugsregelung beschäftigen.

Es geht aus den Aufzeichnungen bzw. Vorlagen hervor, daß sie nicht einmal mehr gedruckt, wie es in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, vorgelegt werden konnten, weil sie erst am 2. Dezember dieses Jahres bei der Präsidialkanzlei eingebracht

wurden und die Präsidialkanzlei sich außerstande sah, diese Vorlagen hier uns heute gedruckt zu liefern.

Das zweite, meine Damen und Herren: Wir dürfen uns nicht wundern, wenn wir unter solchen Verhältnissen solche Tagesordnungspunkte beschließen, daß wir in der Öffentlichkeit einer gewissen Kritik unterzogen werden und daß irgendwo ein schaler und bitterer Nachgeschmack da und dort auftaucht. Es schaut ja beinahe aus, als wenn es hier um Geheimnisse ginge oder als ob wir hier eine Geheimnistuerei betreiben wollten bzw. als ob wir ein schlechtes Gewissen hätten, wenn wir uns mit Politikerbezugsregelungen in irgendeiner Form, wenn auch wir hier nicht unmittelbar betroffen sind, beschäftigen. Es erhebt sich in diesem Zusammenhang die Frage — und das möchte ich einmal grundsätzlich sagen —: Was ist eigentlich die Tätigkeit eines Politikers wert? Bei der Bezugsregelung über die Bezüge der Landtagsabgeordneten bzw. der Bezüge der Landesregierungsmitglieder ist sicher sehr viel darüber gesprochen worden und es wurde sicher festgelegt — und dazu haben sich ja alle Fraktionen bekannt —, was die Tätigkeit eines Abgeordneten und was die Tätigkeit eines Regierungsmitgliedes wert ist. Nun, meine Damen und Herren, es ist sicher so: Wenn man über Politikerbezüge spricht, haben manche Menschen in unserem Lande eine Meinung, die dahingehend lautet: Der Politiker soll gar nichts verdienen und soll davon Steuer zahlen. Das ist sicher eine Auffassung, die dort und da vorherrscht und es wäre sehr billig, dieser Neidgenossenschaft zu huldigen und hinauszugehen und sie entsprechend anzukurbeln. Ich bin überzeugt, das wäre dort und da sehr wirksam und würde auch auf offene Ohren stoßen. Es gibt aber doch, meine Damen und Herren — das möchte ich auch betonen —, sehr wohl einen Kreis der Bevölkerung — ich hoffe und behaupte, daß das der größere Kreis der Bevölkerung ist —, der sehr wohl weiß, daß die Tätigkeit eines Politikers heute eine sehr verantwortungsvolle ist und der Einsatz, den jeder einzelne Politiker zu leisten hat, Formen angenommen hat, bei denen man nicht von einer 40-Stunden-Woche sprechen kann. Dieses Verständnis ist vorhanden und, wenn Sie in den letzten Jahren, so wie ich, mit Leuten aus der Bevölkerung gesprochen haben, ist wirklich zu sagen, daß diese Neidgenossenschaft in dieser Form nicht mehr vorhanden ist und daß weitestgehend dafür Verständnis herrscht, daß der Politiker auch einen Bezug hat.

Die Entwicklung in den vergangenen Jahren, im letzten Jahrzehnt, möchte ich vielleicht etwas eingehen, hat ja ganz deutlich gezeigt, daß wir uns dem Berufspolitiker nähern. Es ist eine Realität, ob wir es gerne sehen oder nicht, aber es ist nun einmal so, daß man heute in einer verantwortungsvollen politischen Position einfach Politik nicht mehr als Amateur mit der linken Hand betreiben kann, sondern daß es sehr viel persönlichen Einsatz und sehr viel Zeitaufwand bedeutet. Ich glaube, meine Damen und Herren, es wird sicher sehr schwer sein, eine endgültige Definition hier zu bringen, was es heute heißt, Politiker zu sein. Ich möchte an die vorderste Stelle stellen, daß es meines Erachtens zuerst einmal Politiker zu sein heißt, hart zu ar-

beiten. Das gilt sicher für jeden. Es heißt sicher auch, steten Einsatzwillen und stete Einsatzbereitschaft zu zeigen. Es heißt, keine 40-Stunden-Woche zu haben und es heißt, auch oft keinen Sonn- oder Feiertag für sich in Anspruch zu nehmen. Es heißt, stets bereit sein, zu informieren und sich selbst informieren zu lassen. Und es heißt, daß die Bereitschaft stets vorhanden ist, an sich zu arbeiten und ich glaube auch, meine Damen und Herren, daß es auch heißt — das gehört auch zu dem Zeitaufwand, den nun ein Politiker braucht —, stets bereit zu sein, sich weiterzubilden und sich weiterzuentwickeln. Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn wir diese Punkte, und die ließen sich sicher, wenn Sie nachdenken, mit einigen anderen noch ergänzen, zur Grundlage nehmen, ist heute Politik zu betreiben bzw. Politiker zu sein, eine sehr verantwortungsvolle Tätigkeit und man kann vielleicht in Klammer sagen, leider keine Nebenbeschäftigung mehr. In Anerkennung dessen, meine Damen und Herren, haben wir zwei freiheitlichen Abgeordnete diese Vorlagen sicher einer kritischen Analyse unterzogen und wir haben uns auch daran gestoßen, daß sie uns in einer etwas überstürzten Art und Weise vorgelegt wurden, aber in Anerkennung der Tatsachen, die ich hier aufgezeigt habe, werden wir diesen Vorlagen unsere Zustimmung geben.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Antrag ist angenommen.

10. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 32, Einl.-Zahl 440/1, Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut.

Berichterstatter ist Abgeordneter Johann Neuhold. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Neuhold: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der gegenständlichen Regierungsvorlage handelt es sich um das Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut. Das Gesetz ist in fünf Abschnitte mit 14 Paragraphen gegliedert und besagt im wesentlichen, daß dem Bürgermeister nach dem Ausscheiden aus seinem Amt auf Antrag ein monatlicher Ruhebezug oder eine einmalige Zuwendung gebührt, sofern er das Amt des Bürgermeisters durch mindestens zehn Jahre bzw. fünf Jahre innegehabt und er das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Weiters wird in diesem Gesetz der Versorgungsanspruch der Hinterbliebenen nach dem Ableben eines Bürgermeisters geregelt. Den Aufwand für die zur Auszahlung gelangenden einmaligen Zuwendungen sowie Ruhe- und Versorgungsbezüge trägt das Land. Als Beitrag zum Aufwand haben sowohl die Gemeinden als auch die im Amt befindlichen Bürgermeister einen monatlichen Ruhebezugsbeitrag in der Höhe von je zehn von Hundert zu leisten.

Als Stichtag für den Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsbezug bzw. einer einmaligen Zuwendung wurde der 1. Jänner 1975 festgesetzt, wie auch dieses Gesetz am 1. Jänner 1975 in Kraft treten soll.

Die Vorlage wurde im Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß eingehend behandelt und namens dieses Ausschusses stelle ich daher folgenden Antrag: Der Hohe Landtag wolle das in der Regierungsvorlage, Beilage Nr. 32, enthaltene Gesetz mit folgender Abänderung beschließen: Im § 11 Abs. 3 ist folgender Satz anzufügen: „Ausgedingeleistungen bis zur Höhe eines Drittels der Mindestpension werden hiebei nicht eingerechnet.“

Präsident: Keine Wortmeldung. Sie haben den Antrag gehört. Ich ersuche um ein Händezeichen, falls Sie ihm zustimmen.

Der Antrag ist angenommen.

11. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 33, Einl.-Zahl 441/1, Gesetz, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wird.

Berichterstatter ist Abgeordneter Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Hoher Landtag!

Mit der Novelle zum Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 wird im wesentlichen der § 39 einerseits den Erfordernissen angepaßt, die sich aus dem Bezugesgesetz ergeben und andererseits auch statuiert, was ja schon auf eine Freiwilligkeit der betreffenden Mitglieder des Grazer Stadtensats zurückzuführen ist, nämlich, daß sie auf die Hälfte ihres Bezugsanspruches, den sie aus einer Beschäftigung zur Stadtgemeinde Graz hätten, verzichten, bzw. dieser Verzicht nun durch Gesetz festgelegt wird.

Ich darf namens des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses beantragen, diese Vorlage anzunehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich um ein Händezeichen. Danke.

Der Antrag ist angenommen.

12. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 84, Einl.-Zahl 443/1, Gesetz, mit dem das Gesetz über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Landes geändert wird (Steiermärkische Bezugesgesetznovelle 1975).

Berichterstatter ist Abgeordneter Adolf Pinegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pinegger: Hohes Haus!

Die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 34, Einl.-Zahl 443/1, Gesetz, mit dem das Gesetz über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Landes geändert wird (Steiermärkische Bezugesgesetznovelle 1975), wurde im Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß die einhellige Zustimmung erteilt. Ich darf in diesem Zusammenhang bemerken, meine Damen und Herren, daß es sich hier nicht um eine Erhö-

hung der Bezüge handelt, sondern um ein sogenanntes Stillhalteabkommen oder ein Einfrieren gewisser Bezüge, bezogen auf Aktivbezüge als auch auf Ruhegenüsse.

In diesem Zusammenhang darf ich namens des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses den Hohen Landtag um Annahme dieser Vorlage ersuchen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört, wer ihm die Zustimmung erteilt, möge eine Hand heben.

Der Antrag ist angenommen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Budgetdebatte spiegelt auch diesmal die Verhältnisse und Meinungen im Lande wider. Über Wert und Unwert solcher Debatten wurde schon oft auch in diesem Haus diskutiert. Ich bekenne mich persönlich zum Austausch fundierter Meinungen und bedanke mich vor allem bei den Damen und Herren, die durch ihren Beitrag das Niveau dieser Debatte bestimmt haben.

Herr Abgeordneter Turek hat zur Bürgermeisterpension kurz gesprochen, er hat es positiv getan, er hat den Satz geprägt: „Im Hinblick auf die Beschlußfassung sollten wir das nicht vorübergehen lassen“, und ich darf Ihnen sagen: Wir sind alle einer Meinung, wir fürchten uns nicht vor einer solchen Beschlußfassung, wenn darüber auch nicht geredet wird, oder einer Debatte. Ich glaube, über die Funktion eines Bürgermeisters könnten wir tagelang in diesem Haus diskutieren, sehr verehrte Damen und Herren, denn er ist der erste, der in der täglichen Politik drankommt, seien es die kleinen oder großen Dinge, sei es beratend, helfend oder Recht suchend. Es gibt Bürgermeister in unseren Reihen und meine sehr geehrten Damen und Herren, sie sollen aufstehen und sagen, was es bedeutet, tagtäglich Jahrzehnte hindurch draußen zu stehen und die Aufgaben für die Bürger dieses Landes zu vollziehen. Der Nationalrat ist weit weg und die Bundesregierung, der Landtag und die Landesregierung sind ein wenig näher, aber täglich ist der Bürgermeister mit dem Gemeindevorstand und Gemeinderat berufen, zu handeln. Wenn wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, uns heute dazu bekennen, diesen Menschen in den älteren Tagen auch etwas zu gönnen, dann sollen wir das positiv bewerten. Ich bitte Sie darum, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Allgemeiner Beifall.)

Gönnen wir doch unseren Bürgermeistern, die Jahrzehnte und vielfach in kleineren Gemeinden tätig sind, daß sie eine kleine Anerkennung finden, sie ist nicht groß. Ich würde die Massenmedien sehr bitten, daß sie nicht die Ziffern genau hineinschreiben — sie können sie auch hineinschreiben, das ist auch ganz gleichgültig. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, das verdienen sie einfach. Es sind oft die Familien, die Frauen und Kinder, die mithelfen müssen, damit ein Mann die Aufgaben eines Bürgermeisters erfüllen kann.

Daher möchte ich namens der Steiermärkischen Landesregierung und des gesamten Landtages den Dank an unsere Bürgermeister aussprechen und ich

vergönne den Bürgermeistern diese Regelung, die wir heute getroffen haben; damit wird ein bißchen — wir glauben aber längst nicht alles — abgegolten, was sie ein Leben lang leisten.

Ich mußte das sagen, Herr Abgeordneter Turek, weil Sie sich zu Wort gemeldet haben — sicher positiv, das erkenne ich an —, aber weil es nicht bedeuten soll, daß wir das verschweigen. Absolut nicht, sondern wir waren nur der Meinung, daß die Übereinstimmung im Ausschuß und in der Klubobmännerkonferenz so weit reicht, daß wir als Landtag das auch letzten Endes gegenüber der Öffentlichkeit verantworten können. Wir sollen uns nicht von Neidkomplexen stören lassen. Wenn die Abänderung noch dazugekommen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, die der Herr Abgeordnete hier erwähnt hat, so bedeutet es nichts anderes, als daß die ärmsten unter den Bürgermeistern, jene, die 440 Schilling Kleinrente haben, wenn sie Jahrzehnte Bürgermeister waren, halt auch ein bißchen mehr bekommen sollen; noch dazu, wo es oft so ist, daß sie ihren Beruf fast vernachlässigen müssen, wenn sie in der Politik tätig sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, „Das ist ja fast überhaupt immer so“, wird da gesagt: „Jo, in der letzten Stunde tut man solche Sachen schnell ab, Bezugesetz und alles andere.“ Es ist peinlich genug, daß wir selbst darüber beschließen müssen. Vielleicht wäre es besser, wenn eine Kommission da wäre, die letzten Endes sagt, was wir verdienen sollen oder nicht. Vielleicht wäre es wirklich besser, meine sehr verehrten Damen und Herren. Man sollte sich einmal überlegen, ob man nicht eine Kommission einsetzt, die sagt, was wir verdienen müssen oder verdienen sollten, wie es auch in anderen Institutionen der Fall ist. Mich stört es persönlich nicht, wenn ich in einer Zeitung lese, was ich verdiene oder was ich nicht verdiene. Das steht so alle halben Jahre einmal drinnen. Vor einigen Tagen hat meine Tante eine Zeitung gelesen — sie ist die Frau eines Facharbeiters in Pension der Firma Bauknecht — und sie hat gesagt: „Weißt du was, ich vergönne dir das!“ Sie ist sehr oft bei mir zu Hause und sagt: „Sonst hast du ohnehin nichts vom Leben, wenigstens hast du Geld.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber so billig ist es ja nicht abgetan. Ich habe ihr gesagt: „Weißt du, mit der Landesregierung zusammen vergleiche ich mich mit dem Vorstand eines Unternehmens, das 17.000 Beschäftigte hat.“ Und da soll man einmal gegenüberstellen, was bekommt denn ein Unternehmer mit 17.000 Beschäftigten, meine sehr verehrten Damen und Herren? (Abg. Gross und Abg. Hammerl: „Genau!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Und 12 Milliarden Umsatz!“) Wenn wir nicht vernünftige Frauen hätten, na dann wären wir sehr schön dran. (Allgemeiner Beifall.) Für die Zukunft würde ich sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ganze Teppen sind wir Politiker auch nicht, denn dann sind wir hier fehl am Platz. Wenn wir hier gewählt sind und unsere Aufgaben erfüllen, dann sind wir eben Vertreter eines Unternehmens für dieses Land und für die Menschen in diesem Land. Wenn Bezüge veröffentlicht werden, dann soll man das gegenüberstellen, ganz fein säuberlich, damit bin ich voll-

kommen einverstanden. (Allgemeiner Beifall.) Oder, meine sehr verehrten Damen und Herren, man soll andere Maßstäbe für diese Aufgaben anlegen, damit bin ich auch einverstanden. Ich bin gerne bereit, meinen Zivilberuf, in dem ich nicht schlecht verdient habe, voll auszufüllen, wenn ich die Zeit dazu habe. Dann muß man halt andere Maßstäbe setzen. Das wollte ich nur dazu sagen und es soll nicht gehässig sein, Herr Abgeordneter Turek, aber es soll betonen, daß wir uns nicht vor solchen Dingen drücken. Überlegen wir uns doch einmal, ob nicht andere Kommissionen darüber entscheiden sollen, wer diese Bezugsregelungen trifft; für die Stadt Graz genauso wie für die Bürgermeister, für die Abgeordneten und letzten Endes für die Mitglieder der Landesregierung. Dann soll es halt wer anderer bestimmen. Einfach ist es nicht, wenn wir das machen müssen, aber wir lassen es uns nicht nehmen.

Nun zurück zu dieser Landtagssitzung, die wir durchgeführt haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn da und dort auch einiges danebengegangen ist, so finde ich dies nicht so schrecklich und jede Aufregung darüber erscheint mir auch entbehrlich. Aber eines möchte ich doch dazu sagen, aus der Budgetdebatte heraus, aber auch aus der Vergangenheit: Man soll nicht meinen, daß persönlicher Respekt und persönliche Achtung zwischen zwei Menschen, die verschiedenen politischen Parteien angehören, nicht mehr fortbestehen sollen. Ich möchte das sehr klar zum Ausdruck bringen, um Unklarheiten auszuräumen, die da und dort vorhanden sind. Ich bitte Sie alle hier im Hohen Haus, eine Minute zu überlegen, was man damit aufs Spiel setzen würde, denn ich bin vielleicht der Meinung, daß diese guten Beziehungen, wie wir sie in der Steiermark zwischen den politischen Parteien pflegen, keine Diskriminierung sind und daß sich niemand etwas vergibt, daß es aber immer auf eine Wechselwirkung zwischen der Bevölkerung, dem Landtag und der Regierung abzielt. Ich bin auch überzeugt, daß Zusammenarbeit noch immer die beste Form darstellt, heranstehende Probleme zu lösen. Zusammenarbeit heißt ja auch, auf die Minderheit Rücksicht zu nehmen. Niemand wird ernstlich der steirischen Volkspartei den Vorwurf machen können, daß sie ihre Mehrheit mißbraucht. Wenn darunter verstanden wird, daß man sich nicht allen im letzten Finanz-Ausschuß gestellten Resolutionsanträgen anschließen kann, so ist wohl daran zu erinnern, daß die Österreichische Volkspartei mit der Sozialistischen Partei genauso wie mit der Freiheitlichen Partei die Hauptverantwortung in diesem Land zu tragen hat und daher auch die große Linie in der Landespolitik bestimmen muß, nicht ein einzelner, alle miteinander. Daß die Österreichische Volkspartei den Auftrag der Bevölkerung, den sie anlässlich der letzten Landtagswahlen bekommen hat, mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit ausführt, möge auch nicht zuletzt daraus entnommen werden, daß wir trotz des Vertrauensbeweises nie daran gedacht haben, Machtpositionen auszubauen; und die Toleranz, die wir in den Regierungsverhandlungen nach diesen Landtagswahlen gezeigt und im abgelaufenen Jahr in der täglichen Arbeit immer wieder unter Beweis gestellt haben, zeigt unsere Achtung vor jeder an-

deren demokratischen Partei, weil wir nicht eine Politik für eine Partei, sondern für alle Steirer machen wollen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wichtig ist eines: In unserer Steiermark ist viel Bewegung in Richtung auf fruchtbare, positive Spannungen, und nicht bezogen auf Uniformität und Konformismus. Die Vielfalt ist auch in dieser Debatte unverkennbar gewesen, eine Vielfalt nicht nur der Parteien, die im Hause vertreten sind, sondern auch innerhalb der Parteien; und diese Vielfalt müssen wir uns erhalten, ansonsten sind wir keine pluralistische Gesellschaft. Wenn das Gegenteil einmal eintritt, würde eine sterile und lustlose Atmosphäre herrschen, die weit in das Land hinausreicht. Dieses Grau in Grau gibt es Gott sei Dank nicht. Die Leuchtkraft des Weiß-Grün muß immer wieder belebt werden, durch Mut, durch Offenheit, durch das Anpacken heißer Eisen und durch die gekonnte Auseinandersetzung mit den Lebensfragen unserer Steiermark. Es ist eine wichtige Aufgabe, daß dieser Geist immer wieder unserem Landesbewußtsein entspricht, damit dieses Land auch weiterhin im Rahmen unseres österreichischen Vaterlandes eigenständig und selbstbewußt, orientiert auf das Ganze, bestehen kann.

Auch im Schlußwort kann auf nüchterne Tatsachen nicht verzichtet werden: Das zentrale Anliegen in der Wirtschaft — und das ist die Entwicklung in allen Bereichen — ist es, das drohende und auch schon spürbare Absinken unserer Wirtschafts- und Steuerkraft zu verhindern bzw. ihm entgegenzuwirken. Mit Prognosen, das wissen wir, ist nicht viel anzufangen. Man kann sich sehr wenig darauf verlassen. Es ist auch nicht denkbar, darauf zu vertrauen, daß sicher diese und jene Welle, die womöglich von auswärts kommt, uns höherträgt. Wir müssen uns mit einigem Selbstvertrauen zu mancher Neuorientierung durchringen: Entsprechende Verwertung heimischer Rohstoffe; Sicherung ausländischer Rohstoffquellen; in der Produktion von der Quantität zu noch mehr Qualität; Investitionen begünstigen und nicht überspitzt dirigieren; um nur einige Beispiele zu nennen.

Industriepolitik wird hierzulande natürlich großgeschrieben. Wenn sich unsere Wirtschaftsförderung auch der mittelständischen Wirtschaft annimmt und den Fremdenverkehr einbezieht, dann ist dies eine entscheidende Ergänzung, damit es zu keinen Verzerrungen in unserem wirtschaftlichen Gefüge oder gar zu einer Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung kommt. Marktanteile und Beschäftigte zu halten, ist heute ein wichtiges Ziel. Das wurde allumfassend anerkannt und auch diskutiert. Es ist aber beunruhigend, daß die natürlichen Abgänge in vielen Betrieben nicht ersetzt werden, das heißt, unserer Jugend werden Chancen genommen. Deshalb appelliere ich an jeden Betriebsinhaber, sich der Jungen und Alten in gleicher Weise anzunehmen und dafür zu sorgen, daß eine ausgeglichene Beschäftigungsstruktur, so nur irgendwie möglich, gewährleistet ist. Wenn wir die europäische Wirtschaftslandkarte betrachten und das Bruttonationalprodukt pro Einwohner sehen, so können wir in Europa zwei Gebietskategorien feststellen: Gebiete mit Abwanderung und Unterbeschäftigung und der Gegensatz dazu, Ballungsräume mit verhältnismäßig

guter Beschäftigungslage und einer gestörten Lebensqualität.

Die Differenzierung gibt es auch in unserem Land. Wir alle kennen die Gegebenheiten und die Verhältnisse. Wir leben nun in einer Situation, daß die verfügbaren Steuergelder knapper werden und die Verpflichtungen zunehmen. Das heißt, wir müssen noch mehr auf mittel- und langfristige Planung aus sein. Deshalb habe ich eine wertvolle Erfahrung gesammelt, die auch in westeuropäischen Staaten gemacht wird, nämlich, die punktuelle Förderung zur Anhebung der Wirtschaftskraft einzelner Gebiete und Zonen auf der Basis von Entwicklungsverträgen abzuwickeln. Das steht konkret folgendermaßen im Hause: Solche Verträge werden zwischen dem Land und den Gemeinden geschlossen, um die Ziele und die Finanzierung sowie die Reihenfolge der Verwirklichung festzulegen. Damit wäre auch der Bund anzuregen, sich mit seinen Absichten auf lokale Initiativen und Möglichkeiten einzustellen. Beispiel Aichfeld-Murboden, wo es bereits geschehen ist. Es würde hier zugleich ein gestreuter und konzentrierter Einsatz von Mitteln im Gegensatz zu einer Verzettlung erreicht werden. Gelingt uns diese Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nicht, werden zwangsläufig weitere Ungleichgewichte ausgelöst, die letzten Endes bevorzugte und benachteiligte Bevölkerungsgruppen zurücklassen.

Ein weiteres ist die Nutzung unserer natürlichen Möglichkeiten im Land: Wie Sie wissen, finanziert die Steiermärkische Landesregierung eine Erfassung der heimischen Rohstoffreserven, gestützt auf Forschungsprojekte der Montanistischen Hochschule. Nach einem nunmehrigen Untersuchungszeitraum zeichnen sich mehrere Schwerpunkte ab, wo wir hoffen, daß sie auch verwirklicht werden können. Hier ist den Forschern der Montanistischen Hochschule und auch einigen heimischen Betrieben für ihren Einsatz zu danken. Wir hoffen nun — und das ist ja auch beim Bergbau das Wesentliche —, daß unsere Erwartungen sich möglichst bald erfüllen.

In den vergangenen Jahren haben sich zwischen Bund und Ländern mehrfach Auseinandersetzungen über Verfassungsänderung zu Lasten der Länder ergeben. Ein solcher Vorgang ist bei einem Bundesstaat gar nichts Ungewöhnliches. In diesem Zusammenhang aber ergibt sich ein anderer Gesichtspunkt. Niemand, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann uns hindern, überall dort einzusetzen, wo Existenzprobleme der Steirer anzupacken sind. Niemand kann privatwirtschaftliche Aktivitäten, gleichgültig, von wem sie finanziert werden, hindern. Deshalb vermeine ich, daß wir trotz Verknappung der Mittel uns darum kümmern müssen, neue Instrumente verfügbar zu bekommen, sei es in der Arbeitsmarktförderung im weitesten Sinne, sei es bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen bzw. ihrer wirtschaftlichen Verwertung und anderes mehr. Es ergeben sich hier viele Möglichkeiten, die wir gemeinsam überdenken müssen. Alles dient dem Ziele, die gegenwärtige wirtschaftliche Schwächeperiode zu übertauchen und dafür zu sorgen, daß unsere aufwärtsstrebende Entwicklung nicht gehemmt wird.

Mit Optimismus und ohne Euphorie müssen wir wieder ans Werk gehen, gestützt auf ein Vertrauen um das Wissen, was die heimische Wirtschaft und die gesellschaftlichen Faktoren in diesem Land zusammenbringen.

In den nächsten Monaten werden wir uns mit der Landesraumordnung und in der weiteren Folge — ich sage es wieder — mit dem Landesentwicklungsplan befassen. Es wird notwendig sein, hier sehr intensiv und mit viel Elan und Eifer bei der Sache zu sein. Wir müssen, so glaube ich, auch das richtige Verhältnis zu dem finden, was „Planen“ heißt. Die totale Plangläubigkeit hat sich ja ohnedies schon als Illusion herausgestellt. Selbst in totalitären Staaten rückt man von einer derartigen Detaillierung und Reglementierung ab und stärkt die Kräfte der Selbstverwaltung bzw. die Initiative, die von Menschen getragen wird. Es hat auch in diesem Hohen Haus mehrmals Diskussionen gegeben — auch in diesen Tagen. Letzten Endes stellt sich heraus, daß der beste Plan in einem Konzept liegt, das eine Konkretisierung der Ziele und einen Orientierungsrahmen enthält; der mit einer Richtlinienqualität ausgestattet ist. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ein bisserl plangläubig sind Sie schon geworden! Früher waren Sie ganz dagegen!“) Selbstverständlich. Aber das wichtigste ist, wenn es auf diese Weise gelingt, öffentliche Mittel noch mehr fachlich durchdacht einzusetzen. Wenn den fachlichen Überlegungen aus irgendeinem Grund nicht gefolgt werden kann, so muß dies begründet und in der politischen Verantwortung darüber Rechenschaft abgegeben werden. Jedenfalls wird ein Landesentwicklungsplan, über den wir — so hoffe ich sehr — Konsens erzielen, die Einsatz- und Dispositionsfähigkeit unserer Landesverwaltung stärken und die entsprechende Rangordnung zwischen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen gewährleisten.

Nun zum Schluß: Es obliegt mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihnen allen zu danken, zu danken allen, die am Zustandekommen dieses Budgets mitgewirkt haben — vom politischen Referenten angefangen bis zur Beamtenschaft. Besonders bitte ich alle Amtsträger, die bei der Verwirklichung dieses Budgets tätig sein müssen, um ihr Bemühen und ihr Können. Der Dank gilt allen, die im Land tätig sind, der Beamtenschaft, der Angestelltenschaft, den Arbeitern, den Selbständigen, den Bauern, alle sollen einbezogen sein. Wenn es uns gelingt, in einem guten Zusammenwirken all die Vorstellungen durchzusetzen, die wir uns erarbeitet haben, kann für die Steiermark wieder etwas erreicht werden. Ihnen allen, meine Damen und Herren, und der gesamten steirischen Bevölkerung wünsche ich von hier aus, von diesem Hohen Haus, ein begnadetes Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 1976! Möge uns der Friede erhalten bleiben und ein klein wenig von dem wieder geschenkt werden, was wir Menschen uns von diesem irdischen Dasein erhoffen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren!

Nach einer Dauer von fast 29 Stunden haben sich 56 Abgeordnete und 9 Regierungsmitglieder zu insgesamt 133 Wechselreden gemeldet. Das Hohe Haus

hat somit die Beratungen über den Jahresvoranschlag 1976 beendet und seine Jahresarbeit abgeschlossen.

Im Jahre 1975 fanden 11 Landtagssitzungen, darunter eine Festsitzung, statt. Es wurden 150 Anträge von Abgeordneten, 180 Regierungsvorlagen, davon 20 Gesetzesvorlagen, vier Anzeigen, ein Auslieferungsbegehren und drei dringliche Anfragen eingebracht sowie 210 Beschlüsse gefaßt. Außerdem wurden bei vier Landtagssitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, 69 Anfragen von Abgeordneten eingebracht.

Die Landtags-Ausschüsse haben in 52 Sitzungen die Beratungen für die vom Landtag beschlossenen Vorlagen durchgeführt.

Damit sind wir am Schluß, meine Damen und Herren, und es ist zu sagen, was alle Jahre in dieser Stunde zu sagen ist: Die Abgeordneten wünschen dem Herrn Landeshauptmann und allen Mitgliedern der Landesregierung einige ruhige Wochen der Erholung in einem hoffentlich schönen Winter. Und auch Ihnen allen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, und allen Mitarbeitern, wünsche ich einen frohen Heiligen Abend mit Ihren Familien, einen guten Beginn eines neuen Jahres, in dem uns Friede, Arbeit und Freiheit für alle, die guten Willens sind, erhalten bleiben mögen. Glückauf 1976!

Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung: 22.10 Uhr.